

# Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Horst Möller

Die Weimarer Republik  
in der zeitgeschichtlichen Perspektive  
der Bundesrepublik Deutschland

Bernd Faulenbach

NS-Interpretationen und Zeitklima  
Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit

Oscar W. Gabriel

Demokratiezufriedenheit  
und demokratische Einstellungen in der  
Bundesrepublik Deutschland

B 22/87  
30. Mai 1987

Horst Möller, Dr. phil., geb. 1943; o. Professor für Neuere Geschichte an der Universität Erlangen-Nürnberg.

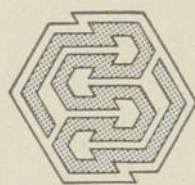
Veröffentlichungen u. a.: Aufklärung in Preußen. Der Verleger, Publizist und Geschichtsschreiber Friedrich Nicolai, Berlin 1974; Exodus der Kultur. Schriftsteller, Wissenschaftler und Künstler in der Emigration nach 1933, München 1984; Weimar. Die unvollendete Demokratie, München 1985; Parlamentarismus in Preußen 1919—1932, Düsseldorf 1985; Vernunft und Kritik. Deutsche Aufklärung im 17. und 18. Jahrhundert, Frankfurt 1986. Mitherausgeber u. a. von: Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1986<sup>2</sup>; Deutschlands Weg in die Diktatur, Berlin 1983; International Biographical Dictionary of Central European Emigrés 1933—1945, vol. II, 1, 2, München 1983; Jahrbuch der historischen Forschung in der Bundesrepublik Deutschland (AHF), seit 1983.

Bernd Faulenbach, Dr. phil., geb. 1943; Studium der Geschichtswissenschaft, Germanistik, Politikwissenschaft und Philosophie; Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut für Arbeiterbildung, Recklinghausen; Lehrbeauftragter an der Fakultät für Geschichtswissenschaft der Ruhr-Universität Bochum.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Geschichtswissenschaft in Deutschland, Traditionelle Positionen und gegenwärtige Aufgaben, München 1974; Ideologie des deutschen Weges. Die deutsche Geschichte in der Historiographie zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus, München 1980; zahlreiche Aufsätze in Fachzeitschriften und Sammelbänden zur Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts und zur Didaktik der Geschichte in der Erwachsenenbildung.

Oscar W. Gabriel, Dr. rer. pol., geb. 1947; Studium der Sozialwissenschaften an den Universitäten Mainz und Hamburg; 1983 Habilitation für das Fach Politikwissenschaft an der Universität Mainz; Privatdozent und Akad. Oberrat am Institut für Politikwissenschaft der Universität Mainz. Arbeitsgebiete: Theorien und Methoden der empirischen Politikwissenschaft; Politische Soziologie westlicher Demokratien; Kommunalpolitik.

Veröffentlichungen u. a.: (Hrsg.) Grundkurs Politische Theorie, Köln-Wien 1978; (Hrsg.) Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie, München 1983; Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Ludwig Watzal, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich, Jahresvorzugspreis DM 52,80 einschließlich Mehrwertsteuer; Kündigung drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraumes;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983, 1984 und 1985 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

# Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland

## Traditionen, Problemstellungen und Entwicklungslinien

### I.

*Bonn ist nicht Weimar* — auf diese prägnante Formel brachte der Schweizer Publizist Fritz René Allemann 1956 das politische Selbstverständnis der frühen Bundesrepublik. Bonn sollte von Beginn an nicht Weimar werden, könnte man hinzufügen: Diesem Thema widmete sich Friedrich Karl Fromme in seiner 1960 veröffentlichten Studie *Von der Weimarer Verfassung zum Bonner Grundgesetz*, die die verfassungspolitischen Konsequenzen analysierte, die der Parlamentarische Rat 1948/1949 aus dem Scheitern der Weimarer Demokratie und der Begründung der NS-Diktatur gezogen hatte.

Schon einmal hatten deutsche Verfassungsväter versucht, ein Staatsgrundgesetz aufgrund verfassungsrechtlicher Vorbilder optimal zu gestalten. Doch argumentierte man in der Weimarer Nationalversammlung mit den Konstitutionen anderer Staaten und den aus ihnen mehr oder weniger zutreffend abgeleiteten Modellen eines „echten“ oder „unechten Parlamentarismus“: Diesen Fiktionen des 1918 publizierten Buches von Robert Redslob folgten die Ideengeber der Weimarer Verfassung, allen voran Hugo Preuß und Max Weber. Im Bonner Museum Koenig aber zog man 1948/1949 Folgerungen aus der eigenen Geschichte: der noch allen Beteiligten lebhaft gegenwärtigen Erfahrung mit Demokratie und Diktatur.

Das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland stellt also zweifelsfrei den Versuch dar, aus der Geschichte zu lernen, und der Versuch gelang. Dieser Lernprozeß ging vom Konnex zwischen der Weimarer Demokratie und der NS-Diktatur aus und mußte von ihm ausgehen, da das Scheitern der Demokratie untrennbar mit dem Aufstieg und Sieg des Nationalsozialismus verbunden war. Die

Geschichte der Weimarer Republik wurde wie die der NS-Diktatur in einen größeren historischen und systematischen Rahmen eingeordnet; so verschiedene Deutungsversuche wie Friedrich Meineckes *Deutsche Katastrophe* und Alexander Abuschs *Irrweg einer Nation* von 1946 demonstrierten ebenso wie Gerhard Ritters *Europa und die deutsche Frage* von 1948 das Bemühen um tiefere historische Fundierung der Interpretation — Jahre bevor eine wissenschaftliche Weimar-Forschung überhaupt in Gang kommen konnte.

Die frühen Auseinandersetzungen mit der NS-Diktatur resultierten zunächst und primär aus moralischer Kritik und weniger aus wissenschaftlichem Interesse. In der unmittelbar nach 1945 beginnenden Diskussion über die Kontinuität der deutschen Geschichte und die historischen Wurzeln der NS-Diktatur ging es immer auch um Rettung oder schmerzhaftes Korrektur der jeweiligen Geschichtsbilder der Interpreten; moralische Empörung und ihre Instrumentalisierung für die politische Bildung führten schnell zur Frage nach den näheren und weiteren Ursachen für die 1933 kulminierende Entwicklung. Durch die Gründung der Bundesrepublik stimuliert, verdichtete sich das Lehrstück totalitärer Herrschaft zur Trias: Scheitern der Weimarer Demokratie, NS-Diktatur, Neuaufbau der Demokratie in Westdeutschland.

Die Ausdehnung der sowjetischen Herrschaft über ganz Ostmitteleuropa, die im Frühjahr 1948 erfolgende Etablierung einer Marionettenregierung in der Tschechoslowakei — die viele zeitgenössische Beobachter an Hitlers ungefähr zehn Jahre zurückliegenden analogen Coup erinnerte —, die 1946 herbeigeführte Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Sowjetischen Besatzungszone, schließlich die Berlin-Blockade von 1948/1949 bekräftigten diese antidiktatorische Prämisse und erweiterten sie zum antitotalitären Grundkonsens der demokratischen politischen und gesellschaftlichen Kräfte, in dem sich beispielsweise die Vorsitzenden beider großen Parteien, Konrad Adenauer und Kurt Schu-

---

*Um den Aspekt der Außenpolitik gekürzte Fassung eines Beitrages, der in vollem Umfang in dem im Sommer in der Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung erscheinenden Sammelband zur Weimarer Republik publiziert wird.*

macher, einig waren: Das dominierende politische Selbstverständnis der Bundesrepublik basierte bis weit in die sechziger Jahre hinein auf der doppelten Frontstellung zur nationalsozialistischen Diktatur der jüngsten Vergangenheit und der unmittelbar gegenwärtigen kommunistisch-sowjetischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands; die deutsche Frage wurde auf diese Weise zu einer Funktion gegensätzlicher Herrschaftssysteme.

Zutreffend bemerkte Hans-Peter Schwarz 1983 über den Verfassungskonsens der fünfziger und sechziger Jahre: „Eine Erfahrung des totalen Staates war genug. Und so immunisierte die Erinnerung an das Dritte Reich zugleich gegen die totalitäre Verführung durch die Kommunisten. Der Antikommunismus brauchte gar nicht groß propagiert

werden. Er ergab sich aus der Erfahrung mit dem Dritten Reich und aus der Anschauung des Totalitarismus in der Ostzone ganz von selbst.“<sup>1)</sup> Dieser Antikommunismus beschränkte sich keineswegs auf die CDU/CSU, sondern herrschte ebenso in der SPD und FDP.

Die Frage nach den Gründen für das Scheitern der Weimarer Demokratie implizierte immer die Frage nach der Verallgemeinerungsfähigkeit des Weimarer Beispiels und der Nutzenanwendung für die Stabilisierung der bundesrepublikanischen Demokratie. An diese Kernfrage knüpfte die erste große wissenschaftlich motivierte zeitgeschichtliche Kontroverse an, diejenige um Karl Dietrich Brachers zuerst 1955 publiziertes fundamentales Werk *Die Auflösung der Weimarer Republik*.

## II.

Der unverkennbare Paradigmenwechsel, der sich in der Erforschung der Weimarer Republik im Laufe der sechziger Jahre ergab, änderte nichts an der fundamentalen Fragestellung. Zwar trat die bis dahin dominante Analyse der Auflösung 1930–1933 zeitweise zugunsten der eingehenderen Untersuchung der revolutionären Übergangsphase von der Monarchie zur Demokratie 1918/1919 zurück, doch besaß auch sie seit Mitte der sechziger Jahre einen unverkennbaren Aktualitätsbezug auf die innenpolitische Konstellation der Bundesrepublik und entsprang wissenschaftlich dem gleichen Motiv: War die Auflösung der Demokratie durch Strukturdefekte des Weimarer Staates wenn schon nicht verursacht, so doch zumindest außerordentlich begünstigt worden, dann mußten diese Konstruktionsmängel bereits in der Entstehungsphase der Republik 1918/1919 begründet liegen und hier analysiert werden. Auch der Beginn der Republik stand also zwangsläufig unter der Perspektive ihres Scheiterns.

Die Konzentration der Forschung auf die Anfangs- bzw. die Schlußjahre implizierte die gleiche Konsequenz: Die mittleren Jahre der Weimarer Republik blieben ebenso ein Stiefkind der Forschung wie die doch zweifelsfrei vorhandenen Leistungen des Weimarer Staates und die politischen und gesellschaftlichen Fortschritte, die er im Vergleich zur abgelösten Monarchie wilhelminischer Prägung erzielte. Das Wissen der Nachlebenden um den schnellen Untergang dieses unter den denkbar ungünstigsten

Umständen unternommenen Versuchs zur Gründung der ersten demokratischen Republik in Deutschland prägte und prägt bis heute die Bewertung. Das Experiment scheiterte: Von diesem Ergebnis kann keine geschichtswissenschaftliche Deutung absehen – und das macht notwendig ihre Problematik aus. Auch die Beurteilung der Politik Friedrich Eberts und der Mehrheitssozialdemokratie von 1918/1919 oder der Deflationspolitik Reichskanzler Heinrich Brünnings seit 1930 – um nur diese beiden Beispiele zu nennen – geht meist stärker von der Erfahrung der Jahre von 1933 bis 1945 aus als vom zeitgenössischen Kontext. Die funktionale Geschichtsbetrachtung dominiert hier eindeutig gegenüber der historistischen, um Verstehen bemühten.

Ein instruktives Beispiel für die Konzentrierung des Forschungsinteresses auf die Anfangs- und Schlußphase der Weimarer Republik bietet die Parteigeschichte, die vor allem dank der 1951 in Bonn gegründeten „Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien“ zu einem der zentralen Forschungsfelder der Weimarer Historiographie wurde. Die dort in den fünfziger und sechziger Jahren veröffentlichten parteigeschichtlichen Untersuchungen, allen voran Rudolf Morseys grundlegendes Werk *Die Deutsche Zentrumspartei 1917–1923* (1966), behandeln in der Regel die ersten Jahre der *Kontinuität und Umformung des deutschen Parteiensystems*, wie Gerhard A. Ritter diese Phase genannt hat<sup>2)</sup>. Und auch die Untersuchungen von Werner Liebe über die DNVP

<sup>1)</sup> Hans-Peter Schwarz, *Die Ära Adenauer. Epochenwechsel 1957–1963*, Stuttgart–Wiesbaden 1983, S. 345.

<sup>2)</sup> In: Eberhard Kolb (Hrsg.), *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik*, Köln 1972, S. 244–275.

(1956), Wolfgang Hartenstein über die DVP (1962), Lothar Albertin über DDP und DVP (1972) bis hin zu Susanne Millers zweibändiger Geschichte der SPD 1914–1920 (1974/1978) konzentrieren sich auf die ersten Jahre oder die unmittelbare Vorgeschichte der Revolution.

Der auch heute noch als Standardwerk anzusehende Sammelband, den Erich Matthias und Rudolf Morsey 1960 unter dem Titel *Das Ende der Parteien 1933* herausgaben, bezog für die einzelnen Parteien die Endphase der Weimarer Republik in unterschiedlichem Maße ein und setzte gewissermaßen den Kontrapunkt. Die Gründungs- und Auflösungsgeschichte der Parteien ist bis heute also im allgemeinen ungleich besser erforscht als die mittleren Jahre, wengleich in Einzelbereichen jüngst Abhilfe geschaffen wurde: Heinrich August Winkler behandelt im zweiten, 1985 publizierten Band seiner monumentalen Geschichte der Weimarer SPD die Zeit bis 1930; die preußische Zentrumspartei hat für den gesamten Zeitraum eine eingehende Untersuchung durch Herbert Hömig erfahren, und für die Reichsgeschichte der Zentrumspartei steht die Schließung der Lücke zwischen Morseys Untersuchungen durch Karsten Ruppert in Aussicht<sup>3</sup>). Doch bleiben die Forschungslücken insgesamt – trotz zahlreicher wichtiger Arbeiten, in denen beispielsweise die KPD sowie einige kleinere Parteien für den gesamten Zeitraum dargestellt worden sind – noch groß<sup>4</sup>).

Der Aufstieg des Nationalsozialismus wurde von jeher nicht ausschließlich unter parteigeschichtlichen Leitfragen untersucht, sondern konzentrierte sich seit Konrad Heidens schon 1932 publizierter *Geschichte des Nationalsozialismus* immer auch auf die Ideologieggeschichte im weiteren Sinn, in die das antidemokratische Umfeld mit einbezogen wurde, zum Beispiel durch so unterschiedliche Darstellungen

wie Otto-Ernst Schüddekopfs *Linke Leute von Rechts* (1960), Kurt Sontheimers *Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik* (1962) oder Armin Mohlers zuerst 1950 publiziertes und 1972 bibliographisch umfassend erweitertes Buch *Die konservative Revolution in Deutschland 1918–1932*. Eine erste Gesamtdarstellung legte bereits 1957 in den USA Klemens von Klemperer vor, 1962 erschien sie auch in deutscher Übersetzung: *Konservative Bewegungen zwischen Kaiserreich und Nationalsozialismus*. Seit Mitte der sechziger Jahre erlahmte das Interesse an dieser politischen Gruppierung etwas, und auch gegenwärtig scheint es beispielsweise in Frankreich größer zu sein als in der Bundesrepublik. Davon zeugen die Existenz einer von Louis Dupeux in Straßburg unter Beteiligung deutscher Historiker organisierten *Groupe d'Étude de la „Revolution Conservatrice“ Allemande* und umfassende Untersuchungen, z. B. Louis Dupeux' zuerst 1976 veröffentlichtes und 1985 ins Deutsche übertragenes Werk *Nationalbolschewismus in Deutschland 1919–1933* oder die bisher wichtigste Darstellung über Spengler aus der Feder von Gilbert Merlio *Oswald Spengler. Témoin de son temps*<sup>5</sup>).

Einen Höhe- und Wendepunkt der ersten Phase ideologieggeschichtlicher Erforschung der Zeit nach 1918 bildet zweifellos Ernst Noltes großes Werk *Der Faschismus in seiner Epoche* (1963), das stärker als alle anderen bis dahin veröffentlichten Werke einer typologisch-komparatistischen Methode folgte, zugleich aber den Faschismusbegriff historisierte, indem es die faschistischen Bewegungen als Antwort auf die bolschewistische Revolution von 1917 begriff.

Eine zusammenfassende und zugleich im einzelnen weiterführende umfangreiche Gesamtdarstellung veröffentlichte dann 1975 Gerhard Schulz: *Aufstieg des Nationalsozialismus*; zuletzt erschien die instruktive, knappe Analyse Martin Broszats *Die Machtergreifung. Der Aufstieg der NSDAP und die Zerstörung der Weimarer Republik* (1984), während Karl Dietrich Bracher problemorientiert bilanzierend das gesamte ideologische Spektrum in zeitlich weitem Rahmen analysierte: *Geschichte und Gewalt. Zur Politik im 20. Jahrhundert* (1981) sowie *Zeit der Ideologien. Eine Geschichte politischen Denkens im 20. Jahrhundert* (1982).

Eine modernen Ansprüchen genügende Geschichte des gesamten Parteiensystems und der Weimarer Parteien steht wohl noch für längere Zeit aus<sup>6</sup>).

<sup>5</sup>) 2 Bde., Stuttgart 1982. Über Spengler auch: Peter Christian Ludz (Hrsg.), *Spengler heute*, München 1980.

<sup>6</sup>) Gesamtdarstellungen des deutschen Parteiwesens, in denen auch die Weimarer Republik (meist knapp) behandelt wird: Ludwig Bergsträsser, *Geschichte der Politischen Par-*

<sup>3</sup>) Heinrich August Winkler, *Von der Revolution zur Stabilisierung. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1918 bis 1924*, Berlin-Bonn 1984; ders., *Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930*, Bonn-Berlin 1985; Herbert Hömig, *Das Preußische Zentrum in der Weimarer Republik*, Mainz 1979; Rudolf Morsey (Bearb.), *Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1926–1933*, Mainz 1969; ders./Karsten Ruppert (Bearb.), *Die Protokolle der Reichstagsfraktion der Deutschen Zentrumspartei 1920–1925*.

<sup>4</sup>) Ossip K. Flechtheim, *Die KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969; Hermann Weber, *Die Wandlungen des deutschen Kommunismus. Die Stalinisierung der KPD in der Weimarer Republik*, Frankfurt/M. 1969; Martin Schumacher, *Mittelstandsfrente und Republik. Die Wirtschaftspartei-Reichspartei des deutschen Mittelstandes 1919–1933*, Düsseldorf 1972; Heidrun Holzbach, *Das „System Hugenberg“*. Die Organisation bürgerlicher Sammlungsbewegung vor dem Aufstieg der NSDAP, Stuttgart 1981; weitere Literatur zu den Parteien: Horst Möller, *Weimar. Die unvollendete Demokratie*, München 1985, S. 248–250.

### III.

Die Parteiengeschichte war im übrigen der Bereich der Weimar-Forschung, in dem ein bis heute lesenswerter Vorläufer existierte: Sigmund Neumanns 1932 veröffentlichte schmale, aber empirisch und konzeptionell sehr gehaltvolle Studie *Die politischen Parteien in Deutschland*, die Karl Dietrich Bracher 1970 neu herausgab. Neumann, der seinerseits den auf frühere Epochen konzentrierten Werken von Robert Michels und Ludwig Bergsträsser folgte und dem die zeitgenössische wahlsoziologische Pionierstudie von Johannes Schauff über das Zentrum vorausging<sup>7)</sup>, entwarf eine Typologie der Parteien, die er in späteren Werken während der Emigration weiterentwickelte und die besonders in seiner Unterscheidung von „Repräsentationsparteien“ und „absolutistischen Integrationsparteien“ fruchtbar wurde: Mit dem letztgenannten Begriff interpretierte er die radikalen Neugründungen KPD und NSDAP und lieferte einen Schlüssel zum Verständnis für das Versagen des Weimarer Parteiensystems: Die traditionellen Integrationsparteien klassenspezifischer Provenienz (wie die SPD) und konfessioneller Provenienz (wie die Zentrumspartei) konnten mit einer dynamischen Integrationspartei, einer „Bewegung“ (wie der NSDAP), in der Vermittlung und Integration antagonistischer ökonomischer, gesellschaftlicher und ideeller Interessen ebensowenig konkurrieren wie die liberalen Honoratioren- oder Repräsentationsparteien, ganz zu schweigen von den zahlreichen kleinen Interessenparteien.

Die Dominanz der Parteiengeschichte war nicht zufällig, hatte man doch bald die von Gustav Radbruch bereits 1930 konstatierte „Parteienprüderie“ als einen der Weimarer Strukturfehler erkannt<sup>8)</sup>. Sie führte 1919 zu einer Verfassung, die die Existenz der Parteien zwar voraussetzte, sie aber nur einmal und bekanntlich negativ abgrenzend erwähnte. So wie die Verfassungsväter 1949 im Artikel 21 des Grundgesetzes der Mitwirkung der

Parteien an der politischen Willensbildung ausdrücklich verfassungsrechtlichen Rang gaben, so entwickelte sich seit den fünfziger Jahren eine fundierte historische und politikwissenschaftliche Parteien- und Verbändeforschung, die ihrerseits von der gegenwartsbezogenen Erkenntnis profitierte, daß sich die in einer Demokratie wesensnotwendige politische und gesellschaftliche Pluralität der Interessen und Kräfte organisatorisch konkretisiert, ohne daß dies die politische Entscheidungskompetenz von Parlament und Regierung paralysieren müsse oder dürfe.

Neumanns strukturelle Typologie der extremistischen Parteien korrespondierte durchaus dem antitotalitären Selbstverständnis der Bundesrepublik, stimulierte aber zugleich die Frage nach den Gründen für das Versagen der demokratischen Weimarer Parteien. Damit weitete sich nicht nur die historische Parteienforschung auf die Zeit vor 1918 aus — erinnert sei beispielsweise an Thomas Nipperdeys 1961 erschienene *Organisation der deutschen Parteien vor 1918* —, sondern sah sich auch die Ursachenforschung vor eine neue Aufgabe gestellt. Nicht zufällig befaßte sich denn auch die erste, 1952 von der erwähnten Bonner Kommission veröffentlichte Monographie der späteren SPD-Bundestagsabgeordneten Helga Timm mit dem für Jahrzehnte wichtigen Thema *Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der Großen Koalition im März 1930*.

Die mangelnde Integrationskraft der demokratischen Weimarer Parteien wurde damit ebenso exemplarisch konkretisiert wie einige Jahre später die Frage, inwiefern das 1919 entgegen den Mahnungen Friedrich Naumanns eingeführte Verhältniswahlrecht eine Zersplitterung des Parteiwesens bewirkt und seit 1930 die Wahlerfolge der NSDAP begünstigt oder sogar ermöglicht habe. Auch in bezug auf diese Frage existierte eine schon während der Weimarer Republik begründete Tradition der Kritik, deren Protagonist vor allem der spätere Zentrumsabgeordnete Johannes Schauff gewesen ist: Er hatte bereits 1929 ein Sammelwerk mit dem Titel *Neues Wahlrecht, Beiträge zur Wahlreform* herausgegeben, zu deren Verfassern u. a. er selbst, Karin Schauff und der Sozialdemokrat Carlo Mierendorff zählten. Die in diesem Werk enthaltene Propagierung des Mehrheitswahlrechts nahm Ferdinand A. Hermens nach einer noch 1933 in Deutschland herausgegebenen Vorstudie im amerikanischen Exil wieder auf, als er 1941 sein dann auch 1951 in deutscher Sprache erschienenenes Werk *Demokratie oder Anarchie? Untersuchung über die*

---

teien in Deutschland, hrsg. von Wilhelm Mommsen, München-Wien 1965<sup>11)</sup>; Walter Tormin, Geschichte der deutschen Parteien seit 1848, Stuttgart usw. 1968<sup>3)</sup>; Heino Kaack, Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems, Opladen 1971; Wolfgang Treue, Die deutschen Parteien vom 19. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M. usw. 1975. Zu den Voraussetzungen zuletzt: Gerhard A. Ritter, Die deutschen Parteien 1830—1914, Göttingen 1985.

7) Johannes Schauff, Das Wahlverhalten der deutschen Katholiken im Kaiserreich und in der Weimarer Republik, neu hrsg. u. eingel. von Rudolf Morsey, Mainz 1975.

8) Gustav Radbruch, in: Gerhard Anschütz/Richard Thoma, Handbuch des Deutschen Staatsrechts, Tübingen 1930, Bd. 1, S. 285 ff.

*Verhältnisswahl* veröffentlichte. Als während der Großen Koalition erneut über die Einführung des Verhältniswahlrechts bei Bundestagswahlen diskutiert wurde, erschien 1968 eine weitere deutsche Auflage. Die etwas überspitzte These lautete: In Deutschland sei nicht die Demokratie gescheitert, sondern ihre durch die Verhältniswahl geschwächte Variante. Auch in dieser Frage hatte sich 1948/1949 der Parlamentarische Rat von den Weimarer Erfahrungen leiten lassen und ein gemischtes Wahlsystem eingeführt, das im Wahlgesetz durch die sogenannte Fünfprozentklausel ergänzt wurde.

In welchem Ausmaß auch Kräfte außerhalb des Parteiensystems — insbesondere Reichspräsident Hindenburg und seine politischen Berater — seit 1929 destabilisierend auf dieses letzte parlamentarische Kabinett der Weimarer Republik gewirkt haben, bildete eine weitere zentrale Frage der Weimar-Forschung, die in Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* beantwortet wurde und die ihrerseits bereits 1949 zu verfassungspolitischen Konsequenzen geführt hatte, indem die Volkswahl des Staatsoberhauptes beseitigt und seine Kompetenzen erheblich vermindert wurden. In der Interpretation des Reichspräsidenten von Hindenburg stehen sich, von Detailfragen bzw. den Anfängen seiner Amtszeit<sup>9)</sup> einmal abgesehen, noch heute zwei Auffassungen gegenüber: Die eine besagt, ohne Hindenburg wäre die Weimarer Demokratie schon früher zusammengebrochen<sup>10)</sup>, die andere hält bereits die Wahl Hindenburgs 1925 für eine schwere Niederlage der Weimarer Demokratie und beurteilt sein Amtsverständnis, seine Amtsführung und seine Persönlichkeit äußerst kritisch<sup>11)</sup>.

Mit der letzten, im strengen Sinn parlamentarischen Regierung ließ die früheste Gesamtdarstellung, Arthur Rosenbergs in zwei Bänden 1928 und 1935 publizierte *Entstehung und Geschichte der Weimarer Republik*, den Weimarer Staat 1930 enden. Für die Auflösungsphase lieferte diese seit 1955 immer wieder neu aufgelegte scharfsinnige Interpretation denn auch lediglich strukturelle Gründe, aber keine konkrete Analyse mehr. Außer den erwähnten Werken existieren kaum weitere Untersuchungen aus der Zeit vor 1945, die der Weimarer Forschung

den Weg wiesen. Zeitgenössische Analysen von solchem Rang wie die Studie Sigmund Neumanns besitzen ohnehin Seltenheitswert, und während der NS-Diktatur war keine unvoreingenommene Erforschung der Weimarer Demokratie möglich.

Auch die Historiker unter den Emigranten bearbeiteten zunächst andere Themen. Zwar erschienen nach dem Krieg noch einige zeitgenössische Studien von großem Gewicht, doch im allgemeinen erst seit Beginn der sechziger Jahre: Die erste für die politische Sozialgeschichte der Mentalitäten grundlegende Untersuchung dieser Art, die 1933 nicht mehr erscheinen konnte, veröffentlichte 1963 das Institut für Zeitgeschichte: Rudolf Heberles *Landbevölkerung und Nationalsozialismus* analysiert die politische Willensbildung in Schleswig-Holstein 1918–1932, die in der 1962 publizierten Kieler Habilitationsschrift von Gerhard Stoltenberg ebenfalls behandelt worden war. Erst sehr viel später folgten dann 1977 Hans Speiers *Die Angestellten vor dem Nationalsozialismus* und 1980 Erich Fromms sozialpsychologische Studie *Arbeiter und Angestellte am Vorabend des Dritten Reiches*, die im Kontext der Untersuchungen über den „autoritären Charakter“ des Frankfurter und später New Yorker Instituts für Sozialforschung entstanden waren.

Diese Studien waren nicht nur mit einem für die Historiker ungewohnten Instrumentarium erarbeitet, sie blieben auch lange Zeit unbekannt. Anders als die spätere NS-Forschung besaß die Weimar-Forschung keine großen konzeptionellen Vorläufer innerhalb der zeitgenössischen Politikwissenschaft, wie sie zwei wegweisende, im amerikanischen Exil verfaßte Strukturanalysen darstellen: Franz Neumanns zuerst 1942 publizierte Studie *Behemoth. Struktur und Praxis des Nationalsozialismus 1933–1944* (dt. 1977) sowie Ernst Fraenkels 1941 ebenfalls in den USA veröffentlichtes Buch *Der Doppelstaat. Recht und Justiz im Dritten Reich* (dt. 1974).

Ein beide zeitgeschichtliche Themenkomplexe verbindendes und der politischen Entwicklung des Ost-West-Gegensatzes nach 1945 korrespondierendes Erklärungsmodell bildete indes die Totalitarismus-Theorie, in dessen weiteren Rahmen auch Arnold Brechts 1944 im amerikanischen Exil zuerst publizierte knappe, aber gehaltvolle Analyse der Auflösungsphase der Weimarer Republik gehört. Sie gewann durch die Verbindung mittelfristiger struktureller Belastungsfaktoren der Demokratie, modellhaften Interpretationskategorien wie „Totalitarismus“ und „Faschismus“ sowie ereignisgeschichtlicher Nachzeichnung der letzten Jahre der Weimarer Republik fortwirkende wissenschaftliche Bedeutung. Bereits 1948 erschien in Wien eine

<sup>9)</sup> Zu strukturellen Problemen vgl. Peter Haungs, Reichspräsident und parlamentarische Kabinettsregierung. Eine Studie zum Regierungssystem der Weimarer Republik in den Jahren 1924 bis 1929. Zum „Semiparlamentarismus“ der Reichsverfassung grundlegend: Karl Dietrich Bracher, Die Auflösung der Weimarer Republik. Eine Studie zum Problem des Machtverfalls in der Demokratie. Mit einer Einleitung von Hans Herzfeld, Villingen 1971<sup>5</sup>.

<sup>10)</sup> So zuletzt Hagen Schulze, Weimar. Deutschland 1917–1933, Berlin 1982.

<sup>11)</sup> So zuletzt H. Möller (Anm. 4).

deutschsprachige Ausgabe<sup>12)</sup>, die schon von Bracher herangezogen wurde.

Brecht ging wie die anderen Politikwissenschaftler, die mit dem Totalitarismus-Modell arbeiteten, von der klaren Gegensätzlichkeit von Demokratie und Diktatur aus, die durch keine Begriffsspielerei wegzudiskutieren ist und für die sich Ansätze bereits in Friedrich Meineckes 1930 publiziertem Aufsatz *Nationalsozialismus und Bürgertum* finden<sup>13)</sup>. Meinecke bezeichnete damals Kommunismus und Nationalsozialismus als die beiden „Mühlsteine“, die „an Staat und Gesellschaft reiben“ und die „von einer letzten, tiefsten, gemeinsamen soziologischen Ursache getrieben“ seien. Meineckes zeitgenössi-

sche Erfahrung der zerstörerischen Wirkung von NSDAP und KPD gegenüber der Weimarer Demokratie präfigurierte den antitotalitären Grundkonsens der Demokraten in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik. So gewann das vor allem von Carl J. Friedrich und Zbigniew Brzezinski Ende der dreißiger Jahre in den USA definierte – und beispielsweise in Hannah Arendts weit ins 19. Jahrhundert zurückgreifendem, zuerst englisch 1951 und dann deutsch 1955 veröffentlichtem Werk *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft* konkretisierte – politikwissenschaftliche Totalitarismuskonzept große Überzeugungskraft für die historische Erfassung der deutschen und europäischen Geschichte seit 1917.

#### IV.

Auf der Basis dieser Fragestellungen erarbeitete Karl Dietrich Bracher die erste fundamentale Strukturanalyse der Weimarer Republik, die bis heute nichts von ihrer Bedeutung eingebüßt hat. Brachers immer wieder nachgedrucktes Buch *Die Auflösung der Weimarer Republik* ist heute ein international anerkanntes Standardwerk. Das war nicht immer so. Bei seinem Erscheinen löste es heftige Kritik aus – Kritik, die sowohl aus methodischen als auch politischen Motiven resultierte. Die politische Auseinandersetzung entzündete sich an Brachers kritischer Interpretation des Reichskanzlers Brüning, aber auch an seiner Darstellung des Preußenschlags vom 20. Juli 1932, in der das Ausbleiben massiven Widerstandes der demokratischen Kräfte – vor allem auch von Seiten der SPD, der Preußenregierung und der Gewerkschaften – kritisch analysiert wurde. Hierdurch fühlten sich besonders mehr oder weniger beteiligte Zeitgenossen wie der ehemalige preußische Innenminister Carl Severing sowie der frühere Ministerialdirektor Arnold Brecht provoziert.

Die methodischen Einwände richteten sich gegen politikwissenschaftliche Fragestellungen Brachers, der eine funktionale Analyse des Machtverfalls der Demokratie lieferte, nicht aber eine am traditionellen Historismus orientierte intentionale Interpretation: Dieser Methodenwechsel indizierte die grundsätzliche Richtung der historischen und politikwissenschaftlichen Weimar-Forschung und die enge

Bindung der erkenntnisleitenden Interessen an Gründung und Entwicklung der Demokratie in Westdeutschland, die beispielsweise auch in Ernst Fraenkels wegweisenden vergleichenden Studien über die historischen Vorbelastungen des deutschen Parlamentarismus seit Ende der fünfziger Jahre zum Ausdruck kamen und dann seit Ende der sechziger Jahre in Fraenkels Kritik am „Rätemythos“ mit gegensätzlicher politischer Stoßrichtung komplementiert wurden<sup>14)</sup>.

Für die anfänglich herbe Kritik wurde Bracher nach einigen Jahren entschädigt: So konnte er die 1970 erfolgte postume Publikation der Brüning-Memoiren, die ihm noch nicht zugänglich waren, als Bestätigung seiner Analysen empfinden – auch wenn ihre durchgängige Authentizität mit guten Gründen bezweifelt worden ist<sup>15)</sup>. Bracher konnte vor allem Genugtuung empfinden, weil einer seiner schärfsten Kritiker, Werner Conze, schon bald sein Urteil revidierte, zumindest aber stark modifizierte. 1957 hatte Conze in einer Rezension in der *Historischen Zeitschrift (HZ)* trotz Anerkennung seines erheblichen historischen Ertrags Brachers Werk als „in seinen Grundlagen methodisch fragwürdig“ bezeichnet. Zwei Jahre später bedauerte Conze in einer erneuten Besprechung der im wesentlichen unver-

<sup>12)</sup> Arnold Brecht, Vorspiel zum Schweigen. Das Ende der deutschen Republik, Wien 1948.

<sup>13)</sup> In: Friedrich Meinecke, Werke, Bd. 2, hrsg. von Georg Kotowski, Darmstadt 1958, S. 444.

<sup>14)</sup> Ernst Fraenkel, Deutschland und die westlichen Demokratien, Stuttgart 1973<sup>5</sup>.

<sup>15)</sup> Karl Dietrich Bracher, Brünings unpolitische Politik und die Auflösung der Weimarer Republik, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 19 (1971), S. 113–123; Werner Conze, Brüning als Reichskanzler. Eine Zwischenbilanz, in: Historische Zeitschrift, (1972) 214, S. 310–334; Rudolf Morsey, Zur Entstehung, Authentizität und Kritik von Brünings „Memoiren 1918–1934“, Opladen 1975.



änderten Neuauflage von Brachers Werk in der HZ, in der früheren Rezension seien ihm einige ungerechte überspitzte Formulierungen unterlaufen: „Die Besprechung der ersten Auflage war das Ergebnis einer Herausforderung durch die Grundlagenprobleme.“ Die Bedeutung des bisher einzigen umfassenden Werks über die Weimarer Republik, das wissenschaftlichen Rang besitze, sei durch die Notwendigkeit einer Neuauflage anerkannt worden<sup>16)</sup>.

In der Tat traf Brachers Methode den Nerv zeitgeschichtlicher Forschung. Da er aber nicht nur Postulate aufstellte, wie Zeitgeschichte zu schreiben sei, sondern immer wieder seine methodischen Maximen realisierte, erlangten seine Werke die angemessene Wirkung. Schon 1960 veröffentlichte Karl Dietrich Bracher zusammen mit Gerhard Schulz und Wolfgang Sauer ein weiteres grundlegendes Werk, *Die Nationalsozialistische Machtergreifung*. 1969 folgte die erste umfassende Gesamtdarstellung des Nationalsozialismus, *Die Deutsche Diktatur*, 1976 schließlich eine groß angelegte Synthese, *Die Krise Europas 1917–1975*, die stärker als einige andere Arbeiten vom Totalitarismus-Modell ausging und deren Wille zu politischer Erziehung unverkennbar ist. Der Gegensatz von Demokratie und Diktatur bildet den Schlüssel der Interpretation; die Mahnung vor der totalitären Versuchung angesichts der seit Ende der sechziger Jahre unverkennbaren Renaissance marxistischer Bewegungen ist unübersehbar. Allerdings ist das zeitgeschichtliche Werk Karl Dietrich Brachers mit dem Wort Totalitarismus-Modell nur sehr unvollkommen charakterisiert, hatte er doch bereits in seinem 1956 in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* veröffentlichten Aufsatz *Stufen totalitärer Gleichschaltung* auf das Herrschaftsprinzip *divide et impera*, die Existenz konkurrierender Machtgruppen und damit einer polyzentrischen Herrschaftsstruktur innerhalb der Führerdiktatur hingewiesen — mehr als zehn Jahre, bevor die Kennzeichnung der NS-Diktatur als „polykratisch“ zu einer breiten Interpretationsrichtung ausgebaut wurde.

Die Kontroverse über die Auflösung der Weimarer Republik war mit Werner Conzes Selbstrevision noch keineswegs abgeschlossen, begründete er doch in verschiedenen Aufsätzen seine Auffassung, das Präsidialkabinett Brüning sei keineswegs, wie Bracher meine, die erste Stufe zur Auflösung der Weimarer Republik gewesen, sondern der letzte Versuch, den demokratischen Rechtsstaat zu ret-

ten<sup>17)</sup>. Brünings Instrumentalisierung der Staats- und Verfassungskrise für die Lösung außenpolitischer Probleme, insbesondere der Reparationsfrage, ist dabei ebensowenig umstritten wie die innenpolitische Zielsetzung, das demokratisch-parlamentarische Regierungssystem von Weimar — bei Bewahrung seiner Rechtsstaatlichkeit — durch die faktisch bereits eingetretene verfassungsrechtliche Stärkung des Reichspräsidenten in Richtung auf einen Quasi-Konstitutionalismus oder gar eine konstitutionelle Monarchie zurückzubilden.

Bei dieser Frage geht es tatsächlich nicht um die zweifelsfreie Integrität Brünings, der von seinen Nachfolgern persönlich und politisch scharf zu unterscheiden ist. Auch geht es nicht um die unbelegbare Behauptung, Brüning habe die Krise bewußt herbeigeführt: Er hat sie für seine Zielsetzung zu nutzen versucht, aber erfunden hat er sie nicht. Die permanente Krisenhaftigkeit der Weimarer Republik und die von Anfang an bestehende Schwäche der Großen Koalition, die ja viele Monate brauchte, bevor sie sich überhaupt als Koalition verstand und zu einer alle Partner einbeziehenden formellen Absprache gelangte, die wirtschaftspolitische Krise, die Entwicklung der Arbeitslosigkeit, die mangelnde gesellschaftliche und parlamentarische Integrationskraft und Bündnisfähigkeit der Parteien — dies alles waren keine Konsequenzen, sondern Voraussetzungen Brüning-scher Politik<sup>18)</sup>.

Die sachlich entscheidende Frage dieser Kontroverse lautet also: Hatte sich das parteienstaatliche System von Weimar zur Lösung der massiven ökonomischen, gesellschaftlichen und politischen Probleme als so unfähig erwiesen, daß eine im strengen Sinne systemkonforme Lösungsmöglichkeit nicht mehr bestand und deswegen die Suche nach Alternativen notwendig war? Von der Beantwortung dieser Frage hängt in der Tat die grundsätzliche Einschätzung der Regierung Brüning ab, wengleich sich die Bewertung einzelner schwerwiegender Fehler — wie die Reichstagsauflösung vom 18. Juli 1930 — dadurch nicht ändert. An dieser verhängnisvollen Entscheidung war allerdings nicht allein Brünings Fehlbeurteilung des Wahlausgangs

<sup>17)</sup> Vgl. u. a. Werner Conze, Die politischen Entscheidungen in Deutschland 1919–1933, in: ders./Hans Raupach (Hrsg.), Die Staats- und Gesellschaftskrise des deutschen Reiches 1929/30, Stuttgart 1967, S. 176–252.

<sup>18)</sup> Vgl. u. a. Anm. 10, 11 und Rudolf Morsey, in: Deutschlands Weg in die Diktatur, hrsg. von Martin Broszat u. a., Berlin 1983, S. 126 ff. passim; Horst Möller, Das Ende der Weimarer Demokratie und die nationalsozialistische Revolution von 1933, in: Martin Broszat/Horst Möller (Hrsg.), Das Dritte Reich. Herrschaftsstruktur und Geschichte, München 1986<sup>2</sup>, S. 9–37.

<sup>16)</sup> Diese Rezensionen finden sich in der Historischen Zeitschrift, (1957) 183, S. 378–382, sowie (1959) 187, S. 407 f.

schuld, sondern auch die übrigen demokratischen Parteien bzw. das gesamte Kabinett, in dem sich keine Stimme gegen die vorzeitige Neuwahl erhob<sup>19)</sup>.

Zu dieser ersten Grundfrage tritt eine zweite: Hat Brüning's Politik objektiv die Auflösung der Weimarer Verfassungsordnung durch sein Präsidialkabinett und die Politik der Notverordnungen begünstigt? Die Antwort kann auch dann bejahend ausfallen, wenn man Brüning's Intentionen und seine Lagebeurteilung vom Frühjahr 1930 teilt. Denn die Wirkung des von ihm kurz vor dem Scheitern der Großen Koalition ausgearbeiteten Kompromißvorschlags zur Rettung des Kabinetts Hermann Müller beurteilte er selbst als nur kurzfristig: Für den Herbst 1930 rechnete er so oder so mit dem Ende der Großen Koalition. Lautet die Antwort, daß zwar im Frühjahr 1930 rechnerisch eine parlamentarische Regierung möglich gewesen sei, aber nicht mehr politisch, dann bekommt Brüning's Regierung insgesamt den Charakter eines Rettungsversuchs in nahezu aussichtsloser Lage, der aber eben deswegen unternommen werden mußte. Argumentiert man von den Strukturmängeln des politischen Systems her, dann lautet die konsequente Schlußfolgerung: Der unausgewogene Kompromiß der Verfassung zwischen einem parlamentarischen und einem präsidentiellen Regierungssystem bot in Form der präsidentialen Minderheitsregierung mit Notverordnungen — die unter anderen Konstellationen und Personen bereits 1922/1923 praktiziert wurde — einen Ausweg. Ein solcher, längere Zeit praktizierter Ausweg aber verließ den Boden des auf die Integrationsfähigkeit der Parteien angewiesenen konsequenten Parlamentarismus. Die bloße Möglichkeit nicht-parlamentarischer Lösungen aber bot den Parteien die Flucht aus der Verantwortung geradezu an, wie sich dann wieder bei der Auflösung des Reichstags im Juli 1930 zeigte: Die verhängnisvollen Nebenwege, die die Verfassung offen ließ, wurden je länger je mehr zwangsläufig zu Abwegen<sup>20)</sup>.

Die Differenz der intentional-situationsbezogenen und der funktional-strukturellen Deutung bildet den methodologischen Kern dieser Kontroverse. Sie verwies zugleich auf künftige Kontroversen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre, bei denen es um die Frage ging, ob und in welchem Maße typologisierend-generalisierende sozialwis-

enschaftliche Methoden mit der individualisierend-historisierenden Methode der Geschichtswissenschaft vereinbar seien<sup>21)</sup>.

Schon Conze hatte gegen Bracher eingewandt: „Ist die Weimarer Republik wirklich ein ‚typisches Modell‘ für die Auflösung einer Demokratie? Sofern sich der Verfasser nicht wiederholt selbst verbessert, wird mit einem weitgehend unhistorischen Begriff der Demokratie gearbeitet.“<sup>22)</sup> Und Waldemar Besson sekundierte 1959 in seinem Werk *Württemberg und die Deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, das übrigens erstmals einen Perspektivenwechsel von der reichspolitischen zur föderativen Problemstellung brachte: „Gegen die Subsumierung der Ära Brüning unter ein ‚typisches Modell‘ einer Entwicklung von der parlamentarischen Demokratie zum totalen Staat wird der Historiker ihre Individualität zu betonen haben. Sie setzte in den Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaates einen spezifischen geschichtlichen Boden voraus. Dem politischen und institutionellen Ergebnis dieses Rückgriffs vermag deshalb eine Typisierung nur ungenügend gerecht zu werden.“<sup>23)</sup> Besson unterzog seinerseits die politische Prämisse Brüning's, der — in den Traditionen deutschen politischen Denkens stehend — Staatsräson über Parteiräson gestellt habe, einer kritischen Betrachtung, wenngleich er dessen Politik der „Sachlichkeit“ aus württembergischer Perspektive positiv beurteilt.

Diese Kritik zielte also nicht im vordergründigen Sinne auf eine politisch motivierte Rettung Brüning's, sondern auf eine Grundfrage der zeitgeschichtlichen Methode. Auch in späteren — hier im einzelnen nicht zu resümierenden — Beiträgen zu dieser Kontroverse von Karl Dietrich Erdmann, Rudolf Morsey, Josef Becker und später Udo Wengst wurde dies immer wieder deutlich<sup>24)</sup>.

<sup>21)</sup> Vgl. statt vieler mit weiterer Literatur Theodor Schieder, *Geschichte als Wissenschaft*, München–Wien 1968<sup>2</sup>, S. 195 ff.; Karl-Georg Faber, *Theorie der Geschichtswissenschaft*, München 1971; Hans-Ulrich Wehler (Hrsg.), *Geschichte und Soziologie*, Köln 1972; Winfried Schulze, *Soziologie und Geschichtswissenschaft*, München 1974; Jürgen Kocka, *Sozialgeschichte. Begriff — Entwicklung — Probleme*, Göttingen 1977.

<sup>22)</sup> W. Conze, in: *Historische Zeitschrift*, (1957) 183, S. 380. Allerdings konzidierte auch Conze damals, Brachers Werk sei das erste, das wissenschaftlich weiterführe und Neuland betrete.

<sup>23)</sup> Waldemar Besson, *Württemberg und die deutsche Staatskrise 1928–1933. Eine Studie zur Auflösung der Weimarer Republik*, Stuttgart 1959, S. 359 f.

<sup>24)</sup> Vgl. die Kontroverse zwischen Josef Becker, Heinrich Brüning und das Scheitern der konservativen Alternative, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 22/80, und Udo Wengst, Heinrich Brüning und die „konservative Alternative“, ebd., B 50/80, sowie Josef Becker, *Geschichtsschreibung im poli-*

<sup>19)</sup> Vgl. mit weiterer Literatur u. a. Horst Möller, Gottfried Reinhold Treviranus. Ein Konservativer zwischen den Zeiten, in: *Um der Freiheit Willen. Eine Festgabe für und von Johannes und Karin Schauff zum 80. Geburtstag*, hrsg. von Paulus Gordan, Pfullingen 1983, S. 118–146.

<sup>20)</sup> Vgl. H. Möller (Anm. 4), S. 163, S. 202.

Karl Dietrich Bracher selbst war sich der Neuartigkeit seines Ansatzes selbstverständlich bewußt. Im Vorwort betonte er 1955, es gehe nicht allein um die Rankesche Frage, wie es eigentlich gewesen sei, wie es dazu kommen konnte, die eine solche Untersuchung im Bereich der historischen Forschung legitimiere: „Darüber hinaus umschließt jene Epoche, die der Zeitgeschichte angehört und zugleich so überaus spürbar in unser Dasein hineinwirkt, ein echtes Problem der *politischen Wissenschaft*, die in der Weimarer Republik ein in bestimmten Grenzen ‚typisches‘ Modell für die Probleme der Erringung und Erhaltung, des Abbaus und Verlusts politischer Macht erfaßt.“<sup>25)</sup> Und auch in späteren Auflagen bekannte Bracher, die Kritik habe ihn nicht davon abbringen können, an der Verbindung historischer, soziologischer und politikwissenschaftlicher Fragestellungen festzuhalten und sie für einen fruchtbaren Zugang zu halten.

Auch Hans Herzfeld, der Brachers Werk eine Einleitung voranstellte, bekannte sich ausdrücklich zu diesem methodischen Weg. Herzfeld sah wohl das zeitweilige Unverständnis, wenn er 1955 betonte, der 1933 herbeigeführte Abbruch in der Entwicklung von Sozial- und Politikwissenschaft in Deutschland erschwere die Rezeption ihrer systematischen Methoden. Eine derartige Schlußfolgerung dränge sich dem Betrachter dieser Disziplinen in Frankreich, England und den USA mit „sehr empfindlicher Schärfe“ auf. Um so notwendiger sei eine die verschiedenen Disziplinen zusammenfassende, systematische Fragestellung der Wissenschaft von der Politik, stelle doch die „Auflösung der Weimarer Demokratie, der Sieg des autoritären und totalen Staates über die Idee der politischen Freiheit im Herzen Europas, die vielleicht erschütterndste und als Warnung lehrreichste Erfahrung in der politischen Geschichte dar, die der wissenschaftlichen Beobachtung heute zugänglich ist, solange das Gleiche für die östliche Welt noch nicht oder zumindest nicht in gleichem Maße der Fall ist.“<sup>26)</sup>

Inzwischen haben sich die prinzipiellen Bedenken gegen eine strukturanalytische Methode in der Geschichtswissenschaft weitestgehend zerstreut;

---

tischen Optativ? Zum Problem der Auflösung einer Republik wider Willen, ebd.; wichtige Editionen haben die Quellenbasis der Beurteilung erweitert: Politik und Wissenschaft in der Krise. Quellen zur Ära Brüning, eingel. von Gerhard Schulz, bearb. von Ilse Maurer und Udo Wengst unter Mitwirkung von Jürgen Heideking, Düsseldorf 1980; sowie Akten der Reichskanzlei. Das Kabinett Brüning I und II, bearb. von Tilmann Koops, Boppard 1982 (bisher 2 Bde.).<sup>25)</sup> K. D. Bracher, *Auflösung der Weimarer Republik* (Anm. 9), S. XVIII (Vorwort 1955).

<sup>26)</sup> Hans Herzfeld, *Einleitung*, ebd., S. XV f.

Brachers Pioniertat innerhalb der Zeitgeschichtsschreibung ist auch von denjenigen anerkannt, die seiner Beurteilung Brünings nicht folgen. Umso amüsanter könnte die Charakterisierung Karl Dietrich Brachers durch einen im Mai 1979 veröffentlichten Artikel der FAZ erscheinen, in dem Karl Heinz Bohrer über die vom Deutschen Historischen Institut London veranstaltete Tagung zum Thema „Führerstaat — Mythos oder Realität“ berichtete: Er stellte Bracher als Vertreter einer älteren, biographisch orientierten Methode hin, die im Gegensatz zur strukturgeschichtlichen Erfassung zeitgeschichtlicher Probleme stehe. Diese Ignoranz demonstriert die Notwendigkeit, von Zeit zu Zeit eine historiographiegeschichtliche Standortbestimmung vorzunehmen.

Die Kontroverse über die Politik Heinrich Brünings lebte in den letzten Jahren an einem Themenkomplex wieder auf, der zwar mit Brünings Reparations- und Außenpolitik zusammenhängt, jedoch zunächst einen binnenwirtschaftlichen Bezugspunkt hat: Die vom Reichskanzler zur Haushaltssanierung betriebene Deflationspolitik war schon bei den Zeitgenossen umstritten und nach 1945 Gegenstand heftiger Kritik geworden. Allerdings gelangte Knut Borchardt 1979 in seinem Aufsatz *Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre* zu dem Ergebnis, Brünings Politik sei aufgrund der konkreten wirtschaftspolitischen Konstellation bereits seit 1928/1929, aber auch aufgrund der ökonomischen und gesellschaftlichen Entwicklung seit der Inflation der frühen zwanziger Jahre im Zusammenhang mit der zunehmenden Funktionsunfähigkeit des politischen Systems zwangsläufig und tatsächlich ohne echte Alternative gewesen<sup>27)</sup>. Wenngleich andere Wirtschaftshistoriker, zum Beispiel Carl-Ludwig Holtfrerich<sup>28)</sup>, dieser Einschätzung entgegengetreten sind und die Diskussion darüber noch anhält, ist zumindest die Sicherheit erschüttert, mit der die Wirtschafts- und Finanzpolitik Heinrich Brünings lange Zeit scharf abgelehnt worden ist.

---

<sup>27)</sup> Die einschlägigen Beiträge sind gesammelt in: Knut Borchardt, *Wachstum, Krisen, Handlungsspielräume der Wirtschaftspolitik. Studien zur Wirtschaftsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts*, Göttingen 1982.

<sup>28)</sup> Carl-Ludwig Holtfrerich, *Alternativen zu Brünings Wirtschaftspolitik in der Weltwirtschaftskrise?*, in: *Historische Zeitschrift*, (1982) 235, S. 605–631. Von älteren Arbeiten: Wolfgang J. Helbich, *Die Reparationen in der Ära Brüning*, Berlin 1962. — Dessen Ergebnis, für Brüning habe die Revisionspolitik mit Kern der Reparationen höchste Priorität besessen, wird durch neuere Arbeiten bestätigt. Diese Brüningsche Prioritätenskala sieht Holtfrerich im Gegensatz zu Borchardt als entscheidendes Motiv einer Deflationspolitik an: Brüning habe die Krise gebraucht, um seine Ziele zu erreichen.

Wesentliche Argumente Borchardts sind jedenfalls schwer widerlegbar, zumal er auch die damals vorgeschlagenen Konzepte einer aktiven Konjunkturpolitik als kaum tragfähig nachweist und plausibel begründet, warum die seit Mitte 1932 verwendeten wirtschaftspolitischen Rezepte vorher nicht anwendbar gewesen seien.

In methodischer Hinsicht bemüht sich Borchardt, bei aller Berücksichtigung der in mehreren Jahrzehnten hinzugewonnenen wirtschaftspolitischen Erfahrung, die spezifische historische Konstellation und den Zeithorizont der handelnden Politiker zu sehen. Borchardts Hinweis auf die ökonomische „Krise vor der Krise“ korrespondiert der von den Verfassungshistorikern konstatierten Krisenhaftigkeit des politischen Systems seit 1920, die auch Historiker unterschiedlicher wissenschaftsmethodischer Richtungen in einem der letzten bilanzierenden Symposien wiederum betonten<sup>29)</sup>. Auch in dieser Interpretation spielt die Frage eine entscheidende Rolle, ob die große Krise vermeidbar gewesen sei, die zweifellos eine der zentralen Ursachen für den Aufstieg des Nationalsozialismus gewesen ist. Die Antwort fällt im wesentlichen negativ aus; Borchardt entzaubert den „rückwärtsgewandten Problemlösungsoptimismus“<sup>30)</sup>.

Ein anderer Mythos im Bereich der sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Erklärung, den aber nur ein Teil der ideologisch nicht von vornherein festgelegten Autoren außerhalb des marxistischen Lagers teilte, ist in den letzten Jahren zunehmend zerstört worden — die Behauptung nämlich, die Großindu-

strie habe wesentlich zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen: Davon kann spätestens seit der großen, zugleich zusammenfassenden wie im einzelnen weiterführenden, 1985 publizierten Untersuchung von Henry A. Turner keine Rede mehr sein. Klar ist jedoch, daß die Mehrheit der Großindustriellen nicht zu den Stützen der parlamentarischen Demokratie zählte und politische Fragen in der Regel ihrem wirtschaftlichen Interesse unterordnete<sup>31)</sup>.

Auch die wahlsoziologischen Untersuchungen der Wählerbasis der NSDAP führten in den letzten Jahren zu neuen, wenngleich noch nicht abschließenden Ergebnissen: Insgesamt erschütterten sie die lange dominierende These, die NSDAP sei im wesentlichen eine Mittelstandspartei gewesen. Neuere — allerdings begrenzte — Untersuchungen ergaben, daß die NSDAP tatsächlich eine sozial sehr viel breiter verankerte „Bewegung“ gewesen ist, an der sowohl proletarische und unterbürgerliche Schichten<sup>32)</sup> als auch großbürgerliche Wähler — zumindest in einzelnen Wahlkreisen — nennenswerten Anteil hatten<sup>33)</sup>. Wie weit solche Befunde verallgemeinerungsfähig sind, muß sich zeigen. Auch ist ungeklärt, wie ausschlaggebend der Anteil von Jung- und Neuwählern für die Wahlerfolge der NSDAP seit dem 14. September 1930 gewesen ist — in jedem Fall ist er wohl hoch anzusetzen. Unterdurchschnittlichen Zulauf hatte die NSDAP aber eindeutig in katholischen Gebieten sowie bei solchen Wählern, die zur organisierten Arbeiterbewegung vor allem sozialdemokratischer und christlicher Provenienz gehörten.

## V.

Standen während der beiden ersten Jahrzehnte nach 1945 die Auflösung der Weimarer Republik und ihre Ursachen im Vordergrund der Analyse und wurden in den letzten Jahren einige der schon früher erörterten Probleme wieder aufgenommen, so richtete sich seit den frühen sechziger Jahren die Aufmerksamkeit zunehmend auf die Strukturprobleme der Gründung der ersten deutschen Republik.

Wenngleich auch diese nie aus dem Blickfeld verschwunden waren, so erlangte die Erforschung der

<sup>29)</sup> Deutschlands Weg in die Diktatur, hrsg. von Martin Broszat, Ulrich Dübber, Walther Hofer, Horst Möller, Heinrich Oberreuter, Jürgen Schmädke, Wolfgang Treue, Berlin 1983, hier insbes. S. 75–182.

<sup>30)</sup> K. Borchardt, Zwangslagen und Handlungsspielräume in der großen Wirtschaftskrise der frühen dreißiger Jahre: Zur Revision des überlieferten Geschichtsbildes, in: Michael Stürmer (Hrsg.), Die Weimarer Republik. Belagerte Civitas, Königstein 1985<sup>2</sup>, S. 319.

<sup>31)</sup> Henry Ashby Turner Jr., Die Großunternehmen und der Aufstieg Hitlers, Berlin 1985; Reinhard Neebe, Großindustrie, Staat und NSDAP 1930–1933. Paul Silverberg und der Reichsverband der Deutschen Industrie in der Krise der Weimarer Republik, Göttingen 1981.

<sup>32)</sup> Jürgen W. Falter, Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28–29/79; ders., Wählerbewegungen zur NSDAP 1924–1933, in: Otto Büsch (Hrsg.), Wählerbewegungen in der europäischen Geschichte, Berlin 1980, S. 159–202; Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schuhmann, Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien 1919–1933, München 1986; vgl. auch H. Möller, Parlamentarismus in Preußen 1919–1932, Düsseldorf 1985, S. 240 ff., 297 ff.

<sup>33)</sup> Richard F. Hamilton, Who voted for Hitler?, Princeton 1982.

revolutionären Übergangsphase doch von den frühen sechzigern bis weit in die Mitte der siebziger Jahre die größte Aufmerksamkeit. Auch dieses Forschungsinteresse war deutlich von den politischen Problemen und Auseinandersetzungen der eigenen Zeit stimuliert, zumindest erzielte es im Kontext der Parlamentarismus-Kritik der Neuen Linken und ihrer direktdemokratischen Theorien erhebliche Breitenwirkung.

Die politische Erfahrung, aus der heraus die Bonner Verfassungsväter die plebiszitäre Komponente der Weimarer Verfassungsordnung ablehnten, fehlte der neuen Generation offensichtlich. Eine eindringendere Betrachtung zeigte überdies, wie sehr die neomarxistische Parlamentarismus-Kritik Ende der sechziger Jahre derjenigen ähnelte, die in den zwanziger Jahren auf wirksam-verhängnisvolle Weise Carl Schmitt am parlamentarischen Regierungssystem geübt hatte<sup>34</sup>). Beide kritischen Parlamentarismus-Theorien konvergierten im übrigen darin, daß sie die Realität des Parlamentarismus mit Kategorien attackierten, die aus der idealisierenden liberalen Theorie des 19. Jahrhunderts entwickelt worden waren, zum Beispiel mit dem Modell einer „diskutanten Öffentlichkeit“ und einem historisch nie existenten Modell rationaler Entscheidungsbildung<sup>35</sup>). Die Alternative zum nur begrenzt funktionstüchtigen Parlamentarismus der Weimarer Republik suchte die Interpretation nun in „rätedemokratischen“ Modellen und nicht mehr in der Analyse der Strukturdefekte des Parlamentarismus mit der Konstruktion einer krisenfesteren Form des Parlamentarismus, wie sie mit der Verfassungsordnung des Grundgesetzes entwickelt wurde.

Bei aller inhaltlichen Gegensätzlichkeit beider Problemstellungen konvergierten sie letztlich doch in einer formal ähnlichen Frage: Wie hätten die Überlebenschancen der Weimarer Republik erhöht und damit der Aufstieg des Nationalsozialismus wirksamer verhindert werden können? Daraus leitete die Räteforschung die Frage ab: Gab es Wege zu einer breiteren gesellschaftlichen Fundierung des aus der Revolution hervorgegangenen Staates? Konsequenter mußte eine solche Betrachtung sich stärker auf die Begründung als auf die Auflösung der Repu-

blik richten, weil damals die Vorentscheidung für die politische Struktur des neuen Staates gefallen war.

Methodisch bildete eine wirkungsgeschichtlich-funktionale Interpretation wiederum den Angelpunkt. Noch stärker als bei der Analyse der Auflösung stellte sich die methodische Frage, in welchem Maße der nachlebende Historiker mit Alternativmodellen zur Erfassung der tatsächlichen historischen Entwicklung arbeiten kann. Die Aufbruchstimmung von 1969 „Mehr Demokratie wagen!“ wurde gewissermaßen ins Jahr 1919 zurückprojiziert, wovon so manche der Betrachtungen zum 50. Jahrestag der Revolution 1918/1919 beredt Zeugnis ablegt.

Allerdings besaß auch diese Forschungsrichtung methodische und empirische Vorläufer seit Mitte der fünfziger Jahre und politische bereits in der zeitgenössischen Diskussion. Die gegensätzliche Deutung der Revolution von 1918/1919 wurde gewissermaßen handbuchartig kanonisiert durch die neben Brachers *Auflösung der Weimarer Republik* lange Zeit wohl einflußreichste Sicht der ersten deutschen Demokratie, Karl Dietrich Erdmanns Handbuchdarstellung von 1959 (eine wesentlich erweiterte und aktualisierte Neuauflage erschien 1973). Diese nachhaltige Wirkung für die Gesamtbeurteilung der Weimarer Demokratie resultierte zum einen aus der souveränen Verarbeitung einer großen Materialfülle, zum anderen aber auch aus der Abgewogenheit, mit der Erdmann verschiedene Kontroversen darstellte. Nicht zuletzt aber dürfte die Übereinstimmung mit der im politischen Selbstverständnis der fünfziger und frühen sechziger Jahre kulminierenden klaren Unterscheidung von Demokratie und totalitären Diktaturen eine Rolle gespielt haben. Sie kam bereits in der Überschrift des ersten Kapitels zum Ausdruck: „Rätestaat oder parlamentarische Demokratie?“. Erdmann würdigte die Leistung des sozialdemokratischen Vorsitzenden der Regierung der Volksbeauftragten und späteren Reichspräsidenten Friedrich Ebert und die wesentlich von ihm mitgestaltete mehrheitssozialdemokratische Politik in der revolutionären Übergangsphase: Zu seinen Verdiensten gehörte — wie Erdmann betonte — die Einheit des Reiches und Deutschland vor dem Bolschewismus gerettet zu haben. Ohne für Fehlentwicklungen und politische Fehler der mehrheitssozialdemokratischen Führung blind zu sein, sah Erdmann doch keine prinzipielle Alternative zu ihrer Politik.

Über diese Frage kam es bereits 1955 zu einer wegweisenden und die Fronten klärenden Kontroverse, als Erdmann in den *Vierteljahrsheften für Zeitgeschichte* seine Konzeption entwickelte und Erich

<sup>34</sup>) Carl Schmitt, *Die geistesgeschichtliche Lage des heutigen Parlamentarismus*, Berlin 1926<sup>2</sup>.

<sup>35</sup>) Adolf M. Birke, *Die Souveränität des viktorianischen Parlaments und die moderne Parlamentarismuskritik*, in: *Der Staat*, Beiheft 1, Berlin 1975, S. 59–73; Horst Möller, *Parlamentarismus-Diskussion in der Weimarer Republik*, in: *Demokratie und Diktatur*, Festschrift Karl Dietrich Bracher zum 65. Geburtstag, hrsg. von Manfred Funke / Hans-Adolf Jacobsen / Hans-Helmuth Knütter / Hans-Peter Schwarz, Bonn 1987, S. 140–157.

Matthias ihm 1956 in der Zeitschrift *Die neue Gesellschaft* ebenfalls in einem kritischen Literaturbericht entgegentrat<sup>36</sup>).

Erdmann hatte nicht nur eine Übersicht über die vorliegende Literatur von den frühen Darstellungen der Zeitgenossen – wie die Ferdinand Friedensburgs (1946) und Friedrich Stampfers (1947) – bis hin zu den Memoiren gegeben, sondern auch die wissenschaftliche Literatur einer kritischen Prüfung unterzogen. Dabei lenkte Erdmann den Blick auf die These vom „Dritten Weg“ zwischen Parlamentarismus und Bolschewismus, die bereits in der frühesten Gesamtdarstellung der Weimarer Republik, derjenigen Arthur Rosenbergs, entwickelt und in der 1954 veröffentlichten Studie von Walter Tormin erstmals wissenschaftlich untersucht worden war: *Zwischen Räterediktatur und sozialer Demokratie. Die Geschichte der deutschen Revolution 1918/19*. Bereits die Beiträge von Tormin, Erdmann und Matthias umrissen eben jenes Forschungsproblem, dessen kontroverse Diskussion erst in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre voll entbrannte.

Erdmann beurteilte den zweiten Band von Rosenbergs auf die Jahre 1918 bis 1923 konzentrierter Darstellung von 1935 als Beginn der wissenschaftlichen Erforschung der Weimarer Republik<sup>37</sup>). Und in der Tat hatte Rosenberg außer reflektierter Problemorientierung und differenzierter Nachzeichnung machtpolitischer Verschiebungen die Auswertung eines damals unveröffentlichten Quellenbestandes zu bieten – der Sitzungsprotokolle der Regierung der Volksbeauftragten. Erdmann setzte sich mit Rosenbergs Kernthese auseinander, derzufolge die Weimarer Republik zum Untergang verurteilt gewesen sei, weil die Revolution steckengeblieben sei und das Ziel einer sozialen Revolution verfehlt habe. In Wirtschaft, Verwaltung, Justiz und Militär seien die alten Machtpositionen der Monarchie unangetastet geblieben und wirtschaftliche Schlüsselindustrien nicht verstaatlicht worden. Mit Hilfe der Arbeiter- und Soldatenräte sei eine soziale Revolution möglich gewesen; eine Kombination zwischen Räten und Parlament hätte bei größerem revolutionärem Engagement der mehrheitssozialdemokratischen Führung die Chance zu einer stabileren Verankerung der Demokratie in Deutschland geboten.

<sup>36</sup>) Karl Dietrich Erdmann, *Die Geschichte der Weimarer Republik als Problem der Wissenschaft*, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 3 (1955), S. 1–19; Erich Matthias, *Zur Geschichte der Weimarer Republik*. Ein Literaturbericht, in: *Die Neue Gesellschaft*, 3 (1956), S. 312–320.

<sup>37</sup>) Rosenbergs immer wieder aufgelegte Geschichte der Weimarer Republik endet zwar erst mit dem Jahr 1930, doch widmet er den Jahren 1924 bis 1930 nur knapp 60 Seiten.

Demgegenüber betonte Erdmann die „entscheidende Tatsache, daß das aus dem Zusammenbruch am 9. November hervorgegangene Regime in seiner Geburtsstunde von links her, nicht von rechts, mit Gewalt in seiner Existenz bedroht wurde“<sup>38</sup>). 1918/1919 habe die Wahl bestanden „zwischen einem konkreten Entweder-Oder: die soziale Revolution im Bund mit den auf eine proletarische Diktatur hindrängenden Kräften oder die parlamentarische Republik im Bund mit konservativen Elementen wie dem alten Offizierskorps. Die Weimarer Republik ist das Ergebnis eines sozialistisch-konservativen Zweckbündnisses. Rosenbergs These, daß sie deshalb zugrunde ging, weil sie nicht unterbaut wurde durch eine soziale Revolution, ist falsch, weil im Gegenteil der Fehlschlag der sozialen Revolution überhaupt die Vorbedingung dafür war, daß sie als das bestimmte historische Phänomen . . . ins Leben trat.“<sup>39</sup>) Von dieser Position aus lehnte Erdmann die These ab, der Untergang der Republik sei zwangsläufig gewesen.

In seiner Antwort ging Erich Matthias davon aus, daß „trotz aller tiefgreifender Unterschiede zwischen der Situation des gespaltenen Deutschlands von heute und der des Weimarer Staates die Kontinuität der Grundprobleme unserer staatlichen Existenz verblüffend“ sei. Matthias nahm Erdmanns Warnung vor einer fatalistischen Geschichtsbetrachtung ebenso auf wie dessen Mahnung, sich den Blick für die „Offenheit der Situation in Entscheidungsstunden“ nicht trüben zu lassen. Es sei Rosenberg, der diese Forderung beherzige, nicht Erdmann, der diesen gründlich mißverstehe. Erdmann reduziere eine ungeheuer komplizierte Situation auf eine viel zu einfache Alternative<sup>40</sup>).

Der Gedanke, um den es Rosenberg gegangen sei, „daß die breite Mitte der gemäßigt sozialistisch-demokratischen deutschen Arbeiterschaft zugleich zum Kristallisationskern und zum sozialen Träger eines nationalen demokratischen Integrationsprozesses hätte werden können, läßt sich nicht ohne weiteres als utopische Phantasie beiseite schieben“. Die Frage nach den realen Chancen eines „dritten Weges“ lasse sich gerade nach der Studie von Tormin keineswegs von vornherein negativ beantworten. Wengleich heutige Verfechter dieser gegenüber Erdmann revisionistischen Interpretation im allgemeinen den Begriff „dritter Weg“ für ungeeig-

<sup>38</sup>) Karl Dietrich Erdmann, *Die Weimarer Republik* (= Gebhardt, *Handbuch der deutschen Geschichte*, Bd. 4), Stuttgart 1973<sup>9</sup>, S. 161.

<sup>39</sup>) K. D. Erdmann (Anm. 36), S. 7, S. 16.

<sup>40</sup>) E. Matthias (Anm. 36), S. 312.

net halten, so geht es doch noch immer um die Alternative zur Politik Eberts<sup>41)</sup>.

Die Beurteilungsgrundlage hat sich seit der ersten Diskussion von 1954 bis 1956 und der Kontroverse auf dem Berliner Historikertag 1964<sup>42)</sup> erheblich verbessert. So publizierte die Kommission für Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien — den Anregungen von Matthias folgend und zum Teil von ihm bearbeitet — eine Reihe grundlegender Editionen, die sowohl die Quellenbasis erweiterten als auch eine andere einflußreiche These — die von Theodor Eschenburg, Weimar sei eine improvisierte Demokratie gewesen<sup>43)</sup> — zum Teil modifizierten. Matthias und Morsey bearbeiteten die 1959 bzw. 1962 veröffentlichten Editionen *Der Interfraktionelle Ausschuß 1917/18* und *Die Regierung des Prinzen Max von Baden*, und nach weiteren wichtigen Editionen erschienen 1969 in der Bearbeitung von Erich Matthias, Susanne Miller und Heinrich Potthoff die Akten der *Regierung der Volksbeauftragten 1918/1919*, nachdem bereits 1968 Eberhard Kolb und Reinhard Rürup gemeinsam mit dem Internationalen Institut für Sozialgeschichte in Amsterdam und der erwähnten Bonner Kommission eine Edition über den *Zentralrat der deutschen sozialistischen Republik* publiziert hatten.

Auf der Basis neu erschlossener Quellenbestände veröffentlichte Eberhard Kolb schließlich 1962 die

41) Vgl. zur Position der Anhänger einer von Rosenberg ausgehenden Interpretation u. a. Reinhard Rürup, *Probleme der Revolution in Deutschland 1918/19*, Wiesbaden 1968; ders., *Demokratische Revolution und „dritter Weg“*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 9 (1983), S. 278–301; Eberhard Kolb, *Die Weimarer Republik*, München 1984, S. 153 ff. Aus unterschiedlichen, in wesentlichen Punkten aber gegenteiligen Perspektiven u. a.: Wolfgang J. Mommsen, *Die deutsche Revolution 1918–1920*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 4 (1978), S. 362–391; Heinrich August Winkler, *Die Sozialdemokratie und die Revolution 1918/19*, Berlin-Bonn 1979; Eckehard Jesse/Hennig Köhler, *Die deutsche Revolution 1918/19 im Wandel der historischen Forschung*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/78, S. 3–23; H. Möller, *Weimar* (Anm. 4), S. 35 ff.

42) Bericht über die 26. Versammlung deutscher Historiker in Berlin (Beiheft GWU), Stuttgart 1965.

43) Theodor Eschenburg, *Die Republik von Weimar. Beiträge zur Geschichte einer improvisierten Demokratie*, München 1984<sup>2</sup>. Der Begriff wurde schon von Hugo Preuß im Oktober 1918 auf die Parlamentarisierung durch die Oktober-Reformen angewendet. Die Forschung hat seit der erwähnten Edition über den Interfraktionellen Ausschuß 1917/18 immer stärker gezeigt, daß in den letzten Kriegsjahren wichtige Vorentscheidungen in Richtung auf die Parlamentarisierung fielen, zu denen vor allem auch die Neugruppierung des Parteiensystems mit der Präfiguration der späteren Weimarer Koalition zählte. Die Politik der Mehrheitssozialdemokratie im Winter 1918/19 muß auch unter diesem Aspekt gesehen werden, wodurch dann auch der Begriff Improvisation relativiert wird.

erste gründliche empirische Untersuchung, die zum Vorbild späterer Analysen dieser Art wurde: *Arbeiterräte in der deutschen Innenpolitik 1918–1919*. Ihr folgten bereits nach einem Jahr, ebenfalls in der Bonner Kommission, Peter von Oertzens *Betriebsräte in der Novemberrevolution*. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre setzte dann — stimuliert durch die genannten politischen Motive — eine intensive Diskussion ein. Erschien Friedrich Ebert bis zur Mitte der sechziger Jahre als ein Reichspräsident, auf den sich alle demokratischen Kräfte der Bundesrepublik hätten einigen können, so wurde er im Zuge der Kritik an der Großen Koalition seit 1966 von der politischen Linken postum zunehmend aus dem Sozialismus ausgebürgert und nahezu zum Parteigänger der Konservativen erklärt.

Es unterliegt heute keinem Zweifel mehr, daß die Rätebewegung von 1918/1919 keineswegs politisch homogen und die sozialdemokratischen Räte gegenüber den radikalsozialistischen oder gar den spartakistisch-bolschewistischen Gruppen in der Mehrheit gewesen waren; die Radikalisierung der Rätmehrheit setzte erst um die Jahreswende 1918/1919 ein. In den Einzelanalysen sind also zahlreiche wichtige Forschungsergebnisse auf der Basis der seit Mitte der fünfziger Jahre gegebenen Anstöße erzielt worden. Doch hat das anders, als dies manchen Räteforschern scheinen mag, keineswegs zwangsläufig die prinzipielle Beurteilung der Entscheidungsalternativen von 1918/1919 und ihrer langfristigen Wirkungen verändert. In dieser Frage bleiben trotz vieler Modifikationen im einzelnen die Positionen weiterhin kontrovers, auch wenn die Auseinandersetzungen abgeflaut sind<sup>44)</sup>.

Trotz der insgesamt also zweifellos veränderten Beurteilung der Räte bleibt der Dissens beispielsweise in folgenden Fragen bestehen: Ein politisches Rätssystem ist mit der parlamentarischen Demokratie unvereinbar; ob mit ihr ein wirtschaftliches Rätssystem vereinbar ist, bleibt umstritten. Ebenso strittig ist, ob die Sozialisierung der Wirtschaft auch nur eine einzige der schweren Hypothesen der Weimarer Republik beseitigt und nicht vielmehr neue geschaffen hätte. Hier handelt es sich um ein politisches Credo, nicht um eine geschichtswissenschaftlich fundierbare Aussage zu den Weichenstellungen von 1918/1919. Schließlich muß die Frage

44) Vgl. zuletzt: Ulrich Kluge, *Die deutsche Revolution 1918/1919*, Frankfurt/M. 1985. — Beachtet werden muß im übrigen die außenpolitische Dimension. Vgl. stellvertretend Klaus Schwabe, *Deutsche Revolution und Wilson-Frieden. Die amerikanische und deutsche Friedensstrategie zwischen Ideologie und Machtpolitik 1918/19*, Düsseldorf 1971; Hennig Köhler, *Novemberrevolution und Frankreich. Die französische Deutschlandpolitik 1918–1919*, Düsseldorf 1980.

beantwortet werden, mit welchen Gruppierungen und welchen der meist ja nur diffusen — untereinander überdies konkurrierenden — Räte-Modellen ein Kompromiß erreichbar und machtpolitisch durchsetzbar gewesen wäre, welches dieser Modelle schließlich auch nur auf der Linken mehrheitsfähig gewesen wäre.

Ferner ist die Frage des Bündnispartners ganz entscheidend; tatsächlich funktionierte bereits die Zusammenarbeit mit der USPD nicht. Das lag keineswegs allein an der SPD-Führung, sondern mindestens im gleichen Maße an der Heterogenität der USPD, in der die Priorität einer souveränen Nationalversammlung nicht akzeptiert wurde. Vielmehr sprach man dort offen von einer Diktatur auf Zeit: Zunächst sollten die sozialistischen Zielsetzungen erreicht und dann erst die Nationalversammlung einberufen werden, weil man deren abweichende Mehrheit fürchtete. Ein demokratisches Verfahren wäre dies jedenfalls nicht gewesen.

Hier zeigt sich im übrigen der Pferdefuß einer Interpretation, die den Demokratiebegriff nicht formal verstehen, sondern mit bestimmten gesellschaftspolitischen und ideologischen Inhalten füllen will. Tatsächlich schließt ein erheblicher Teil solcher inhaltlich-politischer Wertungen die politischen Gegner aus der Demokratie aus, weil sie andere oder gegenteilige Inhalte vertreten. Der Grundsatz: „Was Demokratie ist, bestimme ich“, gefährdete

tatsächlich 1918/1919 die Demokratie. Die Politik der USPD demonstrierte das zweifelsfrei: Das Prinzip der Volkssouveränität, das sich nur in einer freien Wahl konkretisieren kann, sollte zeitweise suspendiert werden, weil man sich der Mehrheit nicht sicher war. Gerade weil zur Demokratie die Unterschiedlichkeit und Gegensätzlichkeit der Meinungen ebenso wie verfassungsrechtlich geregelter Konfliktaustrag und Entscheidungsbildung wesensnotwendig gehören, kann sie nur formal definiert werden; nur so sichert sie die Pluralität der politischen Richtungen. Daran ändert die schon 1919 zu hörende und von Hugo Preuß zu Recht zurückgewiesene Polemik gegen „bloß formale Demokratie“ nichts: Demokratie beinhaltet nicht eine bestimmte politische Richtung, sondern sichert die Möglichkeit aller politischen Richtungen, die sich an die Spielregeln halten. Friedrich Ebert und die Mehrheitssozialdemokratie haben dies 1918/1919 verstanden, große Teile der USPD und der radikalen Räte nicht — trotz der schönen Maxime von Rosa Luxemburg, Freiheit sei immer die Freiheit des anders Denkenden. Schließlich ist in bezug auf dritte, vierte und fünfte Wege 1918/1919 zu bedenken: Die möglichen Alternativen sind vom Historiker nur als Hypothesen zu formulieren — sie haben den Vorzug, sich in der Realität nicht mehr bewähren zu müssen. Ihre möglichen Mängel sind also weniger offensichtlich als beim tatsächlich eingeschlagenen Kurs.

## VI.

Alles in allem bleiben also viele Fragen offen. Entscheidend sind aber auch hier die Anregungen, die von den Forschungen der fünfziger und sechziger Jahre ausgegangen sind und die ihren Wert behalten, selbst wenn in der Außenpolitik, der Wirtschafts- und Sozialgeschichte, insbesondere der Inflationsforschung, der historischen Wahlforschung, der Analyse des Parlamentarismus und der Parteien, der Regional- und Lokalgeschichte neue Wege beschritten werden. Die erwähnte Konzentration auf die Auflösung und dann die Begründung der Weimarer Republik fand auch in einschlägigen Sammelbänden Ausdruck: Zuerst veröffentlichten Werner Conze und Hans Raupach das Sammelwerk *Die Staats- und Wirtschaftskrise des Deutschen Reiches 1929–1933* (1967), dem 1968 der Sammelband von Gotthard Jasper *Von Weimar zu Hitler* an die Seite trat. Es folgte der von Eberhard Kolb herausgegebene Band *Vom Kaiserreich zur Weimarer Republik* (1972) und schließlich 1980 der von Michael Stürmer herausgegebene Band *Die Weima-*

*rer Republik* sowie die Publikation eines Bilanzkolloquiums von 1979: *Weimar. Selbstpreisgabe einer Demokratie*, herausgegeben von zwei der führenden Weimar-Experten, Karl Dietrich Erdmann und Hagen Schulze, der 1982 auch die thematisch umfassendste, sehr gut lesbare Gesamtdarstellung folgen ließ: *Weimar – Deutschland 1917–1933*.

Neben weiteren Untersuchungen zur Auflösungsphase — von Thilo Vogelsangs *Reichswehr, Staat und NSDAP* (1962) und Ursula Büttners *Hamburg in der Staats- und Wirtschaftskrise 1928–1931* (1982) bis zu Gotthard Jaspers *Die gescheiterte Zählung. Wege zur Machtergreifung Hitlers 1930–1934* (1986) — traten schon früh Darstellungen zu einzelnen zentralen Problemen, ohne doch einen Forschungsschwerpunkt mit Beteiligung zahlreicher Forscher zu bilden. So legte Gerhard Schulz, der neben den schon erwähnten Werken mit seinem zuerst 1967 veröffentlichten Buch *Revolution und Friedensschlüsse 1917–1920* aus vergleichender



Perspektive die revolutionäre Übergangsphase behandelt hatte und 1976 einen knappen Abriss der deutschen Geschichte 1918–1945 folgen ließ, bereits 1963 eine der ersten großen Untersuchungen zum Preußen-Problem und den Reichsreformbestrebungen vor, die die Jahre 1919 bis 1930 behandelte und damit wie Michael Stürmers Untersuchung *Koalition und Opposition in der Weimarer Republik 1924–1928* (1967) zu den damals noch wenigen empirischen Studien über die mittleren Jahre zählte. Bei unterschiedlicher Thematik behandeln beide Bücher Problemzonen der Verfassungsstruktur bzw. -praxis.

Hinsichtlich der Preußen-Thematik, aber auch der Entwicklung des Parlamentarismus haben einige Autoren in den letzten Jahren eine andere Perspektive gewählt, die, von der föderativen Struktur des Weimarer Staates ausgehend, einen konstruktiven Beitrag der Länder zur Geschichte des Parlamentarismus in den Blick nimmt und gewissermaßen komplementär zur Analyse der Strukturdefekte des Reichsparlamentarismus nach realisierten Alternativen auf Länderebene fragt. Neben den allerdings bisher nur zeitlich oder sachlich begrenzten Untersuchungen vor allem zur Parteiengeschichte kleinerer Länder steht nun aufgrund seiner politischen Bedeutung und Größe das sich auf zwei Drittel des Reichsterritoriums erstreckende und drei Fünftel der Reichsbevölkerung beherbergende Preußen im Mittelpunkt. Dazu liegt inzwischen eine Gesamtanalyse des preußischen Parlamentarismus von 1918/1919 bis 1932/1933 vor, die Preußen nicht mehr in erster Linie als Belastungsfaktor des Weimarer Staates ansieht, sondern aufgrund verfassungsgeschichtlicher, sozialgeschichtlicher und politischer Befunde wegen seiner bis 1932 funktionierenden parlamentarischen Demokratie Preußen eher eine stabilisierende Wirkung attestiert. Die vergleichende Reich-Preußen-Perspektive könnte mithin für eine Gesamtbeurteilung der Weimarer Republik fruchtbar werden<sup>45)</sup>.

Zu den umfangreicheren Forschungsschwerpunkten, die sowohl außen- wie innenpolitische Dimensionen besaßen, zählt neben den schon seit den fünfziger und sechziger Jahren kontinuierlich betriebenen Untersuchungen zur Reichswehr<sup>46)</sup>,

<sup>45)</sup> Horst Möller, *Parlamentarismus* (Anm. 32). Dort auch weitere Literatur. Mit biographischer Perspektive: Hagen Schulze, *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt/M. – Berlin – Wien 1977.

<sup>46)</sup> Eine zusammenfassende Darstellung findet sich bei Rainer Wohlfeil/Edgar Graf von Matuschka, *Reichswehr und Republik 1918–1933* (= *Deutsche Militärgeschichte*, Bd. III, 2, hrsg. vom Militärgeschichtlichen Forschungsamt), Herrsching 1983<sup>2</sup>; Hans Meier-Welker, *Seeckt*, Frankfurt/M. 1967; Michael Salewski, *Entwaffnung und Militärkontrolle in*

die sich auf militärgeschichtliche Themen im engeren Sinne, das Verhältnis von Reichswehr und Politik, aber auch auf militärische und politische Kampfverbände konzentrierte<sup>47)</sup>, immer stärker die Erforschung der Wirtschaftsgeschichte und der Sozialpolitik.

Zwar hatte es auch auf diesem Feld neben Detailstudien früh Zusammenfassungen gegeben – beispielsweise Gustav Stolpers schon 1950 publizierten Überblick, der 1964 in neuer Bearbeitung durch Karl Häuser und Knut Borchardt unter dem Titel *Deutsche Wirtschaftskrise seit 1870* wieder aufgelegt wurde. Wie bei Stolper handelte es sich bei den Verfassern anderer größerer Gesamtdarstellungen einzelner Sektoren oftmals noch um beteiligte Zeitgenossen und nicht um Historiker im engeren Sinn. Dies gilt etwa für Willibald Apelts zuerst 1946 publizierte *Geschichte der Weimarer Verfassung*, die bis zu Ernst Rudolf Hubers monumentaler Verfassungsgeschichte, deren Weimar betreffende Bände 1978 bis 1984 erschienen<sup>48)</sup>, die einzige umfassende Darstellung blieb. Und auch Ludwig Prellers *Sozialpolitik in der Weimarer Republik* (1949) war das Werk eines Zeitgenossen.

So verdienstvoll und unverzichtbar diese Werke für Jahrzehnte blieben, so sehr wandelte sich seit den siebziger Jahren das Forschungsinteresse und die Methoden. Dies dokumentieren im Feld der interdisziplinären Behandlung von Wirtschaft, Gesellschaft und Politik beispielsweise das ertragreiche Bochumer Colloquium von 1973, dessen Beiträge unter dem Titel *Industrielles System und politische Entwicklung in der Weimarer Republik* (1974) veröffentlicht wurden, und in letzter Zeit vor allem das großangelegte Forschungsprojekt über „Inflation und Wiederaufbau in Deutschland und Europa 1914–1924“, das unter der Ägide des amerikanischen Historikers Gerald D. Feldman zusammen mit Carl-Ludwig Holtfrerich, Gerhard Ritter und Peter-Christian Witt unter internationaler Beteiligung zahlreicher Experten in Zusammenarbeit mit der Historischen Kommission zu Berlin durchge-

Deutschland 1919–1927, München 1966; Jost Dülffer, *Weimar, Hitler und die Marine. Reichspolitik und Flottenbau 1920–1939*, 1973; Michael Geyer, *Aufrüstung oder Sicherheit. Die Reichswehr in der Krise der Machtpolitik 1924–1936*, Wiesbaden 1980.

<sup>47)</sup> Stellvertretend: Karl Rohe, *Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold*, Düsseldorf 1966; Volker R. Berghahn, *Der Stahlhelm. Bund der Frontsoldaten 1918–1935*, Düsseldorf 1966.

<sup>48)</sup> Ernst Rudolf Huber, *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789*, Bd. 5 (= *Weltkrieg, Revolution und Reichserneuerung*), Bd. 6 (= *Die Weimarer Reichsverfassung*), Bd. 7 (= *Ausbau, Schutz und Untergang der Weimarer Republik*), Stuttgart-Köln-Mainz 1978, 1981, 1984.

führt wird und dessen Erträge bis 1987 in insgesamt acht Bänden veröffentlicht wurden. Diese Forschungen haben nicht allein die u. a. durch Feldman<sup>49)</sup> gewonnene Einschätzung bestätigt, derzufolge die Inflation der frühen zwanziger Jahre eine zwangsläufige Konsequenz von Kriegsfinanzierung

und Kriegsinflation war, sondern insbesondere durch gesellschafts-, wirtschafts- und finanzpolitische Fragestellungen in komparatistischer Perspektive durch Fallstudien zu bisher wenig oder gar nicht thematisierten Bereichen verschiedenster Art unsere Kenntnisse erweitert<sup>50)</sup>.

## VII.

Erste knappe Übersichtsdarstellungen wie die von Werner Conze (zuerst 1953) und von Hans Herzfeld, der die Weimarer Republik schon in seinem weit ausholenden Werk *Die moderne Welt 1789–1945*, das zuerst 1951 erschien und danach immer wieder überarbeitet wurde, behandelt hatte, waren ebenso wie Helmut Heibers erstmals 1966 erschienene, nach Auflagenhöhe wohl erfolgreichste Weimar-Darstellung für einen breiteren Leserkreis bestimmt. Die umfangreicheren Handbuchdarstellungen von Albert Schwarz 1958 und Karl Dietrich Erdmann 1959 boten dann bereits eine Synthese der bis dahin erarbeiteten Einzelforschung, nachdem der nach England emigrierte Jurist und Historiker Erich Eyck seine detaillierte zweibändige *Geschichte der Weimarer Republik* 1954/1956 in der Schweiz publiziert hatte.

Eyck schrieb sein Werk, wie oft betont worden ist, vom Standpunkt liberaler Kritik an der Weimarer Republik aus; es bildet in vielen Passagen den Bericht eines klugen zeitgenössischen Beobachters. Doch paßte Eycks Buch mit seiner Kritik am mangelnden Kampfeswillen der Weimarer Demokraten gegen den Extremismus von rechts und links durchaus in den antitotalitären Konsens. Eycks flüssige Darstellung, die die innen- und außenpolitische Geschichte der Republik unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Probleme in klassischer Weise erzählt, ist noch immer lesenswert, in bezug auf die allgemeine politische Geschichte ist sie bis heute am ausführlichsten und blieb bis zu Hagen Schulzes erwähntem Werk von 1982 die einzige, neben den

Handbüchern umfassendere deutsche Gesamtdarstellung. Daneben traten in den letzten Jahren Studienbücher, die mit einem knappen geschichtlichen Abriss mehr oder weniger ausführliche Forschungsberichte bieten und gemäß dem Reihencharakter unterschiedliche Schwerpunkte setzen<sup>51)</sup>.

Insgesamt legt also die seit Mitte der fünfziger Jahre einsetzende historische und politikwissenschaftliche Weimar-Forschung eine eindrucksvolle Bilanz vor, die zugleich ein differenziertes Bild dieser Zeit wie eine Gesamtbeurteilung bietet. Trotzdem bedürfen zahlreiche Themen weiterer Untersuchungen. Die bei den großen Forschungsschwerpunkten und problemorientierten Analysen naturgemäß stärker als bei den Tausenden von Detailstudien zutage tretende Stimulierung geschichtswissenschaftlichen Interesses durch die politische Entwicklung der Bundesrepublik ist für die Erforschung der Weimarer Republik immer dann außerordentlich fruchtbar geworden, wenn sie zu neuen Problemstellungen angeregt, diese dann aber in wissenschaftlichen Verfahrensweisen am historischen Gegenstand selbst objektiviert hat. Geschichtswissenschaft kann und muß sich durch die Gegenwart und ihre politischen Probleme anregen lassen, darf aber nicht dabei stehen bleiben, wenn sie Wissenschaft sein will: Politisches Interesse darf den Ausgangspunkt, nicht aber Methode und Ziel einer wissenschaftlichen Erforschung der Zeitgeschichte prägen.

<sup>49)</sup> Gerald D. Feldman/Heidrun Homburg, *Industrie und Inflation. Studien und Dokumente zur Politik der deutschen Unternehmer*; ders., *Vom Weltkrieg zur Weltwirtschaftskrise. Studien zur deutschen Wirtschafts- und Sozialgeschichte 1914–1932*, Göttingen 1984; vgl. auch Carl-Ludwig Holtfrerich, *Die deutsche Inflation 1914–1923*, Berlin 1980.

<sup>50)</sup> Zuletzt Gerald D. Feldman / Carl-Ludwig Holtfrerich / Gerhard A. Ritter / Peter Christian Witt (Hrsg.), *Die Anpassung an die Inflation*, Berlin–New York 1986.

<sup>51)</sup> Neben den bereits erwähnten Büchern von E. Kolb, *Die Weimarer Republik* (Anm. 41), sowie H. Möller, *Weimar* (Anm. 4), schon früher Karlheinz Dederke, *Reich und Republik 1917–1933*, Stuttgart 1969; Heinz Hürten, *Zwischenkriegszeit und Zweiter Weltkrieg* (= Studienbuch Geschichte, Heft 10, hrsg. von Reinhard Elze und Konrad Repgen), Stuttgart 1981.

# NS-Interpretationen und Zeitklima

## Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit

### I.

Seit 1984 erleben wir eine heftige öffentliche Auseinandersetzung über die NS-Zeit und ihren Bezug zur Gegenwart: Zunächst die aufwühlende Diskussion über die Art und Weise, wie man die 40. Wiederkehr der Beendigung des Krieges und der NS-Diktatur begehen sollte, überlagert durch den Streit um den Besuch des amerikanischen Präsidenten und des deutschen Bundeskanzlers auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg. Und jetzt — seit dem Sommer 1986 — der sogenannte „Historikerstreit“ über die Einordnung des Nationalsozialismus und seiner Verbrechen in die deutsche Geschichte, der die deutsche und teilweise auch die internationale Öffentlichkeit beschäftigt<sup>1)</sup>.

Beginn und Ende der NS-Herrschaft liegen inzwischen 54 bzw. 42 Jahre zurück. Nur eine Minderheit der heute Lebenden hat diese Zeit noch bewußt erlebt, und die Bedürfnisse nachträglicher Legitimation, Verdrängung usw. der Zeitgenossen treten damit als Komponenten der Geschichtsbetrachtung zurück. Und natürlich ist die Geschichte seitdem — keineswegs nur im Sinne eines friedlichen Fortschritts — weitergegangen. Muß sich nicht deshalb die Einschätzung der NS-Zeit verändern, muß sie nicht auch an Bedeutung verlieren?

Vieles spricht gegenwärtig dafür, daß die Diskussion über die deutsche Geschichte in ein neues Stadium getreten ist und daß sich die Frage der Beurteilung der NS-Zeit im Kontext der deutschen Geschichte mit Grundfragen des Selbstverständnisses und der politischen Kultur der Bundesrepublik verknüpft. Gibt es so etwas wie eine „Wende“ in der Verarbeitung der Vergangenheit?

Im folgenden sollen einige Entwicklungslinien der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus im Kontext des westdeutschen Geschichtsbewußtseins seit 1945 skizziert werden, um auf diesem Hintergrund die Spezifika der gegenwärtigen Diskussion zu bestimmen und zu bewerten. Dabei sind drei Komplexe zu berücksichtigen:

1. die wissenschaftliche Beschäftigung mit der NS-Zeit;
2. die historische Einordnung der NS-Zeit in die deutsche Geschichte durch die Historiographie;
3. die Rolle des Nationalsozialismus im Geschichtsbewußtsein der bundesdeutschen Gesellschaft.

Wir gehen chronologisch vor, wobei abschließend die neueste Diskussion etwas ausführlicher behandelt und interpretiert wird<sup>2)</sup>.

### II.

Das Bewußtsein der Deutschen in der frühen Nachkriegszeit war gewiß in erster Linie geprägt durch

Hunger, Not, die Sorge um den Alltag; aber es gab doch auch das Bewußtsein der Notwendigkeit einer geistigen Neuorientierung. War der Krieg von den meisten als Nationalkrieg betrachtet worden, so

<sup>1)</sup> Der Streit wurde ausgelöst durch die publizistische Kontroverse zwischen Ernst Nolte, *Vergangenheit, die nicht vergehen will*, in: FAZ v. 6. 6. 1986, und Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung*, in: *Die Zeit* v. 11. 7. 1986. Die Diskussion ist heute kaum mehr überschaubar und kann hier bibliographisch nicht wiedergegeben werden.

*Der Aufsatz ist die überarbeitete und mit Anmerkungen versehene Fassung eines Vortrages vor der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Bonn am 15. Februar 1987.*

<sup>2)</sup> Hier kann selbstverständlich kein Abriss der außerordentlich umfangreichen Literatur zur NS-Zeit und ihrer Einordnung in die deutsche Geschichte geliefert werden. Vgl. dazu u. a. Gerhard Schreiber, *Hitler. Interpretationen 1923–1983. Ergebnisse, Methoden und Probleme der Forschung*, Darmstadt 1984; Wolfgang Wippermann (Hrsg.), *Kontroversen um Hitler*, Frankfurt 1987. Für die verschiedenen Positionen können hier nur exemplarische Belege angeführt werden.

wurde nun bewußt, daß er dies nur bedingt gewesen ist, gleichwohl deutscher Geschichte und deutscher Verantwortung zugeordnet werden mußte, und zwar samt der beispiellosen Verbrechen, deren ganzes Ausmaß erst jetzt deutlich wurde.

In dieser Situation entwickelte sich — teilweise im Zusammenhang mit dem Ausland, auch der deutschen Emigration<sup>3)</sup> — eine breite publizistische Diskussion über die deutsche Geschichte, über die tieferen historischen Wurzeln des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte<sup>4)</sup>, während die direkte Auseinandersetzung mit der NS-Zeit — abgesehen von einigen bemerkenswerten Büchern wie Kogons SS-Staat<sup>5)</sup> — eigentlich nur sehr punktuell erfolgte. In den Zeitschriften, die damals eine unvergleichliche Blütezeit erlebten, wurde die deutsche Geschichte vielfach als ein überaus problematischer, im Nationalsozialismus gipfelter „Sonderweg“ begriffen — ein Interpretationsmuster, das die bis dahin vorherrschende positive Sicht der besonderen deutschen Entwicklung lediglich umstülpte, d. h. sie in der Grundstruktur beibehielt, aber negativ wertete und damit der bisherigen Interpretation in der Negation dialektisch verbunden blieb<sup>6)</sup>. Zu den vorher als Vorzügen, jetzt als Problemkomplexen gesehene Züge der deutschen Geschichte gerechnet wurde u. a.: das Abweichen von Westeuropa, die preußische Staatsentwicklung und politische Kultur, insbesondere die Rolle des Militärischen, das Ausbleiben einer erfolgreichen bürgerlichen Revolution, die deutsche Verfassungsentwicklung mit ihrer Dominanz des Beamtenstaats und vor allem die deutsche Geistesgeschichte, der lutherische Protestantismus und die deutsche Kultur der Innerlichkeit. Die deutsche Geschichte galt spätestens seit 1848 — die Folgen des Scheiterns der Revolution wurden anlässlich des Säkularjubiläums vielfach gewürdigt — als Irrweg, die Reichsgründung durch „Eisen und Blut“ wurde mit der NS-Gewaltspolitik in Zusammenhang gebracht.

In unverkennbarem Kontrast zu dieser Auseinandersetzung mit den historischen Ursachen der NS-Zeit stand der Wissenschaftsbetrieb jener Jahre, in

<sup>3)</sup> Zur Diskussion in der Emigration: Bernd Faulenbach, Der „deutsche Weg“ aus der Sicht des Exils. Zum Urteil emigrierter Historiker, in: Exilforschung, Bd. 3, 1985, S. 11–30.

<sup>4)</sup> Siehe Barbro Eberan, Luther? Friedrich „der Große“? Wagner? Nietzsche? Wer war an Hitler schuld? Die Debatte um die Schuldfrage 1945–1949, München 1983.

<sup>5)</sup> Eugen Kogon, Der SS-Staat. Das System der deutschen Konzentrationslager, München 1946.

<sup>6)</sup> Bernd Faulenbach, „Deutscher Sonderweg“. Zur Geschichte und Problematik einer zentralen Kategorie des deutschen geschichtlichen Bewußtseins, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 33/81, S. 3–21, hier S. 12 ff.

dem vieles altgewohnt weiterging, auch wenn die „nationalsozialistischen Wucherungen“ natürlich beseitigt wurden<sup>7)</sup>. Gewiß, es gab ernsthafte Versuche der Auseinandersetzung mit der jüngsten Geschichte — Meineckes „Deutsche Katastrophe“ ist das bekannteste Beispiel<sup>8)</sup>. Doch entstand in Deutschland unmittelbar nach 1945 im Grunde noch keine intensivere analytische Deutung des Nationalsozialismus, die sich mit den in der Emigration verfaßten Analysen von Ernst Fraenkel und Franz Neumann vergleichen ließe<sup>9)</sup>.

Augenfällig ist — von heute her gesehen — die allgemein gehaltene metaphorische Sprache, mit der häufig die NS-Zeit mehr verhüllend als erklärend beschrieben wurde: „Wir sind alle im Dickicht“ — so begann Rudolf Stadelmann im Winter 1945 seine Vorlesungen in Tübingen. „In einem dunklen Wald sind wir vom Weg abgekommen, halb aus Übermut und Ungeduld, halb aus Panikstimmung und mangelnder Selbstbeherrschung. Wir haben uns 1933 hineingestürzt in das unbekannte Abenteuer, weil wir uns nicht recht vorstellen konnten, wie es organisch weitergehen sollte. Wir sind dann ein paar Jahre im Kreis herumgelaufen, haben wie irrsinnig unseren schmal gewordenen Raum abgesucht nach einem gewaltsamen Ausbruch in die Zukunft, und hängen nun fest im Unterholz zwischen Gestrüpp und Dornen . . . Wir wollen Abstand von dem, was mit uns geschehen ist, und einen Standort über den Ereignissen gewinnen . . .“<sup>10)</sup>. Man mag in diesen Worten ein Ausweichen vor einer Auseinandersetzung mit der NS-Zeit sehen. Jedenfalls war die hier anklingende Selbstkritik sehr sublimiert und ent-

<sup>7)</sup> Siehe Hans Mommsen, Betrachtungen zur Entwicklung der neuzeitlichen Historiographie in der Bundesrepublik, in: G. Alföldy u. a. (Hrsg.), Probleme der Geschichtswissenschaft, Düsseldorf 1973, S. 124–155; Ernst Schulin, Zur Restauration und langsamen Weiterentwicklung der deutschen Geschichtswissenschaft nach 1945, in: ders., Traditionskritik und Rekonstruktionsversuch, Göttingen 1979, S. 133–143; Werner Conze, Die deutsche Geschichtswissenschaft seit 1945. Bedingungen und Ergebnisse, in: HZ, 225 (1977), S. 1–28; Hans-Ulrich Wehler, Geschichtswissenschaft heute, in: Jürgen Habermas (Hrsg.), Stichworte zur ‚geistigen Situation‘ der Zeit, Bd. II, Frankfurt 1979, S. 709–753; Bernd Faulenbach, Deutsche Geschichtswissenschaft nach 1945, in: Tijdschrift voor Geschiedenis, 94 (1981), S. 29–57.

<sup>8)</sup> Friedrich Meinecke, Die deutsche Katastrophe. Betrachtungen und Erinnerungen, Wiesbaden 1946. Wieder abgedruckt in: ders., Autobiographische Schriften, Stuttgart 1969, S. 321–445.

<sup>9)</sup> Ernst Fraenkel, The Dual State. A Contribution to the theory of Dictatorship, New York–London–Toronto 1940; Franz Neumann, Behemoth. The Structure and Practice of National Socialism 1933–1944, Toronto–New York–London 1944.

<sup>10)</sup> Rudolf Stadelmann, Geschichte der Englischen Revolution, Wiesbaden 1954, S. 7–9.

sprach der „Verinnerlichungskultur“ jener Jahre<sup>11)</sup>.

Die damals vielfach geforderte „Selbstbesinnung“ bestand zugleich in dem Versuch einer Rückgewinnung echter Tradition. Siegfried Kaehler, der vom „dunklen Rätsel“ und vom „Verhängnischarakter“ deutscher Geschichte sprach, mahnte die Studenten, die vielfach Kriegsteilnehmer gewesen waren: „Ihrer Generation im besonderen obliegt nach durchgestandenen sechs Kriegsjahren mit all ihren erhebenden und schließlich vernichtenden Wechseln die sittliche Verpflichtung der Enterbten, über dem letzten schlechten Verwalter (gemeint ist Hitler, B. F.) nicht die wahre Größe und den wahren Geist deutscher Geschichte zu vergessen.“<sup>12)</sup> Meinecke — um ein anderes Beispiel zu nennen — forderte eine Rückbesinnung auf Goethe und regte die Gründung von Goethegemeinden an<sup>13)</sup>. Verbreitet war die „beschwörende Erinnerung unverlierbarer deutscher kultureller Werte“<sup>14)</sup>.

War die Kritik der jüngsten Vergangenheit teilweise vage und die Forderung nach „Rückbesinnung“ unpolitisch, so wandten sich doch meinungsführende Historiker dezidiert gegen die Tendenz, die Vorgeschichte des Dritten Reiches über Bismarck und Friedrich den Großen bis hin zu Luther zurückzuverfolgen. So sah Gerhard Ritter in seinem Buch „Europa und die deutsche Frage“ den Nationalsozialismus mehr in Diskontinuität als in

Kontinuität zur preußisch-deutschen Geschichte, indem er ihn als Erscheinung des Massenzeitalters, als pathologisches Resultat der mit der Französischen Revolution einsetzenden Modernisierung begriff<sup>15)</sup>. Demgegenüber wurde der zum 20. Juli führende Widerstand in die preußisch-deutsche Traditionslinie eingeordnet; die besondere preußisch-deutsche Entwicklung erreichte gleichsam hier ihr Ziel<sup>16)</sup>.

Unverkennbar hat die Kollektivschulddiskussion jener Jahre apologetische Tendenzen evoziert, auch in der Historiographie, die bemüht war, das in der NS-Zeit verfälschte nationale Geschichtsbild modifiziert wiederherzustellen. Im übrigen lassen sich schon für die frühen Nachkriegsjahre starke Dispositionen für eine Verdrängung der Vergangenheit im deutschen politischen Bewußtsein erkennen. Durch die sich bald herausbildende Ost-West-Konfrontation ist die Verdrängung der Vergangenheit zweifellos erleichtert worden. Die Totalitarismustheorie, ursprünglich im Hinblick auf die NS-Diktatur entwickelt, erhielt zunehmend eine Stoßrichtung gegen den Kommunismus und hat ebenso wie die mit der deutschen Teilung forcierte Betonung der fortbestehenden nationalen Einheit und des deutschen Wiedervereinigungsanspruchs die kritische Auseinandersetzung mit der deutschen Geschichte und eine realistische Einschätzung der deutschen politischen Lage nicht eben befördert, sondern eher gehemmt.

### III.

Die fünfziger Jahre sind aus heutiger Sicht durch den wirtschaftlichen Wiederaufstieg (das „Wirtschaftswunder“), den Ost-West-Konflikt, die Westintegration, die Wiedererlangung der Souveränität, aber eben doch auch durch ein erstaunliches Maß an Verdrängung der Vergangenheit charakterisiert.

So wurden in dieser Zeit die Untaten des Nationalsozialismus nur höchst oberflächlich und unsyste-

matisch geahndet<sup>17)</sup>. Die Wendung gegen die Difamierung der deutschen Soldaten gehört ebenso in den Zeitkontext wie das verbreitete Bemühen der Parteien um Integration ehemaliger NSDAP-Mitglieder.

Für die politische Kultur und das politisch-kulturelle Klima der fünfziger Jahre war die Art und Weise, wie 1955 der zehnjährigen Wiederkehr der deutschen Kapitulation gedacht wurde, bezeichnend. Das offizielle Bonn feierte in jenen Tagen des Frühjahres 1955 das Ende der Besatzungszeit und nahm von der Wiederkehr des Endes der NS-Zeit verhältnismäßig wenig Notiz, sieht man von einer Rundfunkansprache des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier ab, in der dieser sich zwar für einen friedlichen Ausgleich mit der Sowjetunion aussprach, zugleich aber nachdrücklich vor einer deut-

<sup>11)</sup> Vgl. Martin Broszat, *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte*, München 1986, S. 95 f.

<sup>12)</sup> Siegfried Kaehler, *Vom dunklen Rätsel deutscher Geschichte*, in: ders., *Studien zur deutschen Geschichte des 19. Jahrhunderts*, Göttingen 1961, S. 374 f.

<sup>13)</sup> Friedrich Meinecke (Anm. 8), S. 430 ff.

<sup>14)</sup> Martin Broszat (Anm. 11), S. 97.

<sup>15)</sup> Gerhard Ritter, *Europa und die deutsche Frage. Betrachtungen über die geschichtliche Eigenart des deutschen Staatsdenkens*, München 1948.

<sup>16)</sup> Siehe Hans Rothfels, *Die deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt 1949. Ferner: Gerhard Ritter, *Carl Goerdeler und die deutsche Widerstandsbewegung*, Stuttgart 1955.

<sup>17)</sup> Siehe Peter Steinbach, *Nationalsozialistische Gewaltverbrechen. Die Diskussion in der deutschen Öffentlichkeit nach 1945*, Berlin 1981, S. 38 ff.

schen Schaukelpolitik zwischen Ost und West warnte. In den Pressekommentaren spiegeln sich die damals vorherrschenden Einstellungsmuster: Im Leitartikel der FAZ beispielsweise wird Hitler als „Dämon“ gesehen, als Einbruch einer außer-geschichtlichen Macht, die dem deutschen Volke einen Kampf aufgezwungen habe. Die These einer Kollektivschuld wird einmal mehr abgelehnt, wobei Kritik an der Reeducation-Politik der Alliierten geäußert wird. Und es ist bezeichnend für den Illusionismus jener Jahre, daß nunmehr, nach dem Abschluß der Westverträge, die Wiedervereinigung Deutschlands als „Forderung der Stunde“ proklamiert wurde<sup>18)</sup>.

Freilich entwickelte sich in den fünfziger Jahren eine ernsthafte zeithistorische Forschung zur NS-Zeit (und zur Weimarer Zeit), für die zunächst die Rekonstruktion und Dokumentation der politischen Ereignisgeschichte der Weimarer und der NS-Zeit sowie die Aufklärung über das Geschehene im Vordergrund stand<sup>19)</sup>. Besonderes Interesse fand daneben die NS-Ideologie und ihre Vorgeschichte, insbesondere das rassistisch-antisemitische Denken<sup>20)</sup>; zunehmend kam auch das antidemokratische Denken in den Blick, wobei die Perspektive des Gegensatzes zwischen deutschem und westeuropäischem Denken leitend war<sup>21)</sup>.

Die Grundzüge der Interpretation der NS-Zeit lassen sich vereinfachend wie folgt charakterisieren:

1. Die Diskussion um die Machtergreifung kreiste zunächst um die Frage ihrer Legalität; die Rolle der alten Eliten und der sie tragenden politisch-gesellschaftlichen Kräfte im Prozeß der Auflösung der Republik und der Installierung der Regierung der „nationalen Konzentration“ blieb noch unterbelichtet.

2. Die Betrachtung der Geschichte der NS-Zeit war vielfach auf Hitler fixiert, wobei der Führer-Mythos des Dritten Reiches fortwirkte und — auch bedingt durch die Quellenlage — die Perspektive der Historie bestimmte. Wenn Hitler die „Dämonie der Macht“ verkörperte, so war es nur zu verständlich, dieser Dämonie erlegen zu sein. Zweifellos hatte diese Hitler-Zentrierung für die Gesellschaft (und ihre Beteiligung an der NS-Diktatur) eine entlastende Funktion.

<sup>18)</sup> Erich Dombrowski, 8. Mai 1945, in: FAZ v. 7. 5. 1955.

<sup>19)</sup> Vgl. 25 Jahre Institut für Zeitgeschichte. Statt einer Festschrift, München 1975.

<sup>20)</sup> Siehe Martin Broszat, Der Nationalsozialismus. Weltanschauung, Programm, Wirklichkeit, Stuttgart 1960.

<sup>21)</sup> Vor allem Kurt Sontheimer, Antidemokratisches Denken in der Weimarer Republik. Die politischen Ideen des deutschen Nationalismus zwischen 1918 und 1933, München 1962.

3. Die — eine einseitig personalisierende Betrachtung transzendierende — Totalitarismustheorie prägte das Bild des Herrschaftssystems des Dritten Reiches<sup>22)</sup>. So wurde der manipulative und terroristische Charakter der NS-Herrschaft betont; das Dritte Reich wurde als monolithischer Führerstaat gesehen.

4. Der Widerstand, der insbesondere auch als Argument gegen die Kollektivschuldthese Interesse gefunden hatte<sup>23)</sup>, wurde auf die zum 20. Juli 1944 führende Entwicklungslinie beschränkt, während der schon 1933 einsetzende Widerstand der Arbeiterbewegung von der westdeutschen zeithistorischen Forschung noch kaum beachtet wurde.

Insgesamt polarisierte sich das Bild des Dritten Reiches — wie Hans Mommsen formuliert hat — „in eine Welt grauenhafter terroristischer Verbrechen und eine Welt des heroisch-standhaften Widerstands, während die gesellschaftliche Verfassung, die politische Struktur und die Widersprüchlichkeit der NS-Außenpolitik nur unter dem Gesichtspunkt totalitärer Manipulation Beachtung fanden“<sup>24)</sup>.

Die Frage der Einordnung des Nationalsozialismus in den Zusammenhang der deutschen Geschichte, die in den frühen Nachkriegsjahren so kontrovers diskutiert worden war, spielte in der zeithistorischen Diskussion bald nur noch eine eher geringe Rolle. Hinsichtlich des Nationalsozialismus trat die vertikal-nationalgeschichtliche Betrachtungsweise zurück gegenüber einer Perspektive, die den europäischen Zusammenhang betonte. Hatte schon Ludwig Dehio, u. a. in „Gleichgewicht oder Hegemonie“, die beiden Weltkriege (auch den zweiten) in die Reihe der europäischen Hegemonialkriege eingeordnet, wobei er das Hitlersche System und dessen „Erben“, das stalinistische System, als letzte Übersteigerung des kontinentalen Macht- und Hegemonialstaats begriff<sup>25)</sup>, so ermöglichte die Totalitarismustheorie, das Dritte Reich als Variante des europäischen Phänomens des Einheitsstaats zu bezeichnen<sup>26)</sup>. Auch der durch Ernst Noltes Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ reetablierte Faschismus-Begriff stellte — trotz aller nationalen Differenzierungen — den epochalen

<sup>22)</sup> Siehe Hans Buchheim, Totalitäre Herrschaft. Wesen und Merkmale, München 1962<sup>2</sup>.

<sup>23)</sup> Dies war u. a. ein wichtiges Motiv bei Hans Rothfels, vgl. ders. (Anm. 16).

<sup>24)</sup> Hans Mommsen, Haupttendenzen (der deutschen Geschichtswissenschaft) nach 1945 und in der Ära des Kalten Krieges, in: Bernd Faulenbach (Hrsg.), Geschichtswissenschaft in Deutschland, München 1974, S. 119.

<sup>25)</sup> Ludwig Dehio, Gleichgewicht oder Hegemonie. Betrachtungen über ein Grundproblem der neueren Staatengeschichte, Krefeld 1948; ders., Deutschland und die Weltpolitik im 20. Jahrhundert, München 1955.

<sup>26)</sup> Siehe Hans Buchheim (Anm. 22).

über den nationalgeschichtlichen Zusammenhang<sup>27)</sup>.

Verallgemeinernd läßt sich über die Zeitgeschichtsschreibung der fünfziger und frühen sechziger Jahre feststellen: Während Teile der Publizistik und auch der Zeithistorie durch eine aufklärerisch-kritische Haltung gegenüber der bisherigen deutschen Geschichte geprägt waren, herrschte vor allem an den Schulen und auch überwiegend an den Universitäten ein traditionelles, von seinen NS-Zusätzen befreites nationales Geschichtsbild vor. Die Ausbildung der Zeithistorie als Spezialdisziplin (mit entsprechender Akademisierung und Professionalisierung), die sich vorrangig mit der NS-Zeit beschäftigte, förderte das Auseinanderfallen von kritischer

Zeithistorie und traditioneller deutscher Historiographie, die – wenn man so will – erst in der Fischer-Kontroverse wieder aufeinanderprallten<sup>28)</sup>. Im Hinblick auf diese Jahre ist zu konstatieren, daß man schwerlich – wie jetzt manchmal unterstellt wird – sagen kann, daß das deutsche Geschichtsbewußtsein generell durch die NS-Zeit geprägt worden sei. Die Bundesrepublik Deutschland stabilisierte sich durch die Überwindung von Not – weitgehend ohne historische Legitimation in einer Zeit, in der Geschichte im öffentlichen Bewußtsein nur einen geringen Stellenwert besaß<sup>29)</sup>. Ein eher traditionelles nationales Geschichtsbild und eine kritische Zeithistorie entwickelten sich nebeneinander und weitgehend ohne Bezug zur Bundesrepublik Deutschland.

#### IV.

Gegenüber den fünfziger Jahren hat sich das westdeutsche Geschichtsbewußtsein in den sechziger und frühen siebziger Jahren erheblich gewandelt. Seit Ende der fünfziger Jahre wurde die NS-Zeit verstärkt auch als gegenwartsrelevantes Politikum betrachtet. Veränderungen der Einstellungen wurden durch verschiedene Momente hervorgerufen, durch Veröffentlichungen wie das Tagebuch der Anne Frank, Hakenkreuzschmierereien und das internationale Echo darauf, das Erschrecken über den Ulmer Einsatzgruppenprozeß, dann auch durch die großen NS-Prozesse und die Verjährungsdebatten. Allerdings bieten die sechziger Jahre hinsichtlich der Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit ein ambivalentes Bild.

Im intellektuellen Raum verband sich nun vielfach die Kritik an der „Restauration“ der fünfziger Jahre mit dem Vorwurf an die Gesellschaft der Bundesrepublik und die sie tragenden Kräfte, der Aufarbeitung der NS-Zeit ausgewichen zu sein. An den Universitäten setzte in dieser Zeit – teilweise auch durch den Druck der Studenten gefördert – die Auseinandersetzung mit der Vergangenheit des Dritten Reiches mit neuer Intensität ein. Die

Geschichte des Dritten Reiches – so hat Klaus Hildebrand formuliert – holte die Bundesrepublik „so richtig erst in den sechziger Jahren“ ein<sup>30)</sup>. Die nationalsozialistische Vergangenheit trat – und das Aufkommen der NPD verstärkte diesen Trend – ins politische Gegenwartsbewußtsein und wurde dabei auch Gegenstand der politischen Auseinandersetzung. Der Faschismus-Begriff wurde zum Kampfbegriff der außerparlamentarischen Opposition, in der die Bundesrepublik teilweise als Fortsetzung des Nationalsozialismus, als strukturell faschistoid oder als fremdbestimmt durch den Kapitalismus attackiert wurde<sup>31)</sup>.

In den durch einen tiefgreifenden Einstellungswandel geprägten sechziger Jahren wandelte sich auch das historiographische Bild des Dritten Reiches und seine Einordnung in die deutsche Geschichte. So wurde das bis dahin geschlossene Bild der Machtergreifung wesentlich differenziert. Karl Dietrich Bracher hat mit seinem schon 1955 erschienenen Werk „Die Auflösung der Weimarer Republik“ die Voraussetzungen der NS-Machtübernahme beleuchtet, indem er die Selbstausschaltung des Parlaments und der Parteien sowie die politische Verantwortung der Rechten herausarbeitete<sup>32)</sup>. Bracher betrachtete die Ära der Präsidialkabinette als Übergangsphase zum Dritten Reich und bestritt

<sup>27)</sup> Ernst Nolte, *Der Faschismus in seiner Epoche*, München 1963; ders., *Die Krise des liberalen Systems und die faschistischen Bewegungen*, München 1968.

<sup>28)</sup> Vgl. Martin Broszat (Anm. 11), S. 103 f.

<sup>29)</sup> Hermann Lübke hat in diesem Zusammenhang die These vertreten, daß die Verdrängung der NS-Zeit und der Verzicht auf die Frage nach der Verantwortung für das Geschehene Voraussetzung für die Konsensbildung der Bundesrepublik gewesen sei – eine These, die von den politisch-moralischen Kosten dieses Umgangs mit der Vergangenheit absieht: Hermann Lübke, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart*, in: *Deutschlands Weg in die Diktatur*, Berlin 1983, S. 329 ff.

<sup>30)</sup> Klaus Hildebrand, *Von Erhard zur Großen Koalition. 1963–1969 (= Geschichte der Bundesrepublik, Bd. 4)*, Stuttgart–Wiesbaden 1984, S. 422.

<sup>31)</sup> Zum Zusammenhang siehe Karl-Ernst Jeismann, *Die deutsche Geschichte als Instrument im politischen Streit*, in: *Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 34 (1987), S. 362–369, hier S. 365.

<sup>32)</sup> Karl Dietrich Bracher, *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1955.

die Legalität der Machtergreifung. War das 1962 veröffentlichte Werk von Bracher, Sauer und Schulz über die nationalsozialistische Machtergreifung noch an der Totalitarismustheorie orientiert, indem es von der zielstrebigem Durchführung eines Konzeptes der Machteroberung durch die Nationalsozialisten ausging<sup>33</sup>), so wurde in der Folgezeit ein solcher systematischer Machteroberungsplan fraglich. Die Rolle der alten Eliten, der konservativen Parteien und der hinter ihnen stehenden gesellschaftlichen Kräfte und sozioökonomischen Interessen wurde nun verstärkt gesehen. In dem mit Emotionen belasteten Streit um den Reichstagsbrand, der sich in dieser Zeit im Anschluß an das Buch von Fritz Tobias entwickelte, ging es nicht zuletzt um die Frage, inwieweit eine erfolgreiche Strategie der Nationalsozialisten, inwieweit Zufälle und inwieweit das Versagen ihrer Gegner die NS-Machtergreifung herbeigeführt hatten<sup>34</sup>).

Auch die Beurteilung des Dritten Reiches selbst wandelte sich durch die Ausweitung des Fragerahmens, vor allem aber durch die Heranziehung neuer Akten der verschiedenen staatlichen Stellen, der Partei, der Wehrmacht oder der SS, u. a. in den Arbeiten von Reinhard Bollmus, Peter Hüttenberger und Hans Mommsen<sup>35</sup>). Insbesondere für die besetzten Gebiete im Osten wurde ein chaotisch anmutender Entscheidungsprozeß sichtbar. Das Bild einer monolithischen Struktur, eines von oben straff organisierten Führerstaats, erschien nunmehr — etwa aus der Sicht von Martin Broszat, Hans Mommsen u. a. — angesichts eines „Institutionendarwinismus“ und einer „polykratischen Struktur“, über der ein schwacher Diktator agierte, fragwürdig<sup>36</sup>). Die Diskrepanz zwischen Ideologie und Pra-

xis im Nationalsozialismus wurde zunehmend herausgearbeitet, das „Prozeßhafte der NS-Herrschaft“ in den Blick genommen<sup>37</sup>); die Politik des Dritten Reiches, selbst die Judenpolitik, war demnach keineswegs als eine von Anfang an so geplante Umsetzung eines systematischen Konzeptes zu begreifen.

Neu gestellt wurde damit auch die Frage der Freiräume und Verantwortlichkeiten der Entscheidungsträger in den verschiedenen Phasen auf den unterschiedlichen Ebenen: die Rolle der alten Eliten beispielsweise, die — wie etwa das Offizierskorps — noch eine relativ eigenständige Rolle neben den anderen Machträgern spielen konnten und durchaus auch initiativ waren und keineswegs freizusprechen sind von jeder Verantwortung für die während des Krieges verübten Verbrechen<sup>38</sup>). Auch die Arbeiten zu Wirtschaft, Gesellschaft, Bildung und Wissenschaft im Dritten Reich ließen erkennen, daß es dem Regime keineswegs gelungen war, alle Bereiche gleichmäßig zu durchdringen<sup>39</sup>). Nicht zuletzt wurde das Bild des Widerstandes differenzierter, das nicht mehr nur auf die zum 20. Juli führende Linie eingengt wurde, sondern auch den Widerstand der Arbeiterbewegung einbegriff<sup>40</sup>). In der Beurteilung des Dritten Reiches konkurrierten fortan ein sozialgeschichtlicher bzw. „strukturfunktionalistischer“ Ansatz mit einer eher traditionellen „historistischen“ Interpretation, die die ideologisch-intentionalen Faktoren der obersten Entscheidungsträger in den Vordergrund stellte, im übrigen aber an der Totalitarismustheorie orientiert blieb<sup>41</sup>).

Verstärkt diskutiert wurde seit den frühen sechziger Jahren auch die Frage der Einordnung des Natio-

<sup>33</sup>) Karl Dietrich Bracher/Wolfgang Sauer/Gerhard Schulz, Die nationalsozialistische Machtergreifung. Studien zur Errichtung eines totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Köln 1960.

<sup>34</sup>) Vgl. Fritz Tobias, Der Reichstagsbrand. Legende und Wirklichkeit, Rastatt 1961; Hans Mommsen, Die politischen Folgen des Reichstagsbrands, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 12 (1964), S. 352—413. Zur Reichstagsbrandkontroverse jetzt: Uwe Backes/Karl-Heinz Janßen/Eckhard Jesse/Henning Köhler/Hans Mommsen/Fritz Tobias, Reichstagsbrand — Aufklärung einer historischen Legende, München 1986.

<sup>35</sup>) Peter Hüttenberger, Die Gauleiter, Stuttgart 1969; Reinhard Bollmus, Das Amt Rosenberg und seine Gegner, Stuttgart 1970; Hans Mommsen, Beamtentum im Dritten Reich, Stuttgart 1966.

<sup>36</sup>) Siehe Martin Broszat, Der Staat Hitlers, München 1969. Die Kennzeichnung „schwacher Diktator“ bei Hans Mommsen, Nationalsozialismus, in: Sowjetsystem und demokratische Gesellschaft, Bd. 4, Freiburg 1971, Sp. 695—713, hier Sp. 702; ferner: ders., Nationalsozialismus oder Hitlerismus?, in: Wolfgang Wippermann (Anm. 2), S. 206 ff. Vgl. demgegenüber Karl-Dietrich Bracher, Die deutsche Diktatur. Entstehung—Struktur—Folgen des Nationalsozialismus, Köln-Berlin 1969.

<sup>37</sup>) Martin Broszat (Anm. 11), S. 105.

<sup>38</sup>) Siehe Christian Streit, Keine Kameraden. Die Wehrmacht und die sowjetischen Kriegsgefangenen 1941—1945, Stuttgart 1978.

<sup>39</sup>) Vgl. Dieter Petzina, Autarkiepolitik im Dritten Reich, Stuttgart 1968; Timothy Mason, Arbeiterklasse und Volksgemeinschaft, Opladen 1975; David Schoenbaum, Die braune Revolution, Köln-Berlin 1968; Helmut Heiber, Walter Frank und sein Reichsinstitut für Geschichte des neuen Deutschlands, Stuttgart 1966.

<sup>40</sup>) Vgl. Hans Mommsen, Die Geschichte des deutschen Widerstands im Lichte der neueren Forschung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50/86, S. 3—18.

<sup>41</sup>) Der Gegensatz ist bis heute nicht überwunden. An der Interpretation eines von Hitler konsequent durchgesetzten Programms halten insbesondere Hillgruber, Hildebrand und auch Jäckel fest: Andreas Hillgruber, Tendenzen, Ergebnisse und Perspektiven der gegenwärtigen Hitler-Forschung, in: HZ, 226 (1978), S. 600—621; Klaus Hildebrand, Nationalsozialismus oder Hitlerismus? in: M. Bosch (Hrsg.), Persönlichkeit und Struktur in der Geschichte, Düsseldorf 1977, S. 55—61; Eberhard Jäckel, Hitlers Weltanschauung. Entwurf einer Herrschaft, Tübingen 1969; ders., Hitlers Herrschaft. Vollzug einer Weltanschauung, Stuttgart 1986.



nalsozialismus in die deutsche Geschichte. Diese Diskussion war vor allem durch die Arbeiten Fritz Fischers zur Frage der deutschen Kriegsschuld 1914 angeregt, die Fragen nach der Kontinuität in außenpolitischer, in der Folgezeit auch in gesellschaftspolitischer Hinsicht entstehen ließ<sup>42)</sup>. Wichtige Beiträge zu dieser Diskussion lieferte Hans-Ulrich Wehler, der durch die Wiederentdeckung Eckart Kehrs und durch seine eigenen Arbeiten eine neue kritische Sicht des Kaiserreichs prägte<sup>43)</sup>. Ralf Dahrendorfs Buch über „Gesellschaft und Demokratie in Deutschland“, das im Ansatz Thorsten Veblen verpflichtet war<sup>44)</sup>, wurde zusammen mit den Arbeiten Wehlers, Kehrs und des endlich auch in Deutschland rezipierten Hans Rosenberg<sup>45)</sup> wegweisend für eine Interpretation der deutschen Entwicklung, die diese durch eine nur „partielle Modernisierung“ charakterisiert sah. Demnach war für das Deutsche Reich eigentümlich die Diskrepanz zwischen seiner ökonomischen Modernisierung und der Fortdauer der Herrschaft der alten Eliten und damit der Geltung traditioneller sozialer Werte und Normen — Phänomene, die eine Demokratisierung der deutschen Gesellschaft erschwert, die Weimarer Republik belastet und letztlich den

Aufstieg des Nationalsozialismus erleichtert hatten. Der Nationalsozialismus ist aus dieser Sicht letztlich das Ergebnis der besonderen Probleme der Modernisierung in Deutschland. Als Maßstab dieser Bewertung der deutschen Entwicklung diente dabei — wie insgesamt in der Modernisierungs-Theorie — ein bestimmtes Bild der anglo-amerikanischen Entwicklung. Als dieses Bild seit den sechziger Jahren fragwürdig wurde, konnte das nicht ohne Auswirkung auf die Interpretation der deutschen Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert als eines „Sonderweges“ bleiben.

Insgesamt gesehen hat sich die deutsche Gesellschaft und auch die deutsche Geschichtswissenschaft in den sechziger und frühen siebziger Jahren der Frage der Bedeutung des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte neu gestellt. Unverkennbar verknüpften sich dabei eine kritische Sicht der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, der Wille, einer modernen, liberalen, demokratischen Gesellschaft endlich auch in Deutschland zum Durchbruch zu verhelfen, sowie das Ziel, die historischen Konsequenzen des Dritten Reiches und des von diesem herbeigeführten Krieges anzuerkennen.

## V.

Seit Mitte der siebziger Jahre hat sich das politisch-kulturelle Klima in der Bundesrepublik spürbar verändert. Mit der Wirtschaftskrise und den ökologischen Problemen ist die Fortschrittsgläubigkeit gewichen, die gesellschaftsverändernden Utopien sind verblaßt, an die Stelle des Strebens nach Emanzipation ist vielfach die Suche nach Identität getreten<sup>46)</sup>. Leitende Ideen der Nachkriegszeit — etwa die Europa-Idee — haben ihre Faszination

verloren, zugleich ist das Bedürfnis nach Geschichte, auch nach historischer Legitimation, gewachsen. Wie wirkt sich dies alles heute auf das Geschichtsbewußtsein und die Auseinandersetzung mit der NS-Zeit aus?

Was die Erforschung des NS-Regimes selbst angeht, so ist die sozialhistorische Aufarbeitung dieser Epoche in immer weitere Bereiche vorgestoßen, zuletzt auch in den „Alltag“ der Bevölkerung im Dritten Reich. Es wird zunehmend eine „Gesellschaftsgeschichte des politischen Verhaltens“<sup>47)</sup> angezielt — ein Forschungsansatz, der sich im Grunde aber nur im lokalen und regionalen Bereich durchführen läßt. Von Bedeutung ist in diesem Zusammenhang etwa das Projekt „Widerstand und Verfolgung in Bayern“<sup>48)</sup>, bei dem der Widerstandsbegriff erneut ausgeweitet worden ist, oder auch das Projekt „Lebenslage und Lebenssituation im Ruhrgebiet 1930 bis 1960“<sup>49)</sup>. Studien auf diesen Ebenen erbringen offensichtlich nicht nur eine

<sup>42)</sup> Fritz Fischer, *Der Griff nach der Weltmacht*, Düsseldorf 1961; ders., *Krieg der Illusionen*, Düsseldorf 1969. Zur sogenannten Fischer-Kontroverse siehe Volker Berghahn, *Die Fischer-Kontroverse — 15 Jahre danach*, in: *Geschichte und Gesellschaft*, 6 (1980), S. 403—419. Zu den Nachwirkungen der Thesen Fischers siehe Georg G. Iggers, *Neue Geschichtswissenschaft (Ort?, Jahr?)* S. 111 ff.; Bernd Faulenbach (Anm. 24), S. 40 ff.

<sup>43)</sup> Eckart Kehr, *Der Primat der Innenpolitik*, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Berlin 1965; ders., *Schlachtflottenbau und Parteipolitik 1894—1901*, Berlin 1930. Hans-Ulrich Wehler, *Bismarck und der Imperialismus*, Göttingen 1970; ders., *Das Deutsche Kaiserreich 1871—1918*, Göttingen 1973.

<sup>44)</sup> Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, München 1965.

<sup>45)</sup> Hans Rosenberg, *Große Depression und Bismarckzeit*, Berlin 1967.

<sup>46)</sup> Karl-Erich Jeismann, „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewußtsein der Bundesrepublik, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 20—21/86, S. 3—16.

<sup>47)</sup> Siehe Martin Broszat (Anm. 11), S. 146.

<sup>48)</sup> Vgl. Martin Broszat (Anm. 11), S. 68 ff.

<sup>49)</sup> Siehe Lutz Niethammer (Hrsg.), „Die Jahre weiß man nicht, wo man die heute einsetzen soll“. Faschismus-Erfahrungen im Ruhrgebiet. Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet 1930—1960, Bd. I, Berlin-Bonn 1983.

Konkretisierung und Veranschaulichung größerer Zusammenhänge, sondern auch neue Einsichten in die NS-Zeit. So läßt sich das Verhalten der Mehrheit der Zeitgenossen nicht einfach in Nazismus und heroischen Widerstand zweiteilen. Dazwischen liegen vielfältige Haltungen, die von Anpassung bis zur Resistenz reichten; nicht selten stand auch beides unverbunden nebeneinander oder ist durchmischt, ganz abgesehen davon, daß sich Haltungen und Verhalten verändern konnten. Die situative Gebundenheit des Widerstands wird deutlicher, ebenso die Unterschiedlichkeit der Verhaltensmöglichkeiten<sup>50)</sup>.

Die immer differenziertere Sicht der NS-Zeit, die in ein Gesamtbild zu integrieren schwierig wird<sup>51)</sup>, läßt freilich die Frage entstehen, inwieweit der bisherige moralisch-kategoriale Rahmen noch zu halten ist. Greift angesichts dieser Sicht noch die pauschale moralische Distanzierung gegenüber der NS-Zeit? Und wird die — didaktisch für nötig gehaltene — Gegenüberstellung von Nazismus und „statuarisch-vorbildlichem Widerstand“ (Broszat) der historischen Realität des Nationalsozialismus gerecht?<sup>52)</sup> Sicherlich kann die Forschung nicht hinter den heutigen Forschungsstand zurück, doch gilt es — bei aller Differenzierung — die Unterscheidung zwischen Tätern und Opfern nicht zu verwischen. Die von Martin Broszat geforderte „Historisierung des Nationalsozialismus“ bedeutet, daß eine pauschale moralische Distanzierung nicht ausreicht, vielmehr eine konkret wirksame moralische Sensibilität nötig ist, vor allem aber eine politisch-gesellschaftliche Erklärung des NS-Systems und seiner Verbrechen im Zusammenhang der Geschichte der deutschen Gesellschaft zu leisten ist. „Historisierung“ darf jedoch — so hat Bracher betont — nicht bedeuten, die Verbrechen des Nationalsozialismus historistisch zu relativieren<sup>53)</sup>.

Problematisch in diesem Zusammenhang ist Andreas Hillgrubers kleines Buch „Zweierlei Untergang“<sup>54)</sup>, in dem nicht nur der deutsche

Untergang im Osten der Judenvernichtung gegenübergestellt, sondern auch die Verteidigung der Ostfront 1944/45 — jenseits der Hitlerschen Politik — als nationale Tat gerechtfertigt wird, obgleich — wie Hillgruber einräumt — die Judenvernichtung weiterging, so lange die Ostfront hielt. Gewiß sind die Verbrechen an Deutschen im Zusammenhang von Flucht und Vertreibung durch nichts zu rechtfertigen. Auch spielten in der Politik der Alliierten durchaus — wie Hillgruber betont — machtpolitische Interessen mit. Nur: Gleichzeitiges ist nicht gleichzusetzen, es darf nicht parallelisierend aufgerechnet werden, und es ist daran zu erinnern, daß es zunächst die Deutschen waren, die die Gesetze menschlichen Umgangs gravierend verletzt hatten. Offensichtlich geht es hier nicht nur um die Einordnung von Forschungsergebnissen zur NS-Zeit, sondern auch um veränderte Bewertungsmaßstäbe.

Neben der sozialgeschichtlichen und kulturgeschichtlichen Ausleuchtung der Zeit von 1933 bis 1945 sind es Fragen der Einordnung und Bewertung, die die Historiker gegenwärtig besonders beschäftigen. Die Interpretation der deutschen Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts als einer besonderen deutschen, im Dritten Reich kulminierenden Entwicklung ist in den letzten Jahren vielfach angefochten worden. Kritisiert wird die — an der anglo-amerikanischen Entwicklung normativ orientierte — Modernisierungstheorie, auch das als Folie für die besondere deutsche Entwicklung verwendete, historisch jedoch unzutreffende traditionelle Bild der englischen Entwicklung (insbesondere der dortigen bürgerlichen Revolution)<sup>55)</sup>. Es gibt demnach keinen „Normalweg“, auf dessen Hintergrund der deutsche als „besonderer“ erscheint. Für das 19. Jahrhundert sind von der deutschen Historiographie in jüngster Zeit verstärkt die gemeinsamen Züge der deutschen mit der übrigen europäischen Entwicklung herausgearbeitet worden<sup>56)</sup>. Die deutsche politisch-soziale Entwicklung, der „autoritäre Charakter des deutschen Typs der Modernisierung“, wird als Variante europäischer Normalität gesehen, lediglich die geopolitische Lage — so meinen einige Historiker<sup>57)</sup> —

<sup>50)</sup> Siehe Jürgen Schmädeke/Peter Steinbach (Hrsg.), *Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler*, München-Zürich 1985.

<sup>51)</sup> Den bemerkenswerten Versuch einer Gesamtdarstellung hat jüngst Hans-Ulrich Thamer vorgelegt: *Verführung und Gewalt. Deutschland 1933–1945*, Berlin 1986. Zum Stand der Forschung vgl. auch: Karl Dietrich Bracher/Manfred Funke/Hans-Adolf Jacobsen (Hrsg.), *Nationalsozialistische Diktatur 1933–1945. Eine Bilanz*, Bonn 1983.

<sup>52)</sup> Martin Broszat (Anm. 11), S. 68 ff., S. 159 ff.

<sup>53)</sup> Karl-Dietrich Bracher, *Zeitgeschichtliche Erfahrungen als aktuelles Problem*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 11/87, S. 3–14, hier S. 13.

<sup>54)</sup> Andreas Hillgruber, *Zweierlei Untergang. Die Zerschlagung des Deutschen Reiches und das Ende des europäischen Judentums*, Berlin 1986.

<sup>55)</sup> Siehe David Blackburn/Geoff Eley, *Mythen deutscher Geschichtsschreibung. Die gescheiterte Revolution von 1848*, Frankfurt-Berlin-Wien 1980; Helga Grebing, *Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945. Eine Kritik*, Stuttgart 1986.

<sup>56)</sup> Vgl. Bernd Faulenbach, *Die Frage nach den Spezifika der deutschen Entwicklung. Zu neueren Interpretationen des 19. Jahrhunderts*, in: *NPL, Sonderheft 3*, 1987, S. 69–82.

<sup>57)</sup> Siehe Michael Stürmer, in: *Deutscher Sonderweg — Mythos oder Realität?*, München-Wien 1982, S. 40 ff.; Hagen Schulze, *Weimar. Deutschland 1917–1933*, Berlin 1982.

schuf besondere Probleme und bestimmte das deutsche Schicksal im 19. und 20. Jahrhundert — eine Interpretation, die die Frage nach den deutschen politisch-kulturellen Spezifika allzu offensichtlich vernachlässigt. Den Begriff „deutscher Sonderweg“ möchten manche Historiker — so Karl Dietrich Bracher und Klaus Hildebrand — auf die Zeit 1933 bis 1945 beschränken<sup>58</sup>).

Dieser veränderten Sichtweise entspricht, daß die Zeit vor 1933 — insbesondere aber das 19. Jahrhundert — nicht mehr nur als Vorgeschichte der NS-Zeit und die Zeit nach 1945 nicht mehr nur als Nachgeschichte der NS-Zeit aufgefaßt wird. Es wird gefordert, etwa der Wilhelminischen Zeit ihre Historizität zurückzugeben und anzuerkennen, daß es Kontinuitäten deutscher Geschichte gibt, die nicht nach 1933 führen — Kontinuitäten, die durch diese Zeit hindurchlaufen (ohne per se nazistisch zu sein), und mittlerweile auch Kontinuitäten vorhanden sind, die sich erst nach 1945 gebildet haben<sup>59</sup>). Gleichwohl bleibt die Frage nach dem Ort des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte, nicht zuletzt die nach den politisch-kulturellen Kontinuitäten, die in mancher Hinsicht neu zu stellen ist, von zentraler Bedeutung. Eine „Verinselung“ der NS-Zeit im Kontext der deutschen Geschichte und in der deutschen Geschichtsbetrachtung wäre problematisch<sup>60</sup>).

Tritt gegenwärtig die vertikal-nationalgeschichtliche Einordnung der NS-Zeit in den Hintergrund, so wird gleichzeitig verstärkt versucht, die NS-Zeit in epochalen und universalen Zusammenhängen zu verorten. So sieht Martin Broszat als den „eigentlichen Auftakt“ des Nationalsozialismus und überhaupt der Epoche des Faschismus den Ersten Weltkrieg und „die in seinem Kielwasser entstandene bolschewistische Revolution“ mit der Wirkung aggressiver antirepublikanischer und antisozialistischer Protestbewegungen (vor allem in den Verlierer-Nationen)<sup>61</sup>). Auch Ernst Nolte versucht

— seine früheren Einsichten über den epochalen Zusammenhang zuspitzend —, nicht nur eine Einordnung des Nationalsozialismus, sondern spezifischer eine Einordnung der NS-Verbrechen. Nolte leugnet in seiner ungehaltenen, in der FAZ publizierten und inzwischen viel diskutierten Rede „Vergangenheit, die nicht vergehen will“<sup>62</sup>) die Singularität der NS-Verbrechen und behauptet einen Kausalzusammenhang zwischen dem Archipel Gulag und dem Holocaust. Der Holocaust war nach Nolte Hitlers Antwort auf die Vernichtungsdrohung des Bolschewismus, eine Art „Putativnotwehr“<sup>63</sup>). Mithin sei der Archipel Gulag ursprünglicher als der Holocaust; neuartig beim Holocaust sei nur die technische Vervollkommnung des Mordens gewesen. Dies sind Thesen, die eine heftige Kritik gefunden haben<sup>64</sup>). In der Tat hält Noltes These eines Kausalzusammenhangs solider wissenschaftlicher Überprüfung schwerlich stand. Ist schon die Einengung der Betrachtung auf Hitlers Bewußtsein problematisch, so ist selbst bezogen auf Hitler diese Konstruktion fragwürdig, da Hitlers militanter Antisemitismus sich schon vor 1918 gebildet hatte und rassistisch motiviert war, und auch der militante Antibolschewismus, der Hitler mit den alten Eliten verbindet, schon vor der Kulakenvernichtung entstanden war.

Was die Frage der Singularität der NS-Verbrechen angeht, so ist — falls man sich auf diese Frage einläßt — der Vergleichshorizont zu bestimmen. Heinrich August Winkler und Jürgen Kocka haben die Frage aufgeworfen, ob „zwischen der bürokratisierten, leidenschaftslosen, perfekten Systematik des Massenmordes im hochindustrialisierten und vergleichsweise hochorganisierten Reiche Hitlers und der brutalen Mischung von Bürgerkriegsexzessen, Massen-„Liquidierungen“, Sklavenarbeit und Verhungernlassen im rückständigen Reiche Stalins nicht doch ein qualitativer Unterschied besteht“<sup>65</sup>).

<sup>62</sup>) Siehe Anm. 1.

<sup>63</sup>) Formulierung von Heinrich August Winkler, in: ders., *Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 14. 11. 1986.

<sup>64</sup>) Siehe u. a. Jürgen Habermas, *Eine Art Schadensabwicklung* (Anm. 1); Eberhard Jäckel, *Die elende Praxis der Untersteller*, in: *Die Zeit* v. 12. 9. 1986.

<sup>65</sup>) Vgl. Jürgen Kocka, *Kritik und Identität. Nationalsozialismus, Alltag und Geographie*, in: *Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte*, 33 (1986) 10, S. 893; ders., *Hitler sollte nicht durch Stalin und Pol Pot verdrängt werden. Über Versuche deutscher Historiker, die Ungeheuerlichkeit von NS-Verbrechen zu relativieren*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 23. 9. 1986; Heinrich August Winkler, *Auf ewig in Hitlers Schatten? Zum Streit über das Geschichtsbild der Deutschen*, in: *Frankfurter Rundschau* v. 14. 11. 1986, S. 20. Dazu kritisch: Joachim Fest, *Die geschuldete Erinnerung*, in: *FAZ* v. 29. 8. 1986.

S. 16. Vgl. Wolfgang J. Mommsen, *Die Vergangenheit, die nicht vergehen will. Auseinandersetzung oder Schlußstrich*, in: Helmut Dubiel (Hrsg.), *Populismus und Aufklärung*, Frankfurt 1986, S. 211–220, hier S. 219.

<sup>58</sup>) Karl-Dietrich Bracher (Anm. 53), S. 46–53; Klaus Hildebrand, *Deutscher Sonderweg und „Drittes Reich“*, in: Wolfgang Michalka (Hrsg.), *Die nationalsozialistische Machtergreifung*, Paderborn (Jahr?) S. 386–394, insbes. S. 391.

<sup>59</sup>) Thomas Nipperdey, *1933 und die Kontinuität der deutschen Geschichte*, in: *HZ*, 227 (1978), S. 86–111; wiederabgedruckt in ders., *Nachdenken über die deutsche Geschichte. Essays*, München 1986, S. 186–205.

<sup>60</sup>) Vgl. Martin Broszat, *Eine Insel in der Geschichte? Der Historiker in der Spannung zwischen Verstehen und Bewerten der Hitler-Zeit*, in: ders. (Anm. 11), S. 114 ff.

<sup>61</sup>) Ebd., S. 165.

Für Phänomene deutscher Geschichte empfehle sich ein Vergleich mit Gesellschaften der westlichen Welt, „mit denen wir uns sonst traditionell gern vergleichen, die uns nach Entwicklungsstand, Gesellschaftsstruktur und politischen Ansprüchen verwandter sind und die nicht faschistisch und totalitär pervertierten“<sup>66</sup>). Aber selbst wenn man diesen Vergleichshorizont nicht wählt, so wird man vor dem Horizont der bisherigen Geschichte zwar den Massenmord aus rassistischen, ethischen oder anderen Gründen keineswegs auf den Holocaust beschränken können, doch stellt dieser unzweifelhaft die „extremste Form zynischer und systematischer Vernichtung von mißliebigen Völkern und Minderheiten“ dar<sup>67</sup>). Allerdings wird man diese Frage zur Zukunft hin offenhalten müssen.

Offensichtlich ist die Frage nach der historischen Einordnung des Nationalsozialismus verknüpft mit der Diskussion um ein neues nationales Geschichtsbewußtsein. Über die nationale Geschichte soll – so wird im politischen Raum ebenso wie von einigen Historikern postuliert – ein neues deutsches Nationalbewußtsein restituiert werden mit der Konsequenz, daß die zwölf Jahre NS-Zeit gegenüber den 1 000 Jahren „heiler“ deutscher Geschichte relativiert werden<sup>68</sup>). So wird – etwa von Franz-Josef Strauß – gefordert, aus dem Schatten der jüngeren Vergangenheit herauszutreten, einen Schlußstrich zu ziehen<sup>69</sup>). Und Michael Stürmer wünscht angesichts der Auflösung des antitotalitären Konsenses der Nachkriegszeit nicht nur eine „Normalisierung“ im Umgang mit der deutschen Geschichte, sondern auch den Rückgriff auf

die ganze nationale Geschichte zur Begründung eines die gesellschaftlichen Gegensätze überwölbenden deutschen Identitätsbewußtseins<sup>70</sup>). Dies bedeutet auf der einen Seite eine ideelle Neufundierung der zweiten deutschen Republik, wobei zu fragen ist, ob dabei die Grundlagen nicht auch verschoben werden, auf der anderen Seite die „Stiftung“ eines nationalen Geschichtsbildes, das die deutsche Geschichte nicht mehr von 1933 bis 1945 in den Blick nimmt und nach Identifikation verlangt. Stürmer begründet von diesen Anliegen her auch die Notwendigkeit der Schaffung eines nationalen Museums<sup>71</sup>).

Die Forderungen Stürmers sind auf Widerspruch gestoßen. Der Forderung nach einem deutschen historischen Identitätsbewußtsein ist von Jürgen Habermas, der bezweifelt, daß komplexe Gesellschaften eine eindeutige Identität ausbilden können<sup>72</sup>), die Forderung nach einem „Verfassungspatriotismus“ entgegengesetzt und das kritische Geschichtsbewußtsein verteidigt worden<sup>73</sup>). Allerdings ist auch von anderen Historikern gefragt worden, ob der Nationalsozialismus wirklich alle deutsche Geschichte verbraucht hat. So möchte etwa Helga Grebing die freiheitlichen Traditionen deutscher Geschichte, nicht zuletzt die der Arbeiterbewegung im gegenwärtigen historisch-politischen Selbstverständnis stärken<sup>74</sup>). Das Bedürfnis nach „zustimmungsfähiger Geschichte“ ist gewachsen und bleibt nicht ohne Auswirkung auf die Einschätzung des Dritten Reiches im Kontext der deutschen Geschichte<sup>75</sup>).

## VI.

Überblickt man die – hier nur grob skizzierten – Entwicklungslinien der Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus und mit seinem Ort in der deutschen Geschichte, so sind einige allgemeine Beobachtungen zum gegenwärtigen Stand der Diskussion möglich.

1. Zur historiographischen Beurteilung der NS-Zeit läßt sich grob vereinfachend feststellen, daß die

Perspektive anfangs fast ausschließlich durch eine Hitler-Zentrierung bestimmt war (deren relative

<sup>66</sup>) Jürgen Kocka (Anm. 65), S. 893.

<sup>67</sup>) Hans Mommsen, Neues Geschichtsbewußtsein und Relativierung des Nationalsozialismus, in: Blätter für deutsche und internationale Politik, (1986) 10, S. 1200–1213, hier S. 1204.

<sup>68</sup>) Vgl. Hans Mommsen, Geschichtsunterricht und Identitätsfindung in der Bundesrepublik, in: Geschichtsdidaktik, 3 (1978) 4, S. 291 ff.

<sup>69</sup>) Franz-Josef Strauß, Rede auf dem Wahlkongreß der CSU am 21./22. 11. 1986 in München, in: Bayernkurier v. 29. 11. 1986, Dokumentation, S. 22 ff.

<sup>70</sup>) Michael Stürmer, Dissonanzen des Fortschritts. Essays über Geschichte und Politik in Deutschland, München-Zürich 1986.

<sup>71</sup>) Ebd., S. 289 ff.

<sup>72</sup>) Jürgen Habermas, Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: ders., Zur Rekonstruktion des historischen Materialismus, Frankfurt 1976, S. 92–126.

<sup>73</sup>) Siehe ders., Eine Art Schadensabwicklung (Anm. 1), S. 7; Martin Broszat, Wo sich die Geister scheiden, in: Die Zeit v. 3. 10. 1986, S. 12.

<sup>74</sup>) Helga Grebing, Deutscher Sonderweg oder zwei Linien historischer Kontinuität in Deutschland?, in: Ursula Büttner (Hrsg.), Das Unrechtsregime. Internationale Forschung über den Nationalsozialismus. Festschrift für Werner Jochmann, Bd. I, Hamburg 1986, S. 2–21; dies. unter Mitarbeit von D. von der Brölie-Lewien und H.-J. Franzen, Der „deutsche Sonderweg“ in Europa 1806–1945, insbes. S. 199 f.

<sup>75</sup>) Jürgen Kocka (Anm. 65), Kritik und Identität, S. 890 f.

Berechtigung außer Zweifel steht, die aber die Gefahr eines Ausblendens politisch-gesellschaftlicher Zusammenhänge impliziert<sup>76</sup>). „Oben“ bei den Entscheidungsträgern beginnend ist die Forschung immer „tiefer“ in die politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse eingedrungen, wobei in den letzten Jahren vor allem die Lokal- und Alltagsgeschichte das Interesse auf sich gezogen hat. Gegenwärtig kommt es darauf an, bei aller notwendigen Aufarbeitung von kleinen Räumen und sozialer Subjektivität die Makro-Strukturen und -Prozesse – und damit auch das Terror-System und die Außenpolitik – im Auge zu behalten. Wohl nirgendwo wäre eine Alltagsgeschichte, die die Herrschafts-Dimension außer acht läßt, so problematisch wie im Hinblick auf die NS-Zeit. Fragestellungen und Ergebnisse früherer Stadien der Forschung müssen in der gegenwärtigen Sicht der NS-Zeit – im Hegelschen Sinne – aufgehoben sein.

Das Bild der politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Abläufe in der NS-Zeit ist immer differenzierter geworden, wodurch sich die Frage der politisch-moralischen Maßstäbe neu stellt. Wenn die Wirklichkeit des Dritten Reiches sich nicht mehr so einfach polarisiert zwischen nazistischem Terrorismus und heroischem Widerstand, vielmehr das vorherrschende Bild eher die Zwischenlagen waren, dann bedeutet dies, daß die NS-Zeit mit einer politisch-moralischen Sensibilität beurteilt werden muß, die um die Tatsache weiß, wie dünn der Firnis der Humanität in unserer Zivilisation ist und wie groß die Gefahr, in Barbarei zu verfallen, wie dicht also Humanität und Brutalität nebeneinander liegen. Die Weimarer und die NS-Zeit können als Paradigma für die Gefahr der moralischen und politischen Perversion der Industriegesellschaften überhaupt gelten.

2. Was die Einordnung des Nationalsozialismus in den historischen Zusammenhang anbetrifft, so haben Phasen einer – vorrangig vertikal-nationalgeschichtlichen und solche einer primär horizontal-epochalen Sichtweise einander abgewechselt. In den letzten Jahren ist die kritische These einer besonderen deutschen Entwicklung, die in der frühen Nachkriegszeit und seit den sechziger Jahren eine wichtige Rolle gespielt hat, zunehmend ange-

fochten worden, u. a. mit dem Argument, daß es keine Normalwege der historischen Entwicklung gebe. Die deutsche Entwicklung des 19. Jahrhunderts als eine Variante europäischer Normalität zu betrachten, ist als Trend gegenwärtiger Historiographie nicht zu übersehen<sup>77</sup>). Gewiß ist die deutsche Geschichte des ausgehenden 19. und frühen 20. Jahrhunderts nicht als eine Allee zu begreifen, die schnurgerade auf die NS-Machtübernahme im Jahre 1933 hinführt. Auch sind die verschiedenen Epochen des 19. Jahrhunderts in ihrer jeweils eigenen Geschichtlichkeit zu sehen, die sich nicht darin erschöpft, Vorgeschichte der NS-Zeit zu sein. Andererseits ist doch das Gewicht der NS-Zeit im Zusammenhang der deutschen Geschichte derart gravierend, daß die Frage nach den – gewiß präziser als in Vergangenheit zu untersuchenden – Kontinuitäten ein ernsthaftes Problem der Historiographie bleibt. Die Frage nach den politisch-kulturellen Dispositionen und sozialpathologischen Verhaltensmustern, die den Nationalsozialismus, das Dritte Reich und den Holocaust möglich gemacht haben, ist keineswegs beantwortet<sup>78</sup>). Allerdings ist auch darauf zu achten, daß bestimmte gesicherte Ergebnisse zur Problematik der deutschen Gesellschaftsentwicklung, etwa die besondere Rolle der alten Eliten und die Schwierigkeiten bürgerlich-liberaler Demokratie, nicht aus den Augen verloren werden. Insgesamt gesehen kann kein Zweifel bestehen, daß epochale und nationalgeschichtliche Ursachenstränge zu berücksichtigen sind.

Im übrigen sind keineswegs alle deutschen Traditionen durch den Nationalsozialismus verbraucht worden. Zu Recht hat Gustav Heinemann die Aufarbeitung auch der demokratischen und freiheitlichen Traditionen deutscher Geschichte gefordert. Was die Forderung nach einem neuen nationalen Geschichtsbewußtsein problematisch erscheinen läßt, ist die ihr innewohnende Tendenz zur Harmonisierung der deutschen Geschichte und zur Relativierung der NS-Zeit, d. h. das Absehen von den Widersprüchen und Ambivalenzen einer „schwierigen“ Geschichte, die naive Identifikation einfach nicht zuläßt.

3. Das deutsche Geschichtsbewußtsein nach 1945 war gewiß fragmentiert, teilweise wurde Geschichte völlig verdrängt – durch Gegenwartsbewußtsein und Zukunftserwartung. Aber keineswegs läßt sich die These halten, daß das deutsche Geschichtsbewußtsein der Nachkriegszeit im Schatten der NS-

<sup>76</sup>) Die Hitler-Zentrierung ist freilich bei einem Teil der Historiographie bis heute leitend geblieben. Der Versuch, die Epoche von Hitler her zu interpretieren: Joachim C. Fest, Hitler. Eine Biographie, Frankfurt 1973. Zu den Ursachen der Wirkung Hitlers, die weniger in seiner Person als in den ihn umgebenden gesellschaftlichen Strukturen zu suchen sind. Siehe: Jan Kersch, Der Hitler-Mythos. Volksmeinung und Propaganda im Dritten Reich, Stuttgart 1980.

<sup>77</sup>) Vgl. Bernd Faulenbach (Anm. 56), insbes. S. 70 f.; S. 79.

<sup>78</sup>) Siehe Martin Broszat (Anm. 11), S. 172 f.

Zeit gestanden habe und es deshalb heute darum gehen muß, aus diesem Schatten herauszutreten.

Sieht man von der Publizistik der frühen Nachkriegsjahre ab, so läßt sich vielmehr die These wagen, daß erst in den sechziger Jahren die NS-Zeit und ihre Verbrechen sowie die daraus resultierenden Folgen das deutsche geschichtliche Bewußtsein erreicht haben. Entsprechend dem politischen Veränderungswillen der sechziger und frühen siebziger Jahre — so läßt sich mit Jeismann überspitzt sagen — eine kritische Sicht der neuesten Geschichte, so ist in den letzten Jahren mit einer eher konservativen Grundstimmung das Bedürfnis gewachsen, sich mit der Vergangenheit positiv in Beziehung zu setzen<sup>79)</sup>. Dabei erweist sich die NS-Zeit als Problem; deshalb wird ihre Relativierung vor dem Horizont der „ganzen“ deutschen Geschichte gefordert. Doch erscheint fraglich, ob die Wiederherstellung eines naiven historischen Bewußtseins möglich und wünschenswert ist.

Richard von Weizsäcker hat in seiner Rede zum 8. Mai 1945 gesagt: „Schuld oder Unschuld eines ganzen Volkes gibt es nicht. Schuld ist wie Unschuld nicht kollektiv, sondern persönlich . . . Der ganz überwiegende Teil unserer heutigen Bevölkerung war zur damaligen Zeit entweder im Kindesalter oder noch gar nicht geboren . . . Kein fühlender Mensch erwartet von ihnen, ein Büßer-

<sup>79)</sup> Karl-Ernst Jeismann, Die deutsche Geschichte als Instrument im politischen Streit (Anm. 31), S. 365.

hemd zu tragen, nur weil sie Deutsche sind. Aber die Vorfahren haben ihnen eine schwere Erbschaft hinterlassen. Wir alle, ob schuldig oder nicht, ob alt oder jung, müssen die Vergangenheit annehmen. Wir alle sind von ihren Folgen betroffen und für sie in Haftung genommen.“<sup>80)</sup> In der Tat wäre es für die deutsche politische Kultur verheerend, wenn die Zeit von 1933 bis 1945 aus dem Kontext der deutschen Geschichte eskamotiert würde. Die NS-Zeit ist — um Noltes Wendung aufzugreifen — „Vergangenheit, die nicht vergehen will“.

Mit dem historischen Prozeß verändert sich naturgemäß das Geschichtsbewußtsein, auch gewinnt die Geschichtswissenschaft neue Einsichten, nicht nur durch Aufarbeitung neuer Quellen, sondern auch durch die Kommunikation mit ihrer Zeit. Sicherlich stellen sich heute andere Fragen und manche Fragen anders als in früheren Dezennien der Nachkriegsentwicklung. Doch die problematische deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts läßt sich nicht einfach in eine „normale“ Geschichte umschreiben. Was wir tun können, ist dies: politisch-moralische Konsequenzen ziehen im Hinblick auf Gegenwart und Zukunft.

<sup>80)</sup> Richard von Weizsäcker, Zum 40. Jahrestag der Beendigung des Krieges in Europa und der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft. Ansprache am 8. Mai 1985 in der Gedenkstunde im Plenarsaal des Deutschen Bundestages, Bonn 1985 (Broschüre, hrsg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 1985, S. 5).

# Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland

## I. Demokratische Kontinuität und Stabilität. Anmerkungen zur politischen Entwicklung Deutschlands in demokratie-theoretischer Perspektive

Wenn die Annahme zutrifft, daß eine kontinuierliche und schrittweise Entwicklung demokratischer Institutionen das Entstehen einer stabilen und funktionsfähigen Demokratie am besten gewährleistet<sup>1)</sup>, dann sind die historischen Ausgangsbedingungen für den Bestand einer demokratischen Ordnung in der Bundesrepublik denkbar schlecht. Kaum ein anderer Staat durchlief nämlich in seiner jüngsten Vergangenheit eine ähnlich turbulente politische Entwicklung wie Deutschland. Im Zeitraum zwischen 1871 und 1949 lösten sich vier einander völlig unterschiedlich verfaßte politische Regime ab. Zwei verlorene Kriege, der Verlust großer Teile des Staatsgebietes und die nationale Teilung veranlaßten Almond und Verba dazu, die neuere deutsche Geschichte als „bitter und traumatisch“ zu bezeichnen<sup>2)</sup>.

Die nationale Einigung, die in Deutschland relativ spät erfolgte, ging nicht mit der Errichtung eines liberalen Verfassungsstaates einher. Das politische System des Kaiserreichs war ein autoritärer Wohlfahrtsstaat, der seinen Bürgern eine gewisse rechtliche und soziale Sicherheit gewährte, ihnen aber die für den Aufbau einer Demokratie maßgeblichen politischen Artikulations- und Beteiligungsrechte vorenthielt. Die Verfassung des kaiserlichen Deutschland enthielt lediglich Grundsätze für die Staatsorganisation; ein Grundrechtskatalog fehlte in ihr.

Mit der Weimarer Reichsverfassung gaben sich die Deutschen eine der modernsten Verfassungen der damaligen Zeit. Die in ihr enthaltene Kombination parlamentarischer, plebiszitärer und präsidentieller Elemente entsprach weitgehend den Vorstellungen von einer gemischten Verfassung, die in der Tradition des westlichen Denkens in besonders hohem

Ansehen stand. Neben umfassenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Grundrechten sah die Verfassung ein Wahlsystem vor, das eine relativ genaue Umsetzung von Wählerstimmen in Parlamentsmandate garantierte. Ohne Frage verdient die Weimarer Verfassung das Attribut „demokratisch“. Dennoch hielt das demokratische Experiment von Weimar der Belastung durch die Weltwirtschaftskrise nicht stand. Die demokratische Koalition aus Sozialdemokraten, katholischem Zentrum und Liberalen verlor bei der Reichstagswahl 1928 die parlamentarische Mehrheit, seit 1932 wäre sie auch mit Hilfe der Rechtskonservativen und kleinerer Regionalparteien nicht mehr zur Bildung einer mehrheitsfähigen Regierung in der Lage gewesen, denn die Kommunisten und die Nationalsozialisten kontrollierten gemeinsam mehr als die Hälfte der Reichstagsmandate<sup>3)</sup>.

Am 30. Januar 1933 wurde Hitler zum Reichskanzler ernannt. Er bildete ein nationalsozialistisch-konservatives Koalitionskabinett und ging auf der Grundlage des Ermächtigungsgesetzes vom März 1933 daran, die Weimarer Demokratie schrittweise zu liquidieren. Die NS-Herrschaft dauerte bekanntlich zwölf Jahre. Dem kurzen Zwischenspiel einer Militärregierung durch die Alliierten folgte in der heutigen DDR ein kommunistisch dirigiertes Einparteienregime, in den drei Westzonen kam es zur Gründung einer parlamentarischen Demokratie auf föderativer Grundlage. Damit hatte sich in Deutschland innerhalb von nur 78 Jahren der vierte Regimewechsel vollzogen.

Es ist kaum möglich, die in der Literatur verbreiteten Urteile über die demokratische Stabilität der Bundesrepublik und über das Demokratieverständnis ihrer Bürger losgelöst von dieser Vorgeschichte

1) Vgl. Robert A. Dahl, *Polyarchy, Participation and Opposition*, New Haven-London 1971, S. 33 ff.

2) Vgl. u. a. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Boston 1965, S. 312.

3) Die Literatur über das Scheitern der Weimarer Republik ist kaum zu überschauen. Eine knappe und prägnante soziologische Analyse dieses Vorganges enthält die Arbeit von Helge Pross, *Was ist heute deutsch? Wertorientierungen in der Bundesrepublik*, Reinbek 1982, S. 21 ff.

zu verstehen. Die meisten Mitglieder des Parlamentarischen Rates hatten die gesamte politische Entwicklung Deutschlands seit der Jahrhundertwende bewußt miterlebt. Sie verfolgten bei der Verabschiedung des Grundgesetzes das Ziel, einerseits an die demokratischen Errungenschaften der Weimarer Verfassung anzuknüpfen, andererseits aber die tatsächlichen oder vermeintlichen Konstruktionsmängel des Weimarer Systems zu beseitigen. Im Mittelpunkt ihrer Überlegungen standen das Verhältnis von Parlament, Regierung und Staatsoberhaupt, die Beziehungen zwischen dem Gesamtstaat und den Gliedstaaten, die plebiszitären Verfassungselemente und die Möglichkeiten zum Mißbrauch demokratischer Grundrechte durch Verfassungsfeinde<sup>4)</sup>.

Bei der Auseinandersetzung mit den institutionellen Mängeln der Weimarer Republik kam es allerdings zu einer unzutreffenden Gewichtung der einzelnen Determinanten demokratischer Stabilität. Wie u. a. Robert A. Dahl zeigte, hängt die Funktionsfähigkeit einer Demokratie in erster Linie von sozialen und kulturellen Faktoren ab, weniger dagegen von der konkreten Ausgestaltung des politischen Institutionensystems<sup>5)</sup>. Gerade im Vergleich der Weimarer Republik mit den politischen Systemen anderer Länder zeigt sich die Richtigkeit der Annahme Dahls. Unter den von Lipset als stabil klassifizierten Demokratien befinden sich Staaten mit ganz unterschiedlichen institutionellen Arrangements<sup>6)</sup>. In den USA sind beispielsweise die präsidentiellen, in der Schweiz die plebiszitären Elemente stärker ausgeprägt als im Deutschland der Weimarer Republik. In der britischen Staatsorganisation fehlte bis vor kurzem das föderative Element. Die Zersplitterung des niederländischen oder des dänischen Parteiensystems steht noch heute den kritisierten Weimarer Verhältnissen nicht nach. In keinem dieser Länder kam es jedoch während der Weltwirtschaftskrise zu einem Regimewechsel, Veränderungen wurden systemimmanent durchgeführt.

Nicht einmal das Zusammenspiel sämtlicher vermeintlicher Strukturdefekte hätte wohl ausgereicht, um den Zusammenbruch der Weimarer Demokratie herbeizuführen, wenn die wirklich entscheidende Voraussetzung für ihren Fortbestand

vorgelegen hätte: die Akzeptanz der Demokratie, ihrer Spielregeln und Grundwerte durch die Bevölkerung wie durch das politische Führungspersonal. Weil es hieran fehlte, war die Weimarer Republik eine Formaldemokratie — ein demokratisch verfaßtes Institutionensystem, dem die Mehrheit der Bevölkerung ablehnend oder indifferent gegenüberstand.

Lipset zählt daher die Weimarer Republik zu den politischen Systemen, in denen die Demokratie wegen einer unzulänglich entwickelten Systemakzeptanz in einer Leistungskrise des politischen Systems zusammenbrach<sup>7)</sup>. In ihrer detaillierten Untersuchung der politischen Ordnungsvorstellungen der Weimarer Republik kommt Helge Pross zu einem ähnlichen Ergebnis: „Zusammen erhielten die gegen die parlamentarische Demokratie gerichteten politischen Parteien in den Reichstagswahlen vom Juli 1932 fast zwei Drittel der Stimmen: 60 %. Die Wahl war damit ein Plebiszit gegen die repräsentative Demokratie . . . Auch die beiden großen Parteien, die die Weimarer Demokratie unterstützten und im Sommer 1932 eine beträchtliche Anzahl der Stimmen erhielten (Zentrum und SPD, OWG), waren nicht frei von autoritären Zügen.“<sup>8)</sup>

Die bei der Mehrheit der Wähler vorherrschenden autoritären Neigungen beschreibt Helge Pross folgendermaßen<sup>9)</sup>:

1. Es wird ein autoritäres politisches System bevorzugt, das die Rechte kollektiver Mächte — z. B. des Staates oder einer Partei — den Rechten des einzelnen Bürgers überordnet: „Nach dieser Auffassung hat der einzelne hinter dem Kollektiv zurückzustehen und sich den im Namen des Kollektivs gefällten Entscheidungen unterzuordnen, auch wenn er weder direkt noch indirekt an der Entscheidungsfindung beteiligt war.“<sup>10)</sup>
2. Soziale Tugenden wie Gehorsam, Disziplin und Unterordnung genießen Vorrang vor individueller Selbstbestimmung. Sie dienen nicht bloß als Mittel, die das reibungslose Funktionieren der Gesellschaft garantieren, sondern sie werden zu Selbstzwecken überhöht.
3. Im Mittelpunkt des Gesellschaftsbildes steht die Idee der Ordnung. Sie garantiert dem einzelnen Sicherheit und Verlässlichkeit und trägt dazu bei, daß die Gesellschaft planmäßig und effektiv arbeitet.
4. Toleranz gegenüber anderen besitzt einen geringen Stellenwert. Die politischen Beziehungen zwischen den Menschen sind vom Freund-Feind-Den-

<sup>4)</sup> Vgl. hierzu ausführlich Friedrich Karl Fromme, Von der Weimarer Reichsverfassung zum Bonner Grundgesetz. Die verfassungspolitischen Folgerungen des Parlamentarischen Rates aus Weimarer Republik und nationalsozialistischer Diktatur, Tübingen 1962.

<sup>5)</sup> Robert A. Dahl, A Preface to Democratic Theory, Chicago 1956, S. 75 ff., bes. S. 83; ders., Dilemmas of Pluralist Democracy, New Haven-London 1982, S. 138 ff.

<sup>6)</sup> Seymour Martin Lipset, Political Man. The Social Bases of Politics, Baltimore 1981, S. 32, Abb. 1.

<sup>7)</sup> Vgl. ebda., S. 69.

<sup>8)</sup> H. Pross (Anm. 3), S. 29 f.

<sup>9)</sup> Ebda., S. 32 ff.

<sup>10)</sup> Ebda., S. 32 f.



ken bestimmt: „Überall waren Feinde: Liberale, Demokraten, Juden, die westlichen Länder. Auf die Umzingelung reagiert man mit Schutzgemeinschaften.“<sup>11)</sup> Deren Aufgabe bestand darin, die politischen Gegner als Feinde zu bekämpfen, nicht aber darin, sich *politisch* mit ihnen auseinanderzusetzen.

5. Kritik an der eigenen Position ist unerwünscht: „Wer Deutschland kritisierte, beschmutzte das eigene Nest.“<sup>12)</sup>

Die empirische Gültigkeit dieser Beschreibung der politischen Wertvorstellungen in Deutschland „am Vorabend des Nationalsozialismus“ läßt sich mit Daten nicht direkt belegen. Die heute noch feststellbaren Unterschiede im Demokratie- und Politikverständnis der gegenwärtig in der Bundesrepublik lebenden Generationen sprechen aber dagegen, daß diese Annahmen aus der Luft gegriffen sind.

Der politische „Sonderweg“ Deutschlands unter den hochentwickelten Industrienationen der westli-

chen Welt zeigt den Einfluß der politischen Orientierungen der Bevölkerung und der politischen Führungsgruppen auf die Überlebens- und Funktionsfähigkeit eines demokratisch verfaßten politischen Systems. Zutreffend bezeichnet denn auch Ralf Dahrendorf die *konstitutionelle*, nicht die *nationale* Frage als das eigentlich gravierende Problem in der politischen Tradition Deutschlands. Eine ähnliche Auffassung vertritt auch Habermas im gegenwärtigen deutschen Historikerstreit. Nach Dahrendorf muß man die deutsche Frage wie folgt formulieren: „Warum hat das Prinzip der liberalen Demokratie in Deutschland so wenige Freunde gefunden? . . . Was muß geschehen, damit auch Deutschland ein Land liberaler Demokratie werden kann?“<sup>13)</sup>

In dieser Perspektive war auch die nationalsozialistische Machtergreifung kein historischer Betriebsunfall, vielmehr sind „die Ereignisse von 1933 das hervorstechende Symptom der Malaise des liberalen Prinzips in Deutschland“<sup>14)</sup>.

## II. Demokratieunterstützung und Demokratieverständnis in der Entstehungsphase der Bundesrepublik

Vor dem Hintergrund dieses Verlaufs der neueren deutschen Geschichte überrascht es nicht, daß die Chancen der Demokratie in der Bundesrepublik anfangs überaus skeptisch eingeschätzt wurden. Mit dem Aufbau eines demokratischen Institutionensystems wurden die autoritären Traditionen nicht automatisch beseitigt. Wie berechtigt die anfänglichen Zweifel an den demokratischen Überzeugungen der Bundesbürger waren, zeigt sich an Umfragedaten aus der Entstehungsphase der Bundesrepublik: Nach David P. Conradt sprach sich im Jahre 1950 nur eine knappe Mehrheit der Bundesbürger, nämlich 53 %, für ein Mehrparteiensystem aus. 25 % der Befragten gaben einem Einparteiensystem den Vorzug, der Rest war unentschieden. In einer direkten Frage nach der bevorzugten Staatsform votierten 1953 zwar 57 % für die Demokratie, aber immerhin noch 19 % für eine Monarchie oder ein autoritäres Regime. Wiederum gab es auch eine große Restgruppe von Unentschiedenen. In der Einschätzung des Rechts auf freie Meinungsäußerung waren ähnliche Strukturen zu erkennen.

Etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger vertrat die Auffassung, man könne seine politische Meinung in der Öffentlichkeit frei äußern, ungefähr ein Drittel erklärte, es sei besser, vorsichtig zu sein<sup>15)</sup>.

Aus diesen Antworten läßt sich zwar keine mehrheitliche Ablehnung der Demokratie durch die Bundesbürger ablesen, aber auch keine besonders starke Zustimmung. Insbesondere wenn man bedenkt, daß soziale Erwünschtheitseffekte das Antwortverhalten beeinflussen, werden beträchtliche Reserven der Deutschen gegenüber der neugeschaffenen Demokratie erkennbar. Die wenigen uns verfügbaren internationalen Querschnittsdaten zeigen dies noch deutlicher. Auf die Frage, auf welche nationalen Errungenschaften sie besonders stolz seien, gaben nach Almond und Verba nur 8 % der Bundesbürger die politischen Institutionen an. In den USA belief sich dieser Anteil auf 85 %, in Großbritannien auf 46 %. Bei aller berechtigten Kritik an der angloamerikanischen Färbung des Erhebungsinstruments ist es doch bemerkenswert, in welchem Maße der Nationalstolz der Deutschen durch die Volkseigenschaften (36 %), die wirt-

<sup>11)</sup> Ebda., S. 35.

<sup>12)</sup> Ebda., S. 36.

<sup>13)</sup> Ralf Dahrendorf, *Gesellschaft und Demokratie in Deutschland*, Neuauflage, München 1971, S. 22 f.

<sup>14)</sup> Ebda., S. 23; vgl. zu diesem Problem ausführlich Fritz Stern, *The Failure of Illiberalism. Essays on the Political Culture of Modern Germany*, New York 1972.

<sup>15)</sup> David P. Conradt, *West Germany: A Remade Political Culture. Some Evidence from Survey Archives*, in: *Comparative Political Studies*, (1974) 7, S. 222–238, S. 227, Tabelle 1.

schaftlichen Leistungen (33 %) und den Beitrag zur Kunst und Wissenschaft (23 %) geprägt war und welche geringe Bedeutung hierbei den demokratischen Institutionen zukam<sup>16</sup>). Aus der Entste-

hungsphase der Bundesrepublik liegen zahlreiche weitere Belege für die unveränderte Wirksamkeit autoritär-obrigkeitsstaatlicher Orientierungen vor<sup>17</sup>).

### III. Die Entwicklung der Systemakzeptanz in der Bundesrepublik

Bei der Interpretation von Umfragedaten stellt sich stets die Frage, ob die verwendeten Instrumente tatsächlich diejenigen Größen messen, auf die sie abzielen. Eine zufriedenstellende Klärung dieser Frage ist außerordentlich schwierig. Dennoch ergibt sich in unserem Falle aus dem Zusammenspiel der einzelnen Indikatoren ein recht klares Bild: Die Zustimmung der Bundesbürger zur neuen politischen Ordnung fiel in den Anfangsjahren der Bundesrepublik nicht gerade überwältigend aus. Ein anderes Ergebnis war allerdings nach Lage der Dinge kaum zu erwarten. Nach dem kriegsbedingten Zusammenbruch der wirtschaftlichen und sozialen Ordnung war es für den überwiegenden Teil der Bevölkerung vorrangig, zunächst einmal die persönlichen Probleme zu regeln. Auf der nationalen Ebene konzentrierte sich das öffentliche Interesse auf den wirtschaftlichen Wiederaufbau; die Politik wurde für viele zur Nebensache.

Die anfänglich verbreitete „Ohne-mich-Haltung“ der Bevölkerung stellte sicherlich auch eine verständliche Reaktion auf die von den Nationalsozialisten betriebene Massenmobilisierung und politische Infiltration aller Sozialbeziehungen dar. Die Entnazifizierungspolitik der Alliierten wirkte zumindest zum Teil kontraproduktiv. Sie machte die Bevölkerung nicht für demokratische Wertvorstellungen empfänglich, sondern sie verstärkte die Abwehrhaltungen gegenüber jeder Form von Politik.

Trotz dieser ungünstigen Ausgangslage stellte sich der Wandel in der Systemakzeptanz überraschend schnell ein. Bereits im Jahre 1955 befürworteten drei Viertel der Bundesbürger ein Mehrparteiensystem. Der Demokratie gaben 70 % den Vorzug vor einer Monarchie oder einem autoritären Regime. Entsprechend nahm die Identifikation mit den politischen Symbolen der Vergangenheit ab. Immer seltener wurden Hitler und Bismarck zu den größten

deutschen Staatsmännern gezählt; die Opposition gegen eine mögliche Neugründung einer nationalsozialistischen Partei wuchs<sup>18</sup>). Mit dem politischen und gesellschaftlichen Status quo verbanden sich zunehmend positive Bewertungen (vgl. auch Abbildung 1).

Am Ende der Ära Adenauer akzeptierten die Bundesbürger nach allen verfügbaren Daten die Demokratie als die brauchbarste Form des politischen Zusammenlebens. Die Große Koalition trug zu einer festeren Einbindung der SPD-Anhänger ins politische System bei; der Wechsel von der CDU/CSU zur SPD als führender Regierungspartei führte nicht zu einem Rückgang der Systemunterstützung. Allerdings traten immer wieder situationsbedingte Akzeptanzschwierigkeiten auf, so in der Präsidentschaftskrise 1958/59, in der Spiegelkrise 1962 und in der Rezession 1966/67. Ungeachtet solcher kurzfristigen Einbrüche bewerten Baker, Dalton und Hildebrandt die Entwicklung der Systemunterstützung im Nachkriegsdeutschland uneingeschränkt positiv: „The longitudinal trends and contemporary opinion measures suggest that support for the political system has now permeated the contemporary political culture of the Federal Republic.“<sup>19</sup>) Nach Conradt trifft diese Aussage für alle gesellschaftlichen Gruppen in annähernd gleichem Maße zu. Es gab am Beginn der siebziger Jahre in der Bundesrepublik kein zahlenmäßig bedeutsames systemkritisches Potential<sup>20</sup>).

Die meisten in der Literatur präsentierten Daten enden vor der Wirtschaftskrise der siebziger Jahre oder sie erfassen die folgende Periode nur lückenhaft. Sieht man von der aus heutiger Sicht belanglosen Rezession der Jahre 1966/67 ab, dann stand die Demokratie in der Bundesrepublik eigentlich erst in den vergangenen fünfzehn Jahren vor einer ernsthaften Bewährungsprobe. Seit der Erdölkrise konnte das politische System nicht mehr mit den stabilisierenden Effekten eines ungestörten wirtschaftlichen Aufschwunges rechnen. Die Ver-

<sup>16</sup>) Vgl. G. A. Almond/S. Verba (Anm. 2), S. 64.

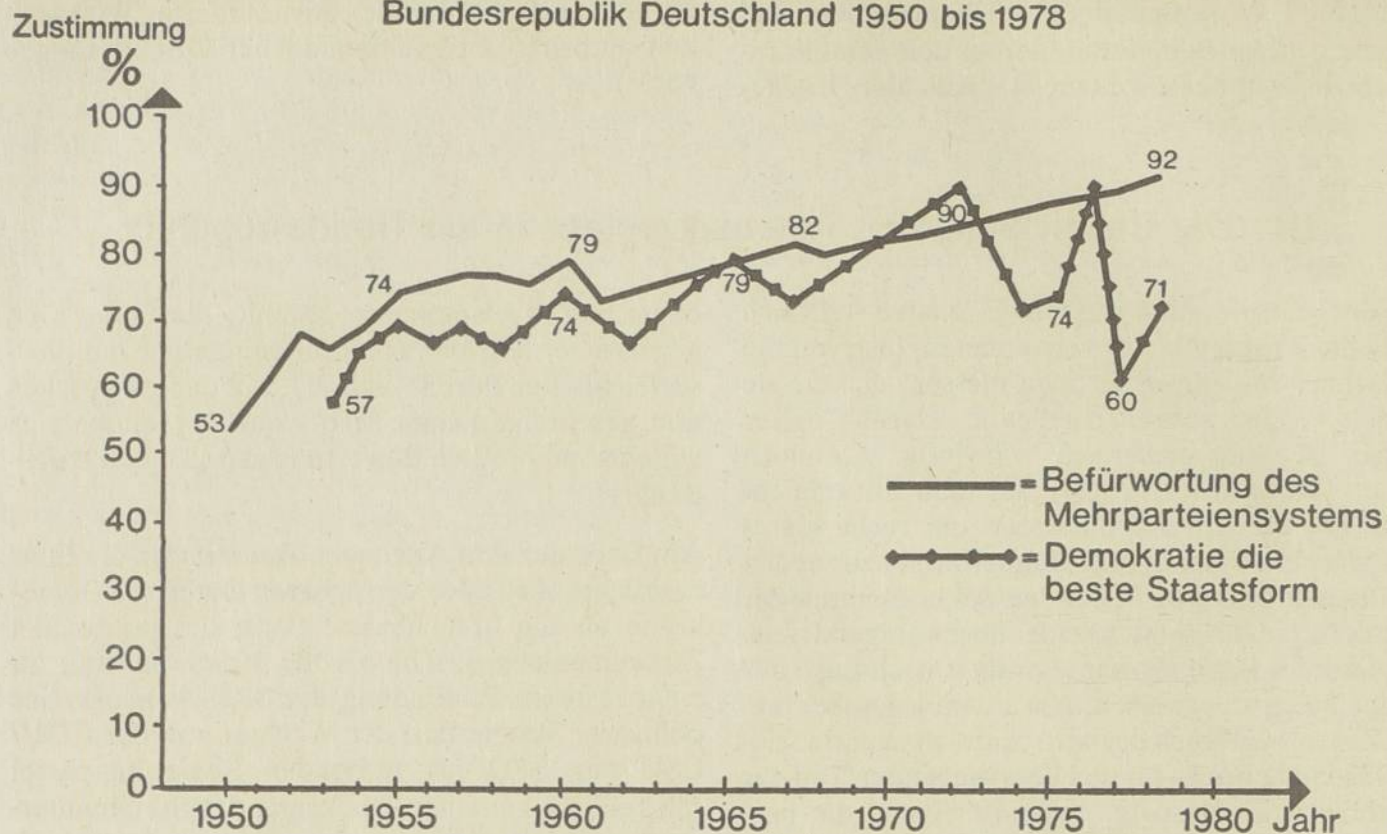
<sup>17</sup>) Vgl. David P. Conradt, *Changing German Political Culture*, in: Gabriel A. Almond/Sidney Verba (Hrsg.), *The Civic Culture Revisited. An Analytic Study*, Boston 1980, S. 212–272, sowie Kendall L. Baker/Russel J. Dalton/Kai Hildebrandt, *Germany Transformed: Political Culture and the New Politics*, Cambridge (Mass.)—London 1981, S. 22 ff.

<sup>18</sup>) Vgl. K. L. Baker/R. J. Dalton/K. Hildebrandt (Anm. 17), S. 23, bes. Abb. 1-1.

<sup>19</sup>) Vgl. ebda., S. 27.

<sup>20</sup>) Vgl. D. P. Conradt (Anm. 15), S. 230 ff.

Abbildung 1: Demokratische Einstellungen und Demokratieakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland 1950 bis 1978



schlechterung der Wirtschaftslage mußte um so mehr Anlaß zu politischen Befürchtungen geben, als sie einer Phase geradezu beispielloser wirtschaftlicher Prosperität folgte, die man völlig zu Recht als das deutsche Wirtschaftswunder bezeichnet. Bekanntlich bildet sich unter solch günstigen Bedingungen in der Bevölkerung ein hohes Anspruchsniveau heraus. Wird dieser Status nicht gehalten, dann treten Enttäuschungseffekte auf. Da die Öffentlichkeit das politische System zunehmend für die wirtschaftliche Entwicklung verantwortlich macht, kann unter verschlechterten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen eine Erosion der Systemzufriedenheit auftreten. Entsprechende Befürchtungen wurden seit der Gründung der Bundesrepublik immer wieder geäußert<sup>21)</sup>.

Die für die zweite Hälfte der siebziger Jahre vorliegenden Resultate der empirischen Forschung widersprechen jedoch dieser Einschätzung<sup>22)</sup>.

<sup>21)</sup> Vgl. z. B. Kurt Sontheimer, Grundzüge des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland, München 1985<sup>10</sup>, S. 118. Auf die im Vergleich mit anderen westlichen Demokratien atypisch starke Effizienzabhängigkeit der Systemorientierungen der Bundesbürger verweisen auch Manfred Berger u. a., Legitimierung des Regierungswechsels. Eine Analyse der Bundestagswahl 1983, in: Hans-Dieter Klingemann/Max Kaase (Hrsg.), Wahlen und politischer Prozeß. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1983, Opladen 1986, S. 251–288, S. 287.

<sup>22)</sup> Vgl. hierzu und zu folgenden Angaben über die Demokratiezufriedenheit: Max Kaase, Systemakzeptanz in den westlichen Demokratien, in: Ulrich Matz (Hrsg.), Aktuelle Heraus-

Zwar stimmen die in den einzelnen Studien ermittelten Daten zur Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik nicht vollständig überein, doch läßt sich keiner der vorliegenden Untersuchungen ein Hinweis auf eine Akzeptanzkrise der bundesdeutschen Demokratie entnehmen. Lediglich in einer Erhebung, dem European Community Survey von 1973, erklärte eine knappe Mehrheit unter den Befragten, mit dem Funktionieren der Demokratie in der Bundesrepublik unzufrieden zu sein. In allen übrigen Erhebungen gab es mehr Zufriedene als Unzufriedene. Zwischen dem April 1977 und dem September 1986 führte die Forschungsgruppe Wahlen e. V. Mannheim insgesamt 58 Erhebungen durch, in denen durchschnittlich 73 Prozent der Befragten eine positive Einstellung zum politischen System erkennen ließen. Der höchste Wert wurde im Februar 1980 gemessen (86%), der niedrigste im Februar 1982 (54%). Eine ähnliche Konstellation ergibt sich aus den von anderen Forschergruppen bzw. Instituten durchgeführten Umfragen, deren

forderungen der repräsentativen Demokratie, Köln 1985, S. 99–125; Oscar W. Gabriel, Politische Kultur, Postmaterialismus und Materialismus in der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1986, S. 279 ff.; Suzanne S. Schüttemeyer, Bundestag und Bürger im Spiegel der Demoskopie. Eine Sekundäranalyse zur Parlamentarismusperzeption in der Bundesrepublik, Opladen 1986, S. 61 ff.; Dieter Fuchs, Trends politischer Unterstützung in der Bundesrepublik Deutschland, unv. Manuskript, erscheint in: Dirk Berg-Schlosser/Jakob Schissler (Hrsg.), Politische Kultur in Deutschland, Opladen 1987.

Tabelle 1: Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft 1973 bis 1985

Frage: Sind Sie mit der Art und Weise, wie die Demokratie in . . . funktioniert\*), alles in allem gesehen sehr zufrieden, ziemlich zufrieden, ziemlich unzufrieden oder völlig unzufrieden? (Im folgenden die Angaben über sehr/ziemlich zufrieden [in Prozentpunkten])

	1973	1976	1977	1977**)	1978	1978	1979	1979	1980	1981	1982	1982	1983	1983	1984	1984	1985	1985	Ø
Belgien	62	53	56	51	56	42	43	47	34	35	40	44	43	53	44	47	52	58	48
Dänemark	45	55	63	67	67	64	62	71	60	67	61	57	70	71	68	70	68	72	64
Bundesrepublik Deutschland	44	79	78	78	76	77	80	80	73	70	68	67	71	66	71	73	73	69	67
Frankreich	41	42	45	49	49	40	41	41	36	53	44	45	36	46	40	38	44	39	43
Griechenland									53	52	60	58	59	61	60	57	59	51	57
Großbritannien	44	51	59	62	62	51	53	52	51	48	60	58	64	61	60	60	51	52	56
Irland	55	59	62	69	71	61	47	57	48	59	56	47	45	43	50	44	49	46	54
Italien	27	14	12	19	25	19	16	21	21	20	21	19	17	20	20	28	25	28	21
Luxemburg	49	54	71	68	67	63	61	73	77	75	63	59	62	60	64	68	72	77	64
Niederlande	52	67	67	64	69	53	64	61	51	59	55	50	53	54	54	58	56	58	58
Spanien																			51
Portugal																			34

Quelle: Eurobarometer 25, A 40 ff.

\*) Die Befragten äußerten sich jeweils über ihr eigenes Land.

\*\*) Die Befragungen fanden in den meisten Jahren zweimal, und zwar im Frühjahr und im Herbst, statt.

Erhebungsfragen von denen der Forschungsgruppe Wahlen abweichen<sup>23)</sup>. Selbst unter den schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen, die seit dem Beginn der achtziger Jahre in der Bundesrepublik herrschen, übertraf der Anteil der mit dem politischen System Zufriedenen stets mehr oder minder deutlich den der politisch Unzufriedenen. Im Aggregat nahm zwar parallel mit der Verschlechterung der Wirtschaftslage die Systemzufriedenheit ab, Analysen individueller Einstellungsdaten lassen jedoch gerade auf dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise – im Spätjahr 1982 – nur einen schwachen Zusammenhang zwischen der Bewertung der Wirtschaftslage und der Systemzufriedenheit erkennen<sup>24)</sup>.

Insbesondere im Vergleich mit anderen westeuropäischen Staaten, die während des untersuchten Zeitraumes vor ähnlichen wirtschaftlichen Schwie-

rigkeiten standen wie die Bundesrepublik, ist die bundesdeutsche Bevölkerung mit dem politischen System außerordentlich zufrieden. Nach den von der EG-Kommission durchgeführten Erhebungen liegt die Demokratiezufriedenheit in der Bundesrepublik im Durchschnitt der Jahre 1973 bis 1985 bei 67 Prozent und übertrifft damit z. B. den in Großbritannien ermittelten Wert um elf Prozentpunkte. Lediglich in Dänemark und in Luxemburg wurde ein vergleichbar hohes Akzeptanzniveau festgestellt (vgl. Tabelle 1). Entgegen einer weitverbreiteten Auffassung beeinflusst auch eine kritische Wirtschaftslage die Systemzufriedenheit der Bundesbürger nicht überdurchschnittlich stark. Diese beiden Größen hängen in der Bundesrepublik nicht wesentlich enger miteinander zusammen als in den anderen Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft<sup>25)</sup>. Darüber hinaus gab es im untersuchten Zeitraum keine gesellschaftliche Teilgruppe, in der ständig oder auch nur überwiegend negative Einstellungen zur Demokratie vorherrschten.

Zugegebenermaßen haben wir in der Demokratiezufriedenheit nur einen groben Indikator der

<sup>23)</sup> Vgl. die Zusammenstellung bei Schüttemeyer (Anm. 22), S. 61 ff.

<sup>24)</sup> Vgl. ausführlicher: Oscar W. Gabriel, Wirtschaftslage und Systemakzeptanz in der Bundesrepublik Deutschland. Papier, vorgelegt auf der Tagung der Arbeitsgruppe Wahl- und Einstellungsforschung der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft am 29./30. April 1987 in Bamberg, S. 15 ff., bes. Tabellen 3–5.

<sup>25)</sup> Vgl. ebda., S. 26 ff., bes. Tabelle 7.

**Tabelle 2: Legitimitätsüberzeugungen und Systemzufriedenheit in der Bundesrepublik Deutschland 1980 und 1982/83 (Angaben in Prozentpunkten)**

		1980	1982	1983
Wie sehr entspricht unsere politische Ordnung und Demokratie dem, was Sie in der Politik für gut und richtig halten?	sehr stark	10	—	—
	stark	60	—	—
	wenig	25	—	—
	überhaupt nicht	3	—	—
	k. A.	2		
	N	1 518		
Das politische System der Bundesrepublik ist gerecht und fair	volle Zustimmung	29	29	32
	weitgehende Zustimmung	55	54	56
	weitgehende Ablehnung	9	9	8
	volle Ablehnung	2	3	1
	k. A. / weiß nicht	5	5	2
Das politische System der Bundesrepublik schützt die grundlegenden Freiheiten der Bürger	volle Zustimmung	34	33	33
	weitgehende Zustimmung	53	52	57
	weitgehende Ablehnung	6	8	8
	volle Ablehnung	1	2	1
	k. A. / weiß nicht	5	5	2
	N	2 061 *)	1 622	1 014
Im politischen System der Bundesrepublik wird nur das Wohl einiger weniger Interessengruppen berücksichtigt, und nicht das Wohl aller Bevölkerungsgruppen	volle Ablehnung	12	—	—
	weitgehende Ablehnung	41	—	—
	weitgehende Zustimmung	30	—	—
	volle Zustimmung	11	—	—
	k. A. / weiß nicht	6	—	—
Jede Bevölkerungsgruppe hat im politischen System der Bundesrepublik die gleiche Chance, die Politik zu beeinflussen	volle Zustimmung	13	—	—
	weitgehende Zustimmung	34	—	—
	weitgehende Ablehnung	33	—	—
	volle Ablehnung	12	—	—
	k. A. / weiß nicht	7	—	—
	N	2 061	—	—

Quellen: Wahlstudie 1980 (ZA Nr. 1053); Wahlstudie 1983 (ZA Nr. 1275/1276), Politische Ideologie II (ZA Nr. 1190/1191).

\*) Im Hinblick auf die Vergleichbarkeit der Stichproben sind im Jahre 1980 die 16 und 17 Jahre alten Befragten nicht berücksichtigt.

Systemunterstützung zur Verfügung, doch liefern differenziertere Fragen kein grundsätzlich anderes Bild. In der Wahlstudie 1980 wurde — in ziemlich wortgetreuer Umsetzung von Eastons Konzept politischer Legitimitätsüberzeugungen<sup>26)</sup> — ermittelt, inwieweit die politische Ordnung der Bundesrepublik dem entspreche, was der Befragte in der Politik für gut und richtig halte. Sieben von zehn Bundesbürgern gaben hierauf die Alternativen „sehr stark“ und „stark“ an. Als Legitimitätsindikatoren kann man zwei weitere, in neueren empirischen Studien eingesetzte Testfragen ansehen, in denen die „Gerechtigkeit“ und „Fairneß“ des politischen Systems beziehungsweise dessen Bereitschaft zu bewerten ist, die grundlegenden Freiheiten der Bürger zu schützen. 1980 und 1982 sprach

nur eine Minderheit dem politischen System der Bundesrepublik diese Eigenschaften ab (vgl. Tabelle 2).

Deutlich kritischer bewertete die bundesdeutsche Öffentlichkeit demgegenüber die Offenheit des politischen Systems für die Mitwirkung der Bevölkerung und seine Aufnahmefähigkeit für die Interessen einzelner gesellschaftlicher Gruppen (vgl. Tabelle 2). So widersprach 1980 nur eine knappe Mehrheit der Befragten der Auffassung, das politische System der Bundesrepublik berücksichtige primär die Belange einiger weniger Interessengruppen. Noch größere Vorbehalte waren hinsichtlich der für den Durchschnittsbürger verfügbaren Partizipationschancen erkennbar. In dieser Hinsicht hielten positive und negative Einstellungen einander die Waage. Diese Daten stützen ältere Untersuchungsergebnisse des Instituts für Demoskopie in

<sup>26)</sup> Vgl. David Easton, *A Systems Analysis of Political Life*, New York 1965, S. 278 ff.

Allenbach<sup>27)</sup>, nach denen die Merkmale demokratischer Regierungsweise in den Augen der Bevölkerung in der Bundesrepublik in sehr unterschiedlichem Maße institutionalisiert sind. Auch in dieser Erhebung wurden vor allem bei den partizipativ-egalitären Zielen Lücken zwischen dem Wunschbild und der Wirklichkeit festgestellt. Wie bei der Frage nach der Demokratiezufriedenheit traten bei den Versuchen, die Systemorientierungen der Bundesbürger differenzierter zu erfassen, keine bemerkenswerten gruppenspezifischen Besonderheiten auf.

Eine Akzeptanz- oder gar eine Legitimitätskrise des politischen Systems der Bundesrepublik läßt sich durch die verfügbaren Daten nicht belegen<sup>28)</sup>, vielmehr bekundet die Mehrzahl unter den Bundesbürgern auch in kritischen Situationen Zustimmung zur bestehenden politischen Ordnung. Dieses Einverständnis wird allerdings nicht bedingungslos erteilt. Die Bevölkerung reagiert negativ auf eine Verschlechterung der objektiven Rahmenbedingungen, ohne jedoch dem politischen System mehrheit-

lich die Unterstützung zu entziehen. Einzelne Eigenschaften des politischen Regimes werden in der Öffentlichkeit unterschiedlich bewertet, und schließlich zeigen die in Tabelle 2 enthaltenen Daten sehr deutlich, daß nicht eine vorbehaltlose, sondern eher eine moderate Zustimmung zum politischen System vorherrscht. Dies geht mit einer Balance zwischen reformistischen und auf die Verteidigung des Status quo ausgerichteten Einstellungen einher<sup>29)</sup>. Bei einer systematischen Würdigung dieser Einzelbefunde erscheint es angemessen, die in der Bundesrepublik überwiegenden Systemorientierungen als „balanced judgement“ zu beschreiben, das Sniderman zutreffend als Funktionsbedingung demokratischer Politik ansieht. Seiner Auffassung nach ist die blinde Loyalität der Bevölkerung zum Staat ein Merkmal des Obrigkeitsstaates, während eine funktionsfähige Demokratie von einer ausgewogenen Mischung von Vertrauen und Kritik lebt: „What seems in order is not blind loyalty but balanced judgement: an awareness that a democratic order, whatever its virtues, will have shortcomings.“<sup>30)</sup>

#### IV. Das Demokratieverständnis der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland

Die bislang präsentierten Daten belegen eher eine ausgeprägte Zustimmung der Bevölkerung zum politischen System der Bundesrepublik als eine Krise der politischen Ordnung. Insofern unterscheiden sich die Verhältnisse der Nachkriegszeit grundlegend von jenen in der Weimarer Republik. Nicht einmal in deren Blütezeit – in den Jahren zwischen 1924 und 1928 – dürfte sie auch nur annähernd über einen ähnlichen Rückhalt in der Öffentlichkeit verfügt haben wie die Bundesrepublik. Jedenfalls lassen die Wahlergebnisse eine solche Vermutung plausibel erscheinen.

Dennoch berechtigen die bisher vorgelegten Befunde nicht unbedingt zu der Schlußfolgerung, die demokratischen Werte und Normen seien nunmehr im Einstellungssystem der Bundesbürger fest verankert. Weder enthalten die Daten Hinweise hierauf, noch ist diese Annahme in Anbetracht der politischen Entwicklung

Deutschlands in den vergangenen hundert Jahren ohne weiteres begründet. Wie Almond und Verba aufzeigten, herrschte in der Bundesrepublik noch am Ende der fünfziger Jahre der Typus einer Untertanenkultur vor, die eher den politischen Strukturen des Obrigkeitsstaates als denen der Demokratie entsprach<sup>31)</sup>. Es ist demnach keineswegs auszuschließen, daß zwar der Staat der Bundesrepublik von der Bevölkerung akzeptiert wird, nicht aber notwendigerweise dessen *spezifisch demokratische* Prägung.

Um einen Teil der empirischen Befunde zum Demokratieverständnis der Deutschen gleich vorwegzunehmen: Der „Untertan“ definiert nach Almond und Verba sein Verhältnis zur Politik in erster Linie über die Exekutivinstitutionen und über deren Leistungen<sup>32)</sup> – *gouvernemental*, wie es Manfred Koch ausdrückt<sup>33)</sup>. Wenn allerdings unter den schwierigen wirt-

<sup>27)</sup> Institut für Demoskopie Allensbach, *Demokratieverankerung in der Bundesrepublik Deutschland*, Allensbach 1979, S. 43.

<sup>28)</sup> So bereits Max Kaase, *Legitimitätskrise in westlichen demokratischen Industriegesellschaften: Mythos oder Realität?*, in: Helmut Klages/Peter Kmiecik (Hrsg.), *Wertwandel und gesellschaftlicher Wandel*, Frankfurt – New York 1979, S. 328–350.

<sup>29)</sup> Vgl. ausführlicher: O. W. Gabriel (Anm. 22), S. 279 ff., bes. Tabellen 4–18 und 4–20.

<sup>30)</sup> Paul M. Sniderman, *A Question of Loyalty*, Berkeley 1981, S. 16, 35 ff.; schon früher argumentierten im Grundsatz ähnlich G. A. Almond/S. Verba (Anm. 2), S. 341 ff.

<sup>31)</sup> G. A. Almond/S. Verba (Anm. 2), S. 312 f.

<sup>32)</sup> Vgl. ebda., S. 17 f.

<sup>33)</sup> Manfred Koch u. a., *Die Deutschen und ihr Staat*, Hamburg 1972, S. 25.

schaftlichen Bedingungen, wie wir sie gegenwärtig vorfinden, die Systemakzeptanz auf hohem Niveau bleibt, dann sind neben diesen ‚Output‘-Orientierungen wohl noch andere stabilisierende Faktoren im Spiel.

Die in der Mitte der sechziger Jahre eingetretenen Veränderungen im Beteiligungsverhalten der Deutschen, die zu Recht als „partizipative Revolution“ charakterisiert wurden<sup>34)</sup>, deuten auf einen Wandel der ‚Input‘-Orientierungen, d. h. der Einstellungen zur Notwendigkeit und zu den Erfolgsaussichten politischer Beteiligung, zu den Wahlen, den Parteien und den Interessenverbänden hin. Dadurch wurden die demokratisch-partizipativen Komponenten der politischen Kultur der Bundesrepublik verstärkt und Elemente der Untertanenkultur abgebaut. Die von Pross<sup>35)</sup> und anderen beschriebene autoritäre Konzeption der wünschenswerten Gesellschaft mit den für sie typischen Leitwerten des Kollektivismus, der Ordnung, der Anpassung und der Disziplin scheint in der Bundesrepublik so sehr an Attraktivität verloren zu haben, daß einzelne Forscher schon wieder einen Zerfall bürgerlicher Akzeptanz-, Pflicht- und Leistungswerte beklagen<sup>36)</sup>. Insofern muß man die von Dahrendorf aufgeworfene Frage nach den Chancen liberaler Demokratie heute wohl anders beantworten als noch vor 35 Jahren<sup>37)</sup>.

Das Demokratieverständnis der Deutschen wurde zwar in der unmittelbaren Nachkriegszeit intensiv untersucht<sup>38)</sup>, aber dabei kam es nicht zu einer systematischen Verbindung zwischen der empirischen Forschung und der Demokratietheorie. Mittlerweile liegen einige Publikationen sowie unausgewertete Daten vor, in denen Theorie und Empirie besser miteinander verknüpft sind. In einer Arbeit aus dem Jahre 1971 versuchte Max Kaase, das Demokratieverständnis der Bundesbürger empirisch zu erfassen<sup>39)</sup>. Er lehnte sich dabei an die Annahmen über die Merkmale demokratischer Regierungsweise an, wie wir sie beispielsweise in den einschlägigen demokratietheoretischen Arbei-

ten von Dahl und anderen finden<sup>40)</sup>. Auf dieser Grundlage verwendet er fünf konstitutive Merkmale der Demokratie als Ausgangsgrößen für seine empirische Analyse des Demokratieverständnisses der Deutschen:

1. die Garantie individueller Beteiligungsrechte einschließlich des Schutzes von Minderheitenrechten;
2. die öffentliche Kontrolle politischer Herrschaft, die vor allem durch regelmäßige Wahlen mit der realen Chance des Machtwechsels erreicht wird;
3. die Anerkennung der Legitimität von Konflikten über die Ziele und Mittel der Gesellschaftsgestaltung;
4. die Ablehnung der Gewalt als Mittel zur Realisierung politischer Ziele;
5. den Konsens über demokratische Grundwerte, der den friedlichen Konflikt über Einzelfragen erst ermöglicht.

Die Zustimmung der Bevölkerung zu den ersten vier Prinzipien wurde durch eine Serie von Einstellungsfragen erfaßt (vgl. Tabelle 3); das Ausmaß des Konsenses ergibt sich aus dem Anteil an Zustimmung zu den einzelnen Aussagen. Wie man leicht feststellen kann, stehen die von Kaase untersuchten Elemente des demokratischen Überzeugungssystems in einem klaren Gegensatz zu der zuvor beschriebenen autoritären Konzeption einer politischen Ordnung. An der Zustimmung zu diesen Prinzipien läßt sich mithin ablesen, in welchem Maße sich die politischen Wertvorstellungen der Deutschen von autoritären Vorstellungsmustern entfernt und entsprechend demokratischen Prinzipien angenähert haben. Die vorgeschlagene Operationalisierung des demokratischen Bewußtseins ist auch deshalb interessant, weil sie einerseits die Einstellung zu den genannten *abstrakten Prinzipien* erfaßte, andererseits aber auch die Bereitschaft, diesen Prinzipien in politischen *Konfliktsituationen* den Vorrang vor der autoritären Option für Ordnung, Anpassung und Konfliktvermeidung einzuräumen.

Auf den ersten Blick erscheinen die von Kaase vorgelegten Ergebnisse aus dem Jahre 1968 entmutigend. So ergab sich zwar eine hohe Zustimmung zu den abstrakten Prinzipien der Meinungs- und der Demonstrationfreiheit, des Parteienpluralismus und der Funktionalität politischer Opposition in der Demokratie. Sobald es aber um die Umsetzung dieser Grundsätze in konkretere Verhaltensnormen ging, waren nur noch bei einer Minderheit demokratische Überzeugungen anzutreffen. Zwei Beispiele belegen dies: 93 % der

<sup>34)</sup> Vgl. Max Kaase, Partizipatorische Revolution — Ende der Parteien?, in: Joachim Raschke (Hrsg.), Bürger und Parteien. Ansichten und Analysen einer schwierigen Beziehung, Opladen 1982, S. 173—189.

<sup>35)</sup> H. Pross (Anm. 3), S. 32 ff.; R. Dahrendorf (Anm. 13), S. 345 ff.

<sup>36)</sup> Vgl. vor allem Elisabeth Noelle-Neumann, Werden wir alle Proletarier? Wertewandel in unserer Gesellschaft, Zürich 1978; Helmut Klages, Wertorientierungen im Wandel. Rückblick, Gegenwartsanalyse, Prognosen, Frankfurt-New York 1984, bes. S. 17 ff.

<sup>37)</sup> Vgl. R. Dahrendorf (Anm. 13), S. 11 ff.

<sup>38)</sup> Vgl. vor allem Anna J. Merritt/Richard Merritt, Public Opinion in Occupied Germany, Urbana, Ill., 1970; dies., Public Opinion in Semisovereign Germany, Urbana, Ill., 1980.

<sup>39)</sup> Max Kaase, Demokratische Einstellung in der Bundesrepublik Deutschland, in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, Bd. 2, 1970, S. 119—326.

<sup>40)</sup> Vgl. R. A. Dahl (Anm. 5), S. 63 ff.; ders. (Anm. 1), S. 1 ff.; S. M. Lipset (Anm. 6), S. 27 f.; G. Bingham Powell, Contemporary Democracies. Participation, Stability, and Violence, Cambridge (Mass.)—London 1982, S. 2 ff.

Tabelle 3: Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Bundesrepublik 1968, 1979 und 1982  
(die Angaben [in Prozentpunkten] beinhalten die „demokratisch“ ausgerichteten Antworten)

	1986	1979	1982	Prozentpunkte- differenz 1968 bis 1982
Jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist (+)	93	95	94	+ 1
Jede demokratische Partei sollte grundsätzlich die gleiche Chance haben, an die Regierung zu kommen (+)	84	93	93	+ 9
Eine lebensfähige Demokratie ist ohne politische Opposition nicht denkbar (+)	89	93	92	+ 3
Jeder Bürger hat das Recht, für seine Überzeugung notfalls auf die Straße zu gehen (+)	74	86	87	+13
In jeder demokratischen Gesellschaft gibt es bestimmte Konflikte, die mit Gewalt ausgetragen werden müssen (-)	73	81	83	+10
Aufgabe der politischen Opposition ist es nicht, die Regierung zu kritisieren, sondern sie in ihrer Arbeit zu unterstützen (-)	28	31	34	+ 6
Die Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Interessengruppen in unserer Gesellschaft und ihre Forderungen an die Regierung schaden dem Allgemeinwohl (-)	27	37	29	+ 2
Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet (-)	30	26	21	- 9
Die Interessen des ganzen Volkes sollten immer über den Sonderinteressen des einzelnen stehen (-)	6	5	8	+ 3
N	1 889	2 012	2 991	

Quelle: ALLBUS 1982 (ZA Nr. 1160), Codebuch, S. 205 ff.

(-) Zustimmung als „undemokratisch“ klassifiziert

(+) Zustimmung als „demokratisch“ klassifiziert

Befragten stimmten der Aussage zu, „jeder sollte das Recht haben, für seine Meinung einzutreten, auch wenn die Mehrheit anderer Meinung ist“. Immerhin 74 % gestanden dem Bürger das Recht zu, für seine Meinung notfalls auf die Straße zu gehen. Diese breite Mehrheit schmolz auf ganze 30 % zusammen, sobald durch die Ausübung des Demonstrationsrechtes die öffentliche Ordnung beeinträchtigt zu werden drohte. Ähnlich ambivalent war die Einstellung zur Opposition: 89 % der Befragten vertraten die Meinung, eine lebensfähige Demokratie sei ohne Opposition nicht denkbar, aber nur 28 % wiesen die These zurück, die Aufgabe der Opposition bestehe darin, die Regierung in ihrer Arbeit zu unterstützen, nicht darin, sie zu kritisieren. Auf der Ebene der Verhaltensnormen schien die „autoritäre Konzeption vom wünschenswerten Typ politischer Ordnung“ noch eine beträchtliche Anziehungskraft auszuüben.

Wiederholungsbefragungen aus den Jahren 1979 und 1982 ließen zwar insgesamt eine breitere Zustimmung zu den demokratischen Prinzipien erkennen, das Spannungsverhältnis zwischen dem abstrakten Bekenntnis zu den Funktionsprinzipien der Demokratie und dem unzulänglichen Verständnis für die damit verbunde-

nen Verhaltensimplikationen bestand aber weiter fort.

Mit Hilfe anderer Testfragen kam Wolfgang Adrian zu einem ähnlichen Ergebnis<sup>41)</sup>. Er faßt seine Befunde in der Feststellung zusammen, „daß für einen beachtlichen Teil der Bevölkerung Parteien, Konkurrenz und Pluralismus, vor allem aber Kritik und Opposition noch immer eher als Gefährdung des vermeintlich vorgegebenen, in Wahrheit meist elitär definierten Gemeinwohls gelten, statt sie als Garant bzw. Vehikel für Freiheit, Gleichheit und Demokratie zu begreifen und zu bejahen. Damit wird deutlich, wie wenig Einsicht in demokratische Prozeduren, die notwendig Konflikt und Kontroversen implizieren, in der sozialen Realität der Bundesrepublik verbreitet ist.“<sup>42)</sup>

Adrians Urteil fällt zu pessimistisch aus, insbesondere wenn man die einschlägigen Befunde in die internationale Forschung einordnet und die langfristigen historischen Entwicklungsprozesse berücksichtigt. Der

<sup>41)</sup> Wolfgang Adrian, Demokratie als Partizipation. Versuch einer Wert- und Einstellungsanalyse, Meisenheim am Glan 1977, S. 132 ff.

<sup>42)</sup> Ebda., S. 169.



angeblich typisch deutsche Autoritarismus tritt nämlich auch in anderen westlichen Staaten, selbst in „klassischen“ Demokratien wie in den USA oder in Großbritannien, auf. Lipset widmet in seinem „Political Man“ dem Unterschicht-Autoritarismus ein ganzes Kapitel, in dem er zahlreiche empirische Belege für die geringe Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Arbeiterschaft, der unteren Mittelschicht und der bürgerlichen Bevölkerung westlicher Staaten liefert. Schichtfaktoren beeinflussen das Verständnis für die Werte und Normen liberaler Demokratie in einem solchen Maße, daß es naheliegt, sie neben den nationalen Traditionen als einen wesentlichen, wenn nicht sogar gleichberechtigten Bestimmungsfaktor des Demokratieverständnisses zu behandeln<sup>43</sup>).

Amerikanische Studien belegen die Richtigkeit dieser Feststellung. Sie lassen ähnliche Strukturen erkennen, wie sie Kaase für die Bundesrepublik Deutschland ermittelte: „general consensus was found on the idea of democracy itself and on the broad principles of majority rule and minority rights, but it disappeared when these principles were put in more specific form“<sup>44</sup>).

Die Behauptung, im Demokratieverständnis der Deutschen habe sich letztlich nicht viel geändert, es bestehe nach wie vor ein „Mangel an politischer Kultur“<sup>45</sup>), ist mit den vorhandenen empirischen Daten nicht zu belegen. Allerdings fehlen auch die zu ihrer eindeutigen Widerlegung benötigten Langzeitdaten über die demokratischen Einstellungen der deutschen Bevölkerung. Schließt man sich mangels brauchbarer Alternativen dem Vorgehen von Pross an und verwendet die Wahlergebnisse als Verhaltenskorrelate politi-

scher Einstellungen<sup>46</sup>), dann sind erhebliche Zweifel angebracht, ob selbst das abstrakte Bekenntnis zur Meinungsfreiheit und zum Parteienpluralismus in früheren Phasen der politischen Entwicklung Deutschlands eine ähnlich hohe Zustimmung gefunden hätte, wie wir es in der Bundesrepublik feststellen konnten.

Die Malaise der deutschen Demokratie war in der Vergangenheit vornehmlich eine Malaise der politischen und gesellschaftlichen Führungsgruppen, die – anders als in etablierten Demokratien – demokratische Wertvorstellungen nur unzulänglich verinnerlicht hatten und statt dessen einen politischen Sonderweg Deutschlands favorisierten. Noch Almond und Verba stellten in „The Civic Culture“ ein besonders distanzierendes Verhältnis des Bildungsbürgertums zur deutschen Nachkriegsdemokratie fest<sup>47</sup>). In dieser Hinsicht haben sich die Verhältnisse grundlegend verändert: demokratische Wertvorstellungen sind unter den besser gebildeten Bundesbürgern überdurchschnittlich weit verbreitet<sup>48</sup>). Die vorliegenden Elitestudien enthalten keine Hinweise auf ein überdurchschnittlich ausgeprägtes antidemokratisches Potential in den bundesdeutschen Führungsgruppen<sup>49</sup>). Soweit sie Vergleichsdaten über die Akzeptanz demokratischer Prinzipien in der Bevölkerung und bei den politischen Eliten präsentieren, bestätigen sie die aus den Vereinigten Staaten bekannten Befunde: Es sind vor allem die politischen Führungsgruppen, die sich in besonderem Maße demokratischen Prinzipien verpflichtet fühlen<sup>50</sup>). Auch in dieser Hinsicht scheinen sich die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik denen in anderen westlichen Demokratien angenähert zu haben.

## V. Bedingungen des veränderten Demokratieverständnisses in der Bundesrepublik Deutschland

Die empirische Analyse des Demokratieverständnisses und der Demokratieunterstützung in der Bundesrepublik Deutschland gewinnt ihre Aussagekraft nur im Rahmen einer Aufarbeitung des politisch-kulturellen Wandels in westlichen Demokratien. In eine solche Betrachtung sind nicht nur historische Entwicklungsprozesse, sondern auch Veränderungen in anderen Bereichen der politischen Kultur und in den politischen Verhaltensmustern der Bürger einzubeziehen.

Weitere Maßstäbe zur Beurteilung liefert der Vergleich mit anderen demokratisch verfaßten Staaten. Berücksichtigt man diesen Interpretationshinter-

<sup>43</sup> S. M. Lipset (Anm. 6), S. 87 ff.

<sup>44</sup> Vgl. James Prothro/Charles M. Grigg, *Fundamental Principles of Democracy: Bases of Agreement and Disagreement*, in: Charles F. Cnudde/Deane E. Neubauer (Hrsg.), *Empirical Democratic Theory*, Chicago 1969, S. 236–252, S. 248 ff.

<sup>45</sup> So die These bei Peter Reichel, *Politische Kultur der Bundesrepublik*, Opladen 1981, S. 11.

<sup>46</sup> H. Pross (Anm. 3), S. 21 ff.

<sup>47</sup> G. A. Almond/S. Verba (Anm. 2), S. 67 f., S. 81 ff.

<sup>48</sup> Vgl. M. Kaase (Anm. 39), S. 218 f.; W. Adrian (Anm. 41), S. 253 ff.

<sup>49</sup> Vgl. Dieter Roth, *Zum Demokratieverständnis von Eliten in der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt 1973; Ursula Hoffmann-Lange, *Politische Einstellungsmuster in der westdeutschen Führungsschicht*, Phil. Diss., Mannheim 1976; dies., *Eliten und Demokratie in der Bundesrepublik*, in: Max Kaase (Hrsg.), *Politische Wissenschaft und politische Ordnung. Ansätze zur Theorie und Empirie demokratischer Regierungsweise*, Festschrift zum 65. Geburtstag von Rudolf Wildenmann, Opladen 1986, S. 318–338, bes. 332 ff.

<sup>50</sup> Vgl. U. Hoffmann-Lange (Anm. 49), S. 332 ff., bes. S. 334, Tabelle 5.

grund, dann verweisen sämtliche verfügbaren Indikatoren auf einen Umbruch im Demokratieverständnis der Deutschen und auf eine „Normalisierung“ ihrer Beziehungen zum demokratischen Staat. Die Institutionalisierung einer demokratischen Ordnung blieb in der Bundesrepublik nicht auf die formale, *verfassungsrechtliche Ebene* beschränkt; sie vollzog sich auch im *politischen Bewußtsein* der Bevölkerung. Brüche und Inkonsistenzen im Demokratieverständnis sind weniger Ausprägungen der „typisch deutschen“ Untertanenkultur als vielmehr Merkmale einer noch nicht abgeschlossenen Diffusion demokratischer Werte und Normen in der Öffentlichkeit, wie wir sie auch in anderen Demokratien finden.

Die kaum bestreitbaren Veränderungen im Demokratieverständnis der Deutschen legen die Frage nach den Ursachen dieses Wandels nahe. Der Aufbau eines demokratischen Institutionensystems stellt nach den Erfahrungen von Weimar lediglich eine *notwendige*, aber keinesfalls eine *hinreichende* Bedingung für die Ausbildung demokratischer Einstellungen dar. Baker, Dalton und Hildebrandt führen die Demokratisierung in Deutschland vor allem auf drei Faktorenkomplexe zurück<sup>51)</sup>:

auf das *Wirtschaftswunder*,  
auf den *Intergenerationenwandel* und  
auf die *Aktivitäten der politischen Führung*.

Aus meiner Sicht ist als vierter Komplex die *sozio-ökonomische Modernisierung* der Bundesrepublik zu nennen. Alle vier Phänomene wurden in der Literatur so ausgiebig erörtert, daß hier nur einige kurze Bemerkungen erforderlich sind.

## 1. Die politischen Folgen des deutschen Wirtschaftswunders

Wirtschaftlicher Wohlstand und politische Demokratie werden in der Literatur als zwei eng miteinander verbundene Phänomene angesehen. So behauptet Lipset: „Perhaps the most common generalization linking political systems to other aspects of society has been that democracy is related to the state of economic development. The more well-to-do a nation, the greater the chances that it will sustain democracy.“<sup>52)</sup>

Die Bundesrepublik stellt geradezu ein Musterbeispiel für die Fähigkeit eines politischen Systems dar, durch den Aufbau einer funktionsfähigen Wirtschaft, die Verbreitung von Massenwohlstand und die Etablierung eines umfassenden Systems sozialer Sicherheit die Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen. Nach anfänglicher Zurückhaltung akzeptierten die Bundesbürger den von der Regierung eingeschlagenen

Kurs der „Sozialen Marktwirtschaft“, der mit einem raschen und spürbaren wirtschaftlichen Aufschwung verbunden war. Die Bundestagswahlen 1953 und 1957 ließen erkennen, daß es der amtierenden Regierung gelungen war, ihre zunächst schmale Wählerbasis auszuweiten und sich ein breites Reservoir an *spezifischer politischer Unterstützung* zu sichern. Deren Umwandlung in Systemvertrauen oder in *diffuse Unterstützung* wurde durch das anhaltend hohe ökonomische Leistungsniveau, aber auch durch den zunehmenden politischen Konsens zwischen den großen Parteien und durch die Bildung der Großen Koalition im Jahre 1966 erleichtert. Nach ihrem Eintritt in die Regierung erhielt die SPD die Gelegenheit, ihre Kompetenz auf wirtschaftspolitischem Gebiet unter Beweis zu stellen. Die rasche Überwindung der Rezession von 1966/67 wurde nicht zuletzt dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller zugeschrieben. Nach der Bildung der sozial-liberalen Koalition im Jahre 1969 konnte die Bundesrepublik ihre Stellung als eine der führenden Wirtschaftsmächte weiter ausbauen. Für die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der Bundesrepublik war es unmaßgeblich, welche Partei in Bonn regierte, wie sich an der Bewertung der wirtschaftspolitischen Kompetenz von CDU/CSU und SPD zeigt. Sie wird von situativen Faktoren beeinflusst, aber nicht mehr grundsätzlich unterschiedlich beurteilt.

Bereits vor der Wirtschaftskrise der Jahre 1973/1976 war eine so weitgehende Generalisierung politischer Unterstützung erreicht, daß eine Verschlechterung der Wirtschaftslage die Systemzufriedenheit allenfalls graduell beeinträchtigte: „The decline in support for the government during the recessions of 1966–1967 and especially 1974–1976, for example, had little discernible effect on the trend of increased support for liberal democracy.“<sup>53)</sup>

## 2. Die Konsequenzen des Generationenwandels

Die politischen Effekte des Wirtschaftswunders wird man in erster Linie im Bereich der *Demokratieunterstützung* suchen können. Veränderungen im Staats- und Demokratieverständnis sind dagegen stärker mit dem Generationenwandel verbunden. Wie Baker, Dalton und Hildebrandt zeigen, hatten im Jahre 1953 lediglich 12 % der Bundesbürger ihre politische Sozialisation nach der Gründung der Bundesrepublik erhalten<sup>54)</sup>. Ein Drittel hatte sein politisches Wertesystem in der Weimarer Republik ausgebildet. Alle übrigen waren in ihrer formativen Phase den autoritären politischen Symbolen des kaiserlichen Deutschlands beziehungsweise den totalitären Einflüssen des nationalsozialistischen Regimes ausgesetzt.

<sup>51)</sup> D. P. Conradt (Anm. 17), S. 263; O. W. Gabriel (Anm. 24), bes. S. 12 ff.

<sup>54)</sup> Vgl. K. L. Baker/R. J. Dalton/ K. Hildebrandt (Anm. 17), S. 12 f., 309.

<sup>51)</sup> Vgl. K. L. Baker/R. J. Dalton/K. Hildebrandt (Anm. 17), S. 11 ff., S. 45 ff.; ähnlich D. P. Conradt (Anm. 15), S. 256 ff.  
<sup>52)</sup> S. M. Lipset (Anm. 6), S. 31.

Die Annahme, man könne die autoritären Dispositionen des größten Teils der deutschen Vorkriegsgeneration kurzfristig durch eine Reeducation-Politik abbauen, war naiv; denn die in der Jugend erworbenen politischen Überzeugungen sind nur langfristig veränderbar. Dies trifft insbesondere dann zu, wenn sie durch autoritäre Strukturen in anderen Sozialbereichen wie in der Familie, im Bildungssystem, am Arbeitsplatz und so weiter abgestützt werden. Die deutsche Untertanenkultur der Vorkriegszeit beschränkte sich keineswegs auf den politischen Bereich, sie durchzog das gesamte Sozialleben.

Die Nachkriegsentwicklung brachte neben einer Demokratisierung des politischen Systems eine Liberalisierung der Erziehungsziele, einen partnerschaftlichen Entscheidungsstil in den Familien und in Teilen der Arbeitswelt sowie eine Reform der Bildungsinstitutionen<sup>55</sup>). Die mittelbaren politischen Konsequenzen dieser Veränderungen liegen auf der Hand: Die in der Politik sich ausbreitenden partizipativ-liberalen Wertvorstellungen wurden durch ähnliche Entwicklungen in anderen Lebensbereichen abgestützt, die Demokratisierung des politischen Lebens wurde durch den sozialen Wandel stabilisiert.

### 3. Die Politik der Eliten

Die politischen Konfliktstrukturen in der Bundesrepublik unterschieden sich von Anfang an grundsätzlich von jenen der Weimarer Republik. Trotz der heftigen Polarisierung der frühen fünfziger Jahre und der Periode nach der Bildung der sozialliberalen Koalition waren die Verfassungsprinzipien, die Spielregeln und die wertmäßigen Grundlagen des politischen Zusammenlebens niemals Gegenstand ernsthafter politischer Kontroversen zwischen den großen Parteien. Alle Parteien hatten, von Meinungsverschiedenheiten über die Ausgestaltung der föderativen Ordnung abgesehen, die verfassungspolitischen Grundentscheidungen des Parlamentarischen Rates mitgetragen. Innerhalb des von der Verfassung vorgegebenen Rahmens versuchten die verschiedenen politischen Gruppierungen, ihre Konzeption einer wünschenswerten Gesellschaft politisch mehrheitsfähig zu machen. Dies gelang für sämtliche politische Richtungsentscheidungen wie die Westintegration und die Marktwirtschaft, die Ostpolitik und die Politik der Inneren Reformen. Selbst die spektakulären und scheinbar grundlegenden politischen Veränderungen durch die Politik der sozialliberalen Koalition (1969) vollzogen sich bei genauerem Hinsehen gradualistisch. Sie waren in ihren Grundzügen

bereits von der Großen Koalition eingeleitet worden.

Die von den bundesdeutschen Parteien praktizierten Konfliktstrategien tragen nur für den oberflächlichen Beobachter stark antagonistische Züge. In der politischen Praxis ist die Balance zwischen Konsens und Konflikt keineswegs einseitig zur konfliktären Seite hin verschoben. Dieses Verhalten der politischen Führungsgruppen entspricht dem nach wie vor harmonistischen Politikverständnis der Deutschen. Es bleibt allerdings abzuwarten, ob das Auftreten der GRÜNEN zu einer erneuten Ausbildung einer Lagermentalität führt.

Nicht nur in prozeduraler, auch in inhaltlicher Hinsicht entspricht die Politik der Eliten in der Bundesrepublik weitgehend den Erwartungen der Öffentlichkeit. Baker, Dalton und Hildebrandt bescheinigen dem Führungspersonal der Bundesrepublik eine stark ausgeprägte Verantwortlichkeit gegenüber der Bevölkerung. Durch ihre moderate, responsive Politik hätten sie einen wesentlichen Beitrag zur Institutionalisierung einer demokratischen, von der Bevölkerung unterstützten Regierungsstruktur geleistet: „Whether elites have simply reacted to public moods or have actually influenced mass opinion, decisions taken by the leadership of the major parties have eased the acceptance of a democratic polity, accelerated the decline of a cleavage-based political system and hastened the transition toward an advanced industrial society.“<sup>56</sup>)

### 4. Die Modernisierung der deutschen Gesellschaft

Der Begriff „fortgeschrittene Industriegesellschaft“ überschreibt einen breiten Variablenkomplex, den Baker, Dalton und Hildebrandt in Unterschätzung seiner eigenständigen Rolle lediglich als einen Teilaspekt des Wirtschaftswunders behandeln<sup>57</sup>). Unter den Indikatoren der sozialen Modernisierung der Bundesrepublik verdienen drei eine besondere Beachtung als Bestimmungsfaktoren der Demokratieakzeptanz und des Abbaus der Untertanenkultur, nämlich

die Verstärkung,  
die Veränderung der Beschäftigungsstruktur und  
die Öffnung des Bildungssystems.

Im Bezugsrahmen der Lipsetschen Demokratietheorie besitzt jede dieser Variablen einen eigenständigen Einfluß auf die Ausbreitung demokratischer Werte und Normen<sup>58</sup>); in ihrem Zusammenwirken dürften sie einen starken politischen Veränderungsschub ausgelöst haben. Zumindest für das Bildungsniveau der Bevölkerung läßt sich dies empirisch nachweisen<sup>59</sup>).

<sup>55</sup>) Näheres bei H. Klages (Anm. 36), S. 17 ff., sowie: Peter Kmiecik, Wertstrukturen und Wertwandel in der Bundesrepublik. Grundlagen einer interdisziplinären empirischen Wertforschung mit einer Sekundäranalyse von Umfragedaten; Göttingen 1976.

<sup>56</sup>) Vgl. K. L. Baker/R. J. Dalton/K. Hildebrandt (Anm. 17), S. 81.

<sup>57</sup>) Ebda., S. 10.

<sup>58</sup>) Vgl. S. M. Lipset (Anm. 6), S. 59 ff., 87 ff.

<sup>59</sup>) Vgl. die Hinweise in Anm. 47.

## VI. Abschließende Bemerkung

Die Akzeptanz demokratischer Prinzipien und die Zustimmung zum demokratischen Regime in einem Lande ist nur im internationalen und im historischen Kontext angemessen zu beurteilen. Verhältnismäßig unergiebig erscheint mir dagegen die bei deutschen Politikwissenschaftlern überaus beliebte Praxis, den bestehenden Zustand an mehr oder weniger subjektiven politischen Normvorstellungen zu messen; denn im Vergleich mit solchen Idealmodellen nimmt sich die politische Wirklichkeit im Regelfall ziemlich unbefriedigend aus.

Nach den vorliegenden Daten stoßen demokratische Wertvorstellungen und Verfahrensprinzipien in der Bundesrepublik auf keine größeren Akzeptanzprobleme als in anderen westlichen Demokratien. Im Vergleich mit der Nachkriegszeit ist eine Festigung der Demokratie im Bewußtsein der Öffentlichkeit zu konstatieren. Dabei sollte man jedoch bedenkliche Einzel-

erscheinungen nicht übersehen, so etwa den deutlichen Rückgang in der Wahrnehmung eines uneingeschränkten Rechtes zur freien Meinungsäußerung oder die unterdurchschnittliche Demokratiezufriedenheit unter den Jugendlichen. Insgesamt aber läßt sich in international vergleichender Perspektive die These von den besonderen Demokratiedefiziten der politischen Kultur der Bundesrepublik nicht aufrechterhalten. Die Systemakzeptanz bleibt von wirtschaftlichen Krisen nicht unbeeinflusst, sie liegt aber selbst unter ungünstigen Voraussetzungen über dem in den meisten anderen westeuropäischen Staaten erreichten Niveau. Insofern haben sich die politischen Einstellungen der Deutschen weitgehend den Erfordernissen einer funktionsfähigen Demokratie angepaßt. Es besteht kein Anlaß, über den Fortbestand einer Untertanenkultur zu lamentieren, es ist aber im Lichte der Daten ebenfalls unangebracht, das „Modell Deutschland“ zu propagieren.

### Jahresbände Aus Politik und Zeitgeschichte

mit komplettem  
Inhaltsverzeichnis



**nur 25,- DM**  
zuzügl. Versandkosten pro Jahrgang

**neu 1986**

**Jetzt bestellen!**  
Auslieferung nach  
Fertigstellung und Bestelleingang

*Noch begrenzt vorrätig (Preise w. o.)*  
**Jahrgänge: 1983 – 1984 – 1985**



Bundeszentrale  
für politische  
Bildung

Bestell- DAS PARLAMENT, Vertriebsabteilung  
Adresse: Fleischstraße 62 – 65, D-5500 Trier

## **Horst Möller: Die Weimarer Republik in der zeitgeschichtlichen Perspektive der Bundesrepublik Deutschland. Traditionen, Problemstellungen und Entwicklungslinien**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 3–18

Der Beitrag thematisiert einige zentrale Wandlungen in der geschichtswissenschaftlichen Erforschung der Weimarer Republik. Der Akzent liegt sowohl auf den sich aus der Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland ergebenden erkenntnisleitenden Interessen als auch auf der innerwissenschaftlichen methodischen Diskussion. Hier ist vor allem interessant der Paradigmenwechsel von der schwerpunktmäßigen Untersuchung der Auflösung der Weimarer Demokratie, die mit Karl Dietrich Brachers fundamentaler Analyse von 1955 und der ihr folgenden heftigen Diskussion einsetzte, hin zur stärkeren Berücksichtigung der Revolution 1918/1919 mit der Suche nach politischen Alternativen zur Politik der Mehrheitssozialdemokraten um Friedrich Ebert. Dieser neue Forschungsschwerpunkt wurde wesentlich stimuliert durch die zur Zeit der Großen Koalition beginnende Parlamentarismus-Kritik sowie die Kritik an der zur politischen Mitte tendierenden SPD von seiten der Neuen Linken. Formal stimmte diese Reinterpretation zwar mit der auch früher dominierenden Suche nach Strukturängeln der Weimarer Demokratie überein, doch korrespondierte sie nicht mehr mit der politischen Problemstellung, die sowohl der Parlamentarische Rat als auch die Forschung der fünfziger und sechziger Jahre zur Analyse der Gefährdung einer Demokratie führte. Diese kumulierte seinerzeit in der doppelten historischen und politischen Erfahrung „Bonn ist nicht Weimar“.

Neben diesen fundamentalen Problemanätzen werden auch die konzeptionellen Anstöße von seiten einiger nach 1933 emigrierter Historiker und Politikwissenschaftler berücksichtigt sowie die sich in den siebziger und achtziger Jahren abzeichnenden Veränderungen von Forschungsinteressen und Bewertungen in anderen als den verfassungspolitischen Sektoren, beispielsweise in der Außen- und der Wirtschaftspolitik der Weimarer Republik, skizziert.

## **Bernd Faulenbach: NS-Interpretationen und Zeitklima. Zum Wandel in der Aufarbeitung der jüngsten Vergangenheit**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 19–30

Der „Historikerstreit“ läßt die Frage nach dem Wandel der Interpretationen des Dritten Reiches und seiner historischen Einordnung entstehen. Stand in den frühen Nachkriegsjahren — allerdings mehr in der Publizistik als in der Geschichtswissenschaft — die Suche nach den Wurzeln des Nationalsozialismus in der deutschen Geschichte im Vordergrund, so trat diese Frage im veränderten Zeitklima der fünfziger Jahre zunehmend zurück, um in den sechziger und siebziger Jahren — angeregt durch das Reformklima in jenen Jahren — von einer neuen Historikergeneration wiederum als eine zentrale Frage der neuesten deutschen Geschichte begriffen zu werden. In den letzten Jahren gewinnt demgegenüber eine Interpretation an Boden, die das Dritte Reich und seine Verbrechen vorrangig im epochalen Zusammenhang sieht und damit aus dem Kontext der — als Variante europäischer Normalität betrachteten — deutschen Geschichte herauslöst. Es kann indes keine Frage sein, daß bei der Einordnung des Nationalsozialismus epochale und nationalgeschichtliche Ursachenstränge zu berücksichtigen sind.

Die Sicht der NS-Zeit war in der Nachkriegszeit teils durch eine ausgesprochene Hitler-Zentrierung, teils durch die Vorstellung des Dritten Reiches als eines monolithischen Führerstaats bestimmt. Seit den sechziger Jahren hat die Forschung dieses Bild wesentlich differenziert, indem sie die politischen und gesellschaftlichen Strukturen und Prozesse in der NS-Zeit eingehend untersucht hat und dabei feststellte, daß das Regime bei partieller Diskrepanz zwischen Ideologie und Praxis keineswegs alle Bereiche gleichmäßig durchdrungen hat, damit aber auch die Voraussetzungen für Resistenz und Widerstand sehr unterschiedlich waren. Das konkrete politisch-gesellschaftliche Verhalten bedarf der Erklärung und einer politisch-moralischen Beurteilung, die um die Gefahr moralischer und politischer Perversion hochentwickelter industriegesellschaftlicher Zivilisation weiß.

Das westdeutsche Geschichtsbewußtsein hat keineswegs seit 1945 durchgängig im Schatten des Dritten Reiches gestanden. Die NS-Zeit hat das politische Bewußtsein einer größeren Öffentlichkeit eigentlich erst in den sechziger Jahren erreicht. Wenn gegenwärtig versucht wird, ein umfassendes deutsches Geschichtsbewußtsein als Basis eines neuen Nationalbewußtseins unter Relativierung der NS-Zeit zu restituieren, so wird dabei von der grundlegenden Tatsache abgesehen, daß die deutsche Geschichte durch eine Vielzahl von tiefgreifenden Widersprüchen, Ambivalenzen und auch Belastungen geprägt ist, die naive Identifikation schwerlich zuläßt. Zugleich besteht die Gefahr, daß die ideellen Grundlagen der zweiten deutschen Republik und ihrer politischen Kultur verschoben werden.

**Oscar W. Gabriel: Demokratiezufriedenheit und demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland**

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 22/87, S. 32—45

Nach der Gründung eines demokratischen Staates im Jahre 1949 wurden die Zukunftsaussichten der Demokratie in der Bundesrepublik überwiegend skeptisch eingeschätzt. Wie Meinungsumfragen aus den fünfziger Jahren zeigen, identifizierten sich die Bundesbürger zunächst auch nur sehr begrenzt mit dem demokratischen Staat. Autoritäre Ordnungsmodelle fanden nach wie vor eine beachtliche Zustimmung in der Bevölkerung.

Nicht zuletzt das „Wirtschaftswunder“ und die gesellschaftliche Modernisierung der Bundesrepublik trugen dazu bei, daß sich im Laufe der Zeit ein zunehmendes Verständnis für demokratische Spielregeln und eine zunehmende Akzeptanz demokratischer Wertvorstellungen herausbildete. Allerdings gibt es in der Bundesrepublik, wie in anderen westlichen Demokratien, eine Lücke zwischen der allgemeinen Zustimmung zu demokratischen Prinzipien und der Fähigkeit bzw. Bereitschaft, diese Prinzipien in konkreten Situationen zu praktizieren. Die Zufriedenheit mit dem Funktionieren der Demokratie ist in der Bundesrepublik höher entwickelt als in den meisten westlichen Demokratien. Sie wurde durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre nicht nennenswert beeinträchtigt und ist bei allen gesellschaftlichen Teilgruppen annähernd gleich hoch. Befürchtungen, die Bundesrepublik sei eine „Schönwetter-Demokratie“, haben sich bislang nicht bestätigt.